

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Berliner-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 S.

An die Verbandsmitglieder!

Laut Bekanntmachung im „Grundstein“ soll in der Woche vom 29. August bis zum 3. September eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgenommen werden.

Die gesamten Mitglieder werden ersucht, bei der Aufnahme der Statistik dadurch behilflich zu sein, daß sie die mit der Umfrage betrauten Kollegen bei Ausübung ihrer Arbeit unterstützen und auch bereitwillig über die Lohn- und Arbeitsbedingungen Auskunft erteilen.
Der Verbandsvorstand.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1909.

I.

Mit der diesmaligen Veröffentlichung wird von der Generalkommission zum zwanzigsten Male eine Uebersicht über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften in Deutschland gegeben. Die Resultate der ersten Ende 1890 erfolgten Erhebung konnten in einer Tabelle mit nur acht Rubriken veröffentlicht werden. Das Tabellenwerk, das nachfolgenden Ausführungen zugrunde gelegt ist, umfaßt nicht weniger als 21 Tabellen, deren größte, enthaltend spezialisierte Ausweise über die Unterstufungseinrichtungen der Verbände, 69 Rubriken hat. Von Jahr zu Jahr steigerte sich das Bedürfnis, durch die Statistik alle Einzelheiten, betreffend die Einrichtungen und Tätigkeit der Gewerkschaften, die sich in Zahlen ausdrücken lassen, festzustellen. Diesem Bedürfnis dürfte mit den heutigen Veröffentlichungen nahezu vollständig Rechnung getragen sein. Nur über die Einnahme an Lokalbeiträgen, die Höhe der Lokalfonds und die Ausgaben der Zweigvereine im einzelnen können einige Verbände noch keine zuverlässigen Angaben machen. In einigen Jahren wird auch dieser Mangel beseitigt sein.

Im Anfang der neunziger Jahre zeigten nicht alle Verbandsvorstände ein ausreichendes Interesse für die Gewerkschaftsstatistik. Einige erklärten, daß es ungewöhnlich sei, die Unternehmer durch die Statistik eingehend über den Stand der Gewerkschaften zu informieren, und machten keine oder unzureichende Angaben. Als jedoch bei der Agitation gegen das Zuchtstrafgesetz im Jahre 1890 aus der Statistik nachgewiesen werden konnte, daß die Gewerkschaften nicht nur Streiks führten, sondern auch enorme Aufwendungen für Unterstützung und Bildung ihrer Mitglieder machen, wurde allseitig der Wert einer guten Gewerkschaftsstatistik anerkannt. Diese hat aber auch wesentlich dazu beigetragen, einen möglichst gleichartigen inneren Ausbau der Gewerkschaften herbeizuführen.

Es sind auch nicht nur zahlenmäßige Ausweise über den Mitgliederbestand, die Einnahmen und Ausgaben und die Organisationseinrichtungen, was die Gewerkschaftsstatistik bietet, sondern sie enthält auch ein Stück Organisationsgeschichte. Sie veranschaulicht die Veränderungen, die sich im Laufe der Jahre im Gewerkschaftsleben vollzogen haben. Die erste umfangreichere Statistik für das Jahr 1891 wies 61 Verbände und 4 durch Vertrauensmänner zentralisierte Organisationen auf. Die Statistik für 1909 enthält Berichte von 60 Verbänden, von denen 3 (Sandschuhmacher, Hotelbdiener und Portefeuller) sich während des Jahres 1909 mit andern Verbänden vereinigten. Die Zahl der Organisationen, über die in den beiden Statistiken berichtet wird, ist nahezu die gleiche, und doch handelt es sich um ganz

andere Organisationsgebilde. In der Statistik für 1891 waren folgende zum Teil seit vielen Jahren nicht mehr bestehende Organisationen verzeichnet: Selbständige Barbier, Bergarbeiter (Sachsen), Bergarbeiter (Saarrevier), Bürstenmacher, Drechsler, Fabrikarbeiterinnen, Former, Glasarbeiter (Süd Hamburg), Lohgerber, Weißgerber, Goldarbeiter, Konditoren, Korbmacher, Plätterinnen, Porzellan- und Glasmaler, Posamentiere, Schlosser, Seiler, Stellmacher, Tischler, Vergolter, Ziegler, Graveure und Musikinstrumentenarbeiter. Von diesen Verbänden sind die der Gasarbeiter, Plätterinnen und Ziegler eingegangen. Die andern haben sich mit verwandten Berufsorganisationen zu Industrieverbänden vereinigt oder solchen angeschlossen. Der Verband der Porzellanmaler vereinigte sich mit dem Gewerbeverein der Porzellanarbeiter unter der Bedingung, daß dieser aus dem Verbande der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine ausscheidet und sich der Generalkommission anschließt. Der Anschluß erfolgte 1893.

Während auf der einen Seite der Zusammenschluß der Berufsorganisationen erfolgte, wurden andererseits lokale Vereine zu Verbänden vereinigt und neue Verbände für bisher unorganisierte Berufe geschaffen. Dieser Entwicklungsgang hier zu schildern, wird nicht möglich sein. Es muß genügen, jene Verbände zu nennen, die nach 1891 der Generalkommission angeschlossen und in der Statistik für 1909 genannt sind. Es sind dies die Apphateure, Blumenarbeiter, Buchdruckerhilfsarbeiter, Bureauangestellten, Fleischer, Gastwirtsgehilfen, Hotelbdiener, Kollierer, Lagerhalter, Maschinisten, Notenstecher, Portefeuller, Porzellanarbeiter, Schirmmacher, Seelente, Transportarbeiter, Xylographen und Zirkulmüller.

Dieser Wechsel ist bei der Beurteilung der Entwicklung der Mitgliederzahlen zu berücksichtigen. Denn ganz ohne Einfluß auf die Schwankungen im Mitgliederbestand ist er nicht gewesen, wenn auch diese vornehmlich auf die wirtschaftlichen Krisen zurückzuführen sind. Die Vergleiche lassen sich erst vom Jahre 1891 machen, weil die für 1890 angegebene Mitgliederzahl der Zuverlässigkeit entbehrt. Es wurden Gewerkschaftsmitglieder gezählt:

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber dem Vorjahre	
		absolut	in Prozenten
1891	277659	—	—
1892	237049	—	—
1893	223530	—	—
1894	246494	22964	10,20
1895	259175	12681	5,20
1896	329280	70055	27,00
1897	412359	83129	25,20
1898	498742	81383	19,70
1899	580478	86781	17,50
1900	680427	99954	17,20
1901	677510	—	—
1902	738206	55696	8,20
1903	887698	154492	21,00
1904	1052108	164410	18,50
1905	1344803	292695	27,80
1906	1689709	344906	25,60
1907	1855506	175797	10,40
1908	1831731	—	—
1909	1832667	986	0,05

In diesen Zahlen zeigt sich die Wirkung der ungünstigen Wirtschaftskonturen auf den Mitgliederbestand der Gewerkschaften. Die Folgen der Krise der beiden letzten Jahre sind für die Gewerkschaften überwunden. Das Jahr 1909 brachte zwar, im Jahresdurchschnitt gerechnet, nur eine Mitgliederzunahme von 936, doch entfällt der Zuwachs hauptsächlich auf die beiden letzten Quartale. Im ersten Quartal 1909 ist noch ein Verlust an Mitgliedern zu verzeichnen. Es waren 1762 167 gegen 1797 963 Mitglieder im vierten Quartal 1908 vorhanden. Im zweiten Quartal

1909 zählten die Verbände 1832 903, im dritten 1857 753 und im vierten 1892 568, gegenüber dem vierten Quartal 1908 eine Zunahme von 94 605. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 7 Verbände einen Verlust von 4222 Mitgliedern hatten, somit in 50 Verbänden 98 827 neue Mitglieder bis zum Jahreschluß gewonnen wurden.

Von den 57 am Jahreschluß 1909 vorhandenen Verbänden hatten im Jahresdurchschnitt Mitglieder: Metallarbeiter 365 270, Maurer 171 337, Holzarbeiter 148 942, Fabrikarbeiter 135 946, Bergarbeiter 113 328, Textilarbeiter 101 488, Transportarbeiter 92 039, Buchdrucker 57 836, Bauhilfsarbeiter 56 653, Zimmerer 53 077, Maler 39 201, Schneider 38 208, Schuhmacher 36 138, Brauereiarbeiter 33 695, Gemeindearbeiter 31 131, Tabakarbeiter 31 104, Weißbinder 22 618, Gasenarbeiter 22 476, Bäcker und Konditoren 19 586, Maschinisten 18 526, Lithographen 17 504, Steinarbeiter 17 095, Schmiede 14 806, Glasarbeiter 14 550, Buchdruckerhilfsarbeiter 14 116, Töpfer 10 682, Porzellanarbeiter 10 547, Steinseher 10 147, Lederarbeiter 9777, Handlungsgehilfen 9396, Sattler 8652, Tapezierer 8253, Gastwirtsgehilfen 8130, Wärtcher 7749, Gutmacher 7748, Stukkateure 7384, Seelente 7297, Dachdecker 5880, Bureauangestellte 5018, Gärtner 4817, Kupferschmiede 4364, Mühlenarbeiter 4362, Glaser 4049, Schiffszimmerer 3951, Bibbauarbeiter 3831, Kürschner 3428, Zigarrenformierer 3133, Fleischer 3032, Lagerhalter 2269, Freifeure 1996, Zivilmusiker 1955, Jolierer 890, Apphateure 837, Blumenarbeiter 560, Xylographen 488, Notenstecher 418, Schirmmacher 310. — Der Verband der Handschuhmacher hatte 1579, der der Hotelbdiener 1360 und der der Portefeuller 1708 Mitglieder. Diese Verbände haben sich 1909 mit andern Organisationen vereinigt.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder hatte sich im Jahre 1908 trotz Rückganges der Gesamtmitgliederzahl um 1514 vermehrt. Für 1909 ist ein gleich günstiges Resultat nicht zu verzeichnen, sondern es ist ein Verlust von 4555 weiblichen Mitgliedern eingetreten. Die Zahl der weiblichen zur Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder zeigt die nachfolgende Aufstellung:

Jahr	Gesamte Mitglieder	Weibliche Mitglieder	in Prozenten
1892	237094	4355	1,8
1896	329280	15265	4,6
1900	680427	22844	3,3
1905	1344803	74411	5,7
1906	1689709	118908	7,1
1907	1855506	136929	7,3
1908	1831731	138443	7,6
1909	1832667	138888	7,3

War bei dem gleichmäßigen Anwachsen der Zahl der weiblichen Mitglieder in den letzten Jahren auch darauf zu rechnen, daß ein fester Stamm für die Gewerkschaften gewonnen sei, so muß doch nach wie vor infolge der besonderen Voraussetzungen, unter denen die Arbeiterinnen in die Arbeitstätigkeit eintreten, mit unerwarteten Rückgang der Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder gerechnet werden. Eine Zunahme an weiblichen Mitgliedern haben 18 Verbände; Verlust hatten 14 Verbände. Den größten Verlust hatten die Textilarbeiter mit 7669 weiblichen Mitgliedern. Dieser Verband hat auch einen größeren Verlust der Gesamtmitgliederzahl gegenüber 1908 zu verzeichnen. Dasselbe trifft bei den Verbänden der Porzellanarbeiter, Schneider und Schuhmacher zu, die 669, 448 und 242 weibliche Mitglieder weniger als im Vorjahre hatten. Dagegen nahm die Mitgliederzahl des Holzarbeiterverbandes um 2600 gegenüber dem Vorjahre zu, während 132 weibliche Mitglieder weniger gezählt wurden als im Jahre 1908. In den andern 10 Verbänden, in denen die Zahl der weiblichen Mitglieder einen Rückgang aufweist, ist dieser

nur gering. Der Mitgliederverlust ist auch hier bereits in den letzten Quartalen 1908 und in den ersten Quartalen 1909 eingetreten. In der zweiten Hälfte 1909 zeigt sich bereits wieder eine Erhöhung der Zahl der weiblichen Mitglieder. Im vierten Quartal 1908 wurden 132 824, im vierten Quartal 1909 aber 139 112, also rund 6300 mehr als im Jahresdurchschnitt 1909 gezählt.

Die 133 888 weiblichen Mitglieder gehören folgenden Verbänden an: Textilarbeiter 34 986, Metallarbeiter 15 357, Fabrikarbeiter 14 768, Tabakarbeiter 14 206, Buchbinder 9491, Buchdruckereihilfsarbeiter 7876, Schneider 6971, Handlungsgehilfen 5396, Schuhmacher 5321, Transportarbeiter 4620, Holzarbeiter 3031, Hutmacher 2790, Bäcker und Konditoren 1739, Kürschner 962, Porzellanarbeiter 894, Zigarrensortierer 859, Brauereiarbeiter 843, Gemeinbedarbeiter 656, Gastwirtsgehilfen 556, Glasarbeiter 472, Sattler 468, Lederarbeiter 343, Portefeuilier 207, Blumenarbeiter 200, Hand Schuhmacher 188, Bureauangestellte 156, Hafenarbeiter 120, Schirmmacher 105, Lagerhalter 98, Tapezierer 91, Maler 52, Gärtner 39, Fleischer 23, Glaser 4.

Ausreden.

Wer angenommen hat, der Vorstand des Zimmererverbandes würde auf die von uns an ihn gerichtete Frage, ob er die Treibereien des „Zimmerer“-Redakteurs August Bringmann billige oder nicht, eine klare und unzweideutige Antwort geben, der hat sich geirrt. Anstatt klipp und klar zu erklären, ob er die Gemeinheiten Bringmanns gegen die „Bruderverbände“ deckt oder ob er sie verurteilt, glaubt auch er, sich durch folgende im „Zimmerer“ veröffentlichte Ausreden um eine Antwort herumdrücken zu können:

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.
Die Auseinandersetzung zwischen den Organen unserer Bruderverbände, dem „Bauhilfsarbeiter“ und „Grundstein“, einerseits und dem „Zimmerer“ andererseits setzen wir als bekannt voraus. Sie hat Formen angenommen, die der Arbeiterbewegung nicht dienlich sein können.

Von seiten der Redaktion des „Zimmerer“ wird uns erklärt, daß sie eine weitere Teilnahme an den Auseinandersetzungen ablehnt. Obwohl eine gleiche Erklärung schon in der Nummer 31 des „Zimmerer“ durch dessen Redakteur persönlich abgegeben, und bereits in der Nummer 29 des „Zimmerer“ dargelegt ist, daß die Folgerungen der vier in Nummer 27 des „Zimmerer“ genannten Genossen in bezug auf die „Bauwelt“-Notiz irrig sind, setzen „Bauhilfsarbeiter“ und „Grundstein“ die Auseinandersetzungen fort und versuchen nunmehr, auch den Zentralvorstand unseres Verbandes hineinzuziehen, indem sie an ihn das Verlangen richten, sich über seine Stellung zu den im „Zimmerer“ erschienenen Artikeln zu äußern.

Nachdem die Auseinandersetzungen sich derartig zuspitzen und eine außerordentliche Schärfe angenommen haben, müssen wir ein solches Verlangen ablehnen.

Der Zentralvorstand.

Diese Ausreden genügen uns natürlich keineswegs; sie sind für uns lediglich ein Beweis dafür, daß der Vorstand des Zimmererverbandes nicht den Mut hat, entweder, wenn er die Treibereien Bringmanns mißbilligt, dies frei und offen zu sagen, oder aber, wenn er hinter Bringmann steht, die von diesem erhobenen Verdächtigungen und Antworten offen zu vertreten. Die Angabe des Zimmerer-Vorstandes, er müsse das Verlangen, sich zu den Artikeln Bringmanns zu äußern, deshalb ablehnen, weil sich die

Auseinandersetzungen in der Presse zuspitzen und eine außerordentliche Schärfe angenommen hätten, ist hinfällig. Wüßte er die Treibereien Bringmanns nicht, so hätte er vor dem Erscheinen unserer Artikel zur Rundgabe seiner Meinung Zeit genug. Mindestens hätte er das tun sollen, als ihm zum Vorhand des Bauhilfsarbeiterverbandes folgende Fragen vorgelegt wurden:

Samburg, den 14. Juli 1910.

An den Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Die Nummern 27, 28 und 29 des „Zimmerer“ enthalten neben unerhörten Verdächtigungen auch Beschimpfungen für die Mitglieder unseres Vorstandes Gustav Behrendt und den Unterzeigten. Die Erklärung, die wir in der Nummer 28 des „Grundstein“ und des „Bauhilfsarbeiter“ mit unserem Namen unterzeichnet haben, sollte nach unserm Dafürhalten auch dem Redakteur des „Zimmerer“ genügt haben, weitere Verdächtigungen und Beschimpfungen unserer Person zu unterlassen. Statt dessen enthält die Nummer 29 des „Zimmerer“ einen Artikel, dessen Inhalt von Anfang bis zu Ende eine einzige Verleumdung darstellt.

Da wir bisher mit dem Vorstand des Zimmererverbandes wie mit dem Gesamtverband nicht nur in freundschaftlichen, sondern als verwandtschaftliche Berufsorganisation mit gleichen Tendenzen und Zielen in brüderlichem Verkehr gestanden haben, so sind wir vor der grenzenlosen Gefährdung, die in den Artikeln zum Ausdruck kommt, betroffen.

Wir erlauben uns deshalb an den Vorstand des Verbandes die Frage zu richten, ob die in den Artikeln gegen uns gerichteten Verdächtigungen und Beschimpfungen von dem Vorstand des Verbandes gebilligt werden oder nicht? Wir haben bisher angenommen, daß der erste Artikel die private Meinung des Redakteurs enthalten habe. Nachdem aber die letzte Nummer des „Zimmerer“ noch größere Gefährdungen gegen uns enthält, sind wir es nicht nur uns als Person, sondern auch unserer Organisation schuldig, dem Vorstand des Zimmererverbandes obige Frage zu stellen.

Wir bitten um baldige Antwort und zeichnen mit bestem Gruß

Der Vorstand
des Verbandes der Baugewerblichen Hilfsarbeiter
Deutschlands.
Hb. Köpfer.

Das war am 14. Juli, also fünf Tage, ehe die ersten Artikel des „Grundstein“ und „Bauhilfsarbeiter“ gegen Bringmann gedruckt wurden. Warum hat sich der Vorstand des Zimmererverbandes damals nicht geäußert? Damals hatten sich doch die Auseinandersetzungen weder „zuspitzen“, noch hatten sie eine „außerordentliche Schärfe“ angenommen, sondern sie hatten überhaupt noch nicht begonnen und hätten durch die einfache Erklärung des Zimmerer-Vorstandes, daß er sich Bringmanns Duerulierezenen nicht zu eigen mache, zum guten Teil erledigt werden können. Aber dem Zimmerer-Vorstand schien auch damals eine Ausrufung zu den gefährlichen Treibereien Bringmanns nicht notwendig; denn erst nach elf Tagen, als inzwischen die ersten Artikel im „Grundstein“ und „Bauhilfsarbeiter“ erschienen waren, gab er dem Vorstand des Bauhilfsarbeiterverbandes folgende laienhafte Antwort:

Samburg, 26. Juli 1910.
An den Vorstand des Verbandes der Baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Werte Genossen! Wir bestätigen den Empfang Eures Schreibens vom 14. d. M. Ein Eingehen auf dasselbe ist aber dadurch gegenstandslos geworden, weil Ihr bereits in Nr. 30 des „Bauhilfsarbeiter“ die Sache öffentlich behandelt und ein Urteil gefällt habt.

Mit bestem Gruß
Der Vorstand des Zentralverbandes der Zimmerer
und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.
Geinr. Ede.

Damit ist wohl die Behauptung des Zimmerer-Vorstandes, er könne sich wegen der Schärfe der Auseinandersetzungen in der Presse nicht äußern, abgetan; denn es ist offensichtlich, daß dieser angebliche Grund förmlich an den Gaaren vorbeigezogen ist, um durch ihn das Schweigen des Zimmerer-Vorstandes zu bemänteln.

Bringmann selbst weiß auf unsere Ausführungen in dem Wort zu sagen. Er wendet die Taktik der Wagnen an, die sich tot stellen, wenn man ihnen zu nahe kommt. Vielleicht hat er inzwischen eingesehen, daß seine hinterhältigen Verdächtigungen gegen befreundete Organisationen und im öffentlichen Leben stehende Männer nicht nur eine Niedrigkeit, sondern auch, selbst von seinem eigenen Standpunkt aus, eine Niedrigkeit waren. Von Anfang an zu feige, klar und deutlich zu sagen, was er eigentlich wollte, findet er auch jetzt nicht den Mut, sich zu seinen niederträchtigen Verdächtigungen zu bekennen und sie, nachdem er sie einmal in die Öffentlichkeit geworfen hatte, tapfer zu vertreten. Aber er findet auch nicht den Mut, seine empörenden Behauptungen und Verdächtigungen mit klaren Worten zurückzunehmen und den Angegriffenen dadurch Vergeltung zu geben. Schweigend, keines Wortes fähig sieht er in der Falle, die er andern gestellt hat und man könnte ihn bemitleiden, wenn er nach all seinem Tun noch irgendwelches Mitleid verdiente.

Mögllich, daß auch der Zimmerer-Vorstand nur aus Mitleid mit Bringmann zu dessen Zweien keine Stellung nimmt, ja, er scheint sich aus diesem Grunde sogar Mühe zu geben die Verdächtigungen Bringmanns zu verschleiern; denn eine Verschleiерung ist doch die Werbung in der Bekanntmachung des Vorstandes, Bringmann hätte bereits in Nr. 29 des „Zimmerer“ dargelegt, daß die Folgerungen der vier in Nr. 27 des „Zimmerer“ genannten Genossen in bezug auf die „Bauwelt“-Notiz irrig sind. Wie so irrig? fragen wir. Nach unserer Auffassung lassen die Ausführungen Bringmanns in Nr. 27 des „Zimmerer“, so dunkel sie auch gehalten sind, einen Irrtum gar nicht zu. Um dies — eigentlich überflüssigerweise — noch einmal zu demonstrieren, wollen wir seine Ausführungen hier noch einmal kurz recapitulieren. — Nachdem Bringmann in Nr. 27 des „Zimmerer“ unter anderem darüber berichtet hat, was nach seiner Ansicht der Schiedspruch des Zimmerers bietet, und nachdem er zu dem Schluß gekommen ist, daß die Schiedssprüche für die Groß- und Mittelfabrik recht mager ausgefallen sind, rät er den Kameraden ernstlich davon ab, „irgendwo von der Abwehr zum Angriff überzugehen“. Diesen Rat begründet er zunächst damit, daß die Unternehmer noch stärker seien als nach den „irreführenden Mitteilungen und Gerichten in der Tagespresse“ anzu nehmen sei, so daß die Schärfe unserer eigenen Organisation schuldig machen wollen.

Es folgt dann die bekannte Notiz aus der „Bauwelt“, in der über den angeblichen Verlauf einer Sitzung der Arbeitervertreter berichtet wurde und in der Behauptungen aufgestellt waren, die angeblich nur die Teilnehmer an jener Sitzung wissen konnten. Dann hieß es weiter:

„Allein wir stoßen bei einem Uebergang vom Abwehrkampf zum Angriffskampf nicht nur auf eine bis an die Zähne gewappnete feindliche Front, die auf unsern Angriff geradezu lauert, sondern wir ziehen auch im Rücken angegriffen. Dafür liegt ein geradezu ekelhaftes Beispiel vor, das wir nicht ignorieren dürfen, wenn wir uns nicht des Verrats unserer eigenen Organisation schuldig machen wollen.“

Brüssel und seine Weltausstellung.

Blaudereien von Ad. Th.

V.

Musikinstrumente, Spielwaren usw.

Musik kann so lästig werden, daß man die Instrumente und ihre Spieler zu allen Teufeln wünscht; aber trotzdem mag niemand gern auf die musikalischen Genüsse verzichten. Auch Wölfer, die im Ecklettern des Kulturbaumes noch nicht hochgekommen sind, haben die Musikinstrumente konstruiert und malträtieren sie, so gut sie vermögen. Es ist selbstverständlich, daß auf Weltausstellungen die Musikinstrumente nicht fehlen. In Betracht kommen dabei namentlich Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, England, Spanien und Oesterreich. Italien hat außer Hauptrollen Drehorgeln seine Streichinstrumente ausgestellt, Spanien namentlich Gitarren, Mandolinen und andere Zupfinstrumente, die andern Länder Pianos, Wasinstrumente und allerlei mechanische Spielwerke. Am vollständigsten ist auch auf diesem Gebiete Deutschland vertreten, das jährlich für 60 bis 70 Millionen Mark Musikinstrumente ins Ausland führt. 1909 wurden über 50 000 Klaviere, für mehr als 30 Millionen Mark, ins Ausland verkauft, fast 200 000 Geigen für über 2½ Millionen Mark, für 2½ Millionen Mark Ziehharmonikas, für drei Millionen Mark Mundharmonikas, für zwei Millionen Mark Orchestrions und andere mechanische Spielwerke, für vier Millionen Klaviermechaniken und Klaviaturen, für 8½ Millionen Mark Phonographen und Grammophone, für ebensoviel Platten und Walzen. Man sieht, es handelt sich dabei um eine ganz gewaltige Industrie. Die im vorigen Jahre ausgeführten Musikinstrumente wogen circa 450 000 Zentner, darunter die Klaviere allein 350 000 Zentner, die

Phonographen, Grammophone nebst den Platten und Walzen 33 000 Zentner.

Belgien leistet im Pianobau mit das Beste. An Kraft und Weichheit des Tones weitestern die belgischen Instrumente mit den vorzüglichsten deutschen Erzeugnissen. Eine verblüffende Neuheit hat die Firma Supfeld-Weipzig ausgestellt, eine selbstspielende Geige, die sie Violina nennt, ein Problem, an dem seit vielen Versuchsaltern gearbeitet worden ist, hat dadurch seine Lösung gefunden. Noch ist der Mechanismus nicht ganz vollkommen; aber das Prinzip ist gefunden und der weitere Ausbau wird nur eine Frage der Zeit sein.

It schon die Fabrikation von Musikinstrumenten in der Hauptsache auf einige Länder beschränkt, so trifft das noch mehr zu auf die Erzeugung von Spielwaren. Da konkurrieren mit Deutschland ernstlich nur noch Frankreich und England, erst in zweiter Linie kommen noch Oesterreich und Belgien hinzu. In Deutschland sind die Hauptbezirke für Spielwarenfabrikation das sächsische Erzgebirge, Sonneberg in Thüringen, Nürnberg-Gürth und einige Orte in Württemberg. Nürnberg erzeugt namentlich Metallspielwaren, Zinnfiguren, Zelluloid-, Filz- und Pflüchspielwaren, der Sonneberger Bezirk Puppen, Puppenköpfe, Glasspielwaren und Christbaumzweige, Zelluloid und allerlei Figuren in Papiermasse, das Erzgebirge Spielwaren aller Art, Kerzfiguren, Gewebe, Spiele usw. und in Württemberg sind Göttingen und Giengen Hauptorte für weichegestopfte Kerzfiguren, Karikaturspinnen, Anterpielfischnen. Wie bedeutend die deutsche Spielwarenfabrikation ist, ergibt sich aus der Ausfuhrziffer, die 1909 nicht weniger als 76 Millionen Mark betrug. Für 23 Millionen Mark deutscher Spielwaren gingen voriges Jahr allein nach Nordamerika. Aber es gibt tatsächlich kaum ein Land auf der Erde, das nicht deutsche Spielwaren bezieht. Fast 50 deutsche Aussteller sind

in Brüssel vertreten. Dabon hat die Firma Doll & Co. in Nürnberg reizvolle Modellkampfmaschinen für Kinder ausgestellt. Freilich wird der Genuß im Anschauen der prächtigen Spielwaren weggeät durch den Gedanken, wie traurig gerade in der Spielwarenbranche die Arbeitsverhältnisse sind, vor allem dort, wo die Heimindustrie noch eine Rolle spielt.

In Bureauartikeln hat Sonnenen in Bonn die vollständigste Kollektion in geschmackvollen Arrangements ausgestellt. An Bureaumöbeln, Buchungs-einrichtungen und andern Kontorbedürfnissen leistet die Firma immer wieder neues. Sie beschäftigt jetzt circa 850 Personen und arbeitet mit 480 Spezialmaschinen.

Leder- und Galanteriewaren haben Oesterreich, Frankreich, England, Belgien und Deutschland ausgestellt. Hervorragendes hat die Firma Binder & Köhlsch in Pforzheim in nachgeahmten Juwelen und modernen Schmuckstücken geliefert, die Kreuznacher Badleberfabrik in Gengenbach aus seinem Biegen- und Schafseber, die Firma V. Garth-Frankfurt a. M. in geschmackvollen Damenkäffen, Zigarrenetuis, Geld- und Briefkäffen.

Kaum ein Menschkenntler ist es her, seit in Deutschland auch die Riechmittellndustrie größere Bedeutung gewonnen hat. Wichtige chemische Erfindungen, die von deutschen Fachmännern gemacht wurden, geben Anlaß, die Erzeugung von Parfümieren aller Art, wochriehenden Seifen und allerlei kosmetischen Mitteln ist denn auch in Deutschland erstauulich schnell gestiegen. Wurden 1893 erst 2000 Personen in dieser Industrie beschäftigt, so sind es jetzt nicht über 5000, und der Jahreswert der ins Ausland geführten Parfümieren, wochriehenden Seifen und kosmetischen Mitteln zur Zah-, Haar- und Hautpflege ist auf mehr als 12 Millionen Mark gestiegen.

„An der erwähnten Sitzung am Donnerstag, 16. Juni, haben von den Maurern Bömelburg und Raepfow teilgenommen, von den Bauhilfsarbeitern Behrendt und Köpfer und von uns die Kameraden Krübe, Schaber und Bringmann. Es hat niemand anders von der Sitzung gebraucht als die Teilnehmer und sie kann auch von keinem Inbetrachten bemerkt und noch weniger belächelt worden sein. Von dem, was über „radikale Ansäuerung der Zimmerer“ geschrieben wird, kenne manches an die Verhältnisse an, welche in jener Sitzung den Zimmerern gemacht worden sind. . . . Der Berichterstatter der „Mauerei“ hat das, was er seinem Blatte mitgeteilt, nicht aus den Fingern saugen können. Es muß ihm mitgeteilt worden sein, und zwar direkt oder indirekt von einer Person, die in einem unserer beiden Bruderverbände eine einflussreiche Stellung einnimmt. Und diese Anpreisung konnte keinen andern Zweck haben, als die Absicht, das Unternehmertum gegen ein etwaiges partielles Vorgehen der Zimmerer, oder gegen etwaige Geständnisse von Forberungen der Zimmerer bei den folgenden örtlichen Verhandlungen scharf zu machen. Wenn die Sache aber so steht, dann werden unsere Kameraden allenfalls auch ohne weitere Auseinandersetzungen wissen, was die Glöde geschlagen hat. Für die über den Schiedspruch hinausgehenden berechtigten Wünsche unserer Kameraden gilt wieder einmal das Wort von Freierkraig: „Aus dem Dunkel flog der tödende Schaff, Aus dem Hinterhalt fielen die Streiche!“

Vorher schon war von Bringmann gesagt worden, die Zimmerer könnten über den Schiedspruch hinaus deswegen nichts mehr erreichen, weil die Verhandlungsstage der Maurer und Bauhilfsarbeiter den Schiedsprüchen zugestimmt und das Selbstbestimmungsrecht ihrer Zweigvereine aufgegeben hätten.

Können denn diese niedrigen Verdächtigungen „irrig“ aufgefaßt werden? Wir meinen, das hier eine irrgige Auffassung unmöglich ist. — Hat denn nun Bringmann, wie man nach der Bekanntmachung des Zimmererverbandes annehmen könnte, in Nr. 29 des „Zimmerer“ von dem in Nr. 27 Gesagten irgend etwas zurückgenommen? Im Gegenteil, er hat zu den Gemeinheiten in Nr. 27 neue hinzugesetzt, indem er den Kollegen Bömelburg, Raepfow, Behrendt und Köpfer vorwarf, sie würden dem Zimmererverband nie behilflich sein, einer gegen ihn gerichteten faulen Sache auf den Grund zu kommen. Ferner erklärt er, nachdem er zuvor mit ungläublicher Demagogie sechs Fragen aufgestellt hat, deren Lösung er angeblich mit Hilfe der vier verdächtigen Genossen durchgehen wollte — obwohl er diese „nie im Verdacht hatte“, daß sie dem Zimmererverband diese Hilfe gewähren würden — auch in dieser Nummer wieder, „für die über den Schiedspruch hinausgehenden berechtigten Wünsche und Forderungen der Zimmerer gelte das Wort: „Aus dem Dunkel flog der tödende Schaff usw.“

Und nun fragen wir den Vorstand des Zimmererverbandes wiederholt: Zwischen sind die Folgerungen, die wir aus den Artikeln Bringmanns ziehen, irrig? Darauf und auf die Frage, ob er die Ausführungen Bringmanns in Nr. 27 und Nr. 29 des „Zimmerer“ deckt oder nicht, mag er uns antworten; denn er kommt um diese Antwort mit Ausreden nicht herum!

Die Gefahren des Alkoholmißbrauchs.

Bei der Besprechung der Krankheiten der Maurer (siehe Nr. 15, 16 und 17 des „Grundstein“) versprochen wir unsern Kollegen, gelegentlich auch etwas über den Einfluß des Alkohols auf die Gesundheit

der Arbeiter zu bringen. Dies soll durch die nachfolgenden Ausführungen geschehen. Auf die Art der Beobachtung und der Berechnung resp. der Bearbeitung des gewonnenen Materials brauchen wir dabei nicht mehr einzugehen, da dies ja in den genannten Artikeln schon geschehen ist.

Aus den oben genannten Artikeln ging hervor, daß insgesamt 1284 576 errechnete Personen je ein Jahr beobachtet wurden. Von diesen 1284 576 Personen waren 4847 = 0,37 pzt. Alkoholik, allerdings Alkoholik im schlimmen Sinne des Wortes, nämlich solche, die vom Arzt ausdrücklich als „Trinker“ bezeichnet worden waren, oder auf deren Krankentafeln die Angabe „chronische Trunksucht“, „Delirium tremens“ usw. verzeichnet stand. Die wirkliche Zahl der Alkoholik-Einzelpersonen betrug 680. Diese 680 Personen standen durchschnittlich 2808 Tage oder 7,7 Jahre unter Beobachtung, was, wie oben gesagt, auf Mitgliedsjahre umgerechnet, bedeutet, daß 4748 Personen je ein Jahr unter Beobachtung standen.

Die große Mehrzahl der Alkoholik gehört Berufen an, die eine große Körperkraft erfordern, die also an sich aus kräftigen Personen zusammengesetzt sind. Dadurch werden die überaus schlimmen Wirkungen des Alkoholmißbrauchs zweifellos bedeutend abgeschwächt. Nichtsdestoweniger sind diese Wirkungen noch viel schlimmer, als gemeinhin angenommen wird. Schon bei dem Verhältnis der Beitragstage zu der Zahl der Risttage tritt diese schlimme Wirkung deutlich in Erscheinung. Es kommen nämlich auf 100 Risttage bei der Allgemeinheit der Kaffeemitglieder 93,2, bei den Alkoholikern aber nur 85,7 Beitragstage, ein Beweis, daß diese durch Krankheit und Arbeitslosigkeit sehr oft unter dem Versicherungsrisiko der Kaffe stehen, ohne Beiträge zu zahlen. Umgekehrt kommt bei der Allgemeinheit der männlichen Versicherungspflichtigen Kaffeemitglieder auf 100 Beitragstage nur 2,5, bei den Alkoholikern dagegen 8,8 Krankheitsstage; das ist bei den Alkoholikern ein Mehr von 6,3 Krankheitsstagen oder 252 pzt.

Ähnlich ungünstig ist das Verhältnis für die Alkoholik, wenn man die Zahlen der auf 1000 Personen entfallenden Krankheitsfälle, Krankheitsstage und Todesfälle betrachtet. Auf 1000 männliche versicherungspflichtige Personen entfallen bei der Allgemeinheit 396,5, bei den Alkoholikern aber 1167 Krankheitsfälle, das sind 770,5 oder 194,3 pzt. mehr. Krankheitsstage entfallen auf 1000 ein Jahr beobachtete Personen: bei der Allgemeinheit 8549, bei den Alkoholikern aber 27 450, das sind 18 901 oder 221 pzt. mehr. Die Zahl der Todesfälle beträgt bei der Allgemeinheit auf 1000 Personen 7,65, bei den Alkoholikern aber 26,20, das sind 18,55 oder 242,5 pzt. mehr. Bei der Allgemeinheit kam ein Todesfall auf 51,7 Krankheitsfälle und 1117 Krankheitsstage, bei den Alkoholikern dagegen schon auf 44,5 Krankheitsfälle und 1047 Krankheitsstage.

Auch in der Unfallstatistik stehen die Alkoholik äußerst ungünstig. Auf 1000 je ein Jahr lang beobachtete männliche versicherungspflichtige Personen entfallen bei der Allgemeinheit 82,0, bei den Alkoholikern aber 229,6 Unfälle (einschließlich Betriebsunfälle) bis zu 28 Tagen Dauer; das sind auf die Alkoholik 147,6 oder 180 pzt. Fälle mehr. Unfälle mit über 28 Tagen Dauer entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 15,4, auf die Alkoholik 53,4, das sind auf die Alkoholik 38 oder 246,7 pzt. Fälle mehr. Ferner kamen Betriebsunfälle mit bis zu 28 Tagen Dauer auf 1000 ein Jahr beobachtete

Personen: bei der Allgemeinheit 32,1, bei den Alkoholikern 86,2, das sind auf die Alkoholik 54,1 oder 168,5 pzt. Fälle mehr. Betriebsunfälle mit über 28 Tagen Dauer entfallen auf die Allgemeinheit 9,6, auf die Alkoholik 30,1, demnach auf Letztere 20,5 oder 213,5 pzt. Fälle mehr.

Bei den Unfällen bis zu 28 Tagen Dauer kamen auf 1000 ein Jahr beobachtete Personen der Allgemeinheit 927, auf 1000 Alkoholik dagegen 2698 Krankheitsstage, das ist auf die Alkoholik ein Mehr von 1771 Tagen oder 191 pzt. Bei den Unfällen mit über 28 Tagen Dauer entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 857, auf 1000 Alkoholik aber 3095 Krankheitsstage, das ist auf die Alkoholik ein Mehr von 2238 Tagen oder 261,1 pzt. Bei den Betriebsunfällen bis zu 28 Tagen Dauer entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 393, auf die Alkoholik 1083 Krankheitsstage, demnach auf die Alkoholik ein Mehr von 690 Tagen oder 175,3 pzt. Bei den Betriebsunfällen mit über 28 Tagen Dauer entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 548, auf die Alkoholik aber 1794 Krankheitsstage, das ist ein Mehr von 1246 Tagen oder 227,4 pzt. Ueber 13 Wochen dauernde Betriebsunfälle entfielen auf 1000 ein Jahr lang beobachtete Personen: bei der Allgemeinheit 1,93, bei den Alkoholikern 6,4, das sind auf die Alkoholik 4,42 oder 223 pzt. Ueber 13 Wochen dauernde Unfälle mehr. Tödliche Betriebsunfälle entfielen auf 1000 je ein Jahr beobachtete Personen: bei der Allgemeinheit 0,25, bei den Alkoholikern 0,41, bei den Alkoholikern also 0,16 oder 64 pzt. mehr.

Auch bei jeder einzelnen der 15 Krankheitsgruppen, beziehungsweise Untergruppen, stehen die Alkoholik gegenüber der Allgemeinheit der Kaffeemitglieder sehr ungünstig, insbesondere bei den allgemeinen Krankheiten, den Krankheiten des Verdauungssystems, der Atmungs-, Kreislauf-, Verdauungs-, Harn- und Geschlechts- und der Bewegungsorgane, sowie bei den Verletzungen und anderweitigen äußeren Einwirkungen. So entfallen auf 1000 ein Jahr lang beobachtete Personen von den allgemeinen Krankheiten bei der Allgemeinheit der Kaffeemitglieder 9,0 Krankheitsfälle, 266 Krankheitsstage und 0,14 Todesfälle; bei den Alkoholikern aber 46,4 Krankheitsfälle, 1149 Krankheitsstage und 2,89 Todesfälle; das sind bei den Alkoholikern 37,4 oder 415,5 pzt. Krankheitsfälle, 883 oder 331,9 pzt. Krankheitsstage und 2,75 oder 1964,3 pzt. Todesfälle mehr als beim Durchschnitt für alle Berufe. Von den Krankheiten des Verdauungssystems entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 13,3 Krankheitsfälle, 456 Krankheitsstage und 0,47 Todesfälle; bei den Alkoholikern dagegen 72,0 Krankheitsfälle, 2424 Krankheitsstage und 2,48 Todesfälle; das sind bei den Alkoholikern 37,4 oder 441,3 pzt. Krankheitsfälle, 1908 oder 431,6 pzt. Krankheitsstage und 2,01 oder 427,6 pzt. Todesfälle mehr als beim Durchschnitt aller Berufe. Von den Krankheiten der Atmungsorgane entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 56,2 Krankheitsfälle, 1489 Krankheitsstage und 1,51 Todesfälle; bei den Alkoholikern dagegen 157,0 Krankheitsfälle, 4720 Krankheitsstage und 7,63 Todesfälle; das sind bei den Alkoholikern 100,8 oder 179,3 pzt. Krankheitsfälle, 3231 oder 216,9 pzt. Krankheitsstage und 6,12 oder 405,3 pzt. Todesfälle mehr als beim Durchschnitt der Allgemeinheit. Von den Krankheiten der Bewegungsorgane kommen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 49,1 Krankheitsfälle, 955 Krankheitsstage und 0,11 Todesfälle; bei den Alkoholikern aber 202,2 Krankheitsfälle, 4290 Krankheitsstage und 0,41 Todesfälle; das sind bei den Alkoholikern

Erziehung und Unterricht.
 Nur Belgien, Holland und Deutschland haben sich diesmal in größerem Umfang auf das Gebiet des Unterrichts und der Erziehung gemeldet. Natürlich zeigen die Ausstellungsobjekte aller drei Länder viel mehr, wie es sein sollte als wie es ist. Preußen will auch in seinem Schulwesen glücken; aber es hat sich schwer geteilt, einen der österreichischen Schulpaläste nach Brüssel zu fügen, eines der Dorfschulhäuser, deren Deden einbrechen und deren Wände gute Ventilatoren abgeben. Wenn der Ausländer die vorzüglichen Schulbauten in der deutschen Abteilung sieht und meint, sie repräsentieren den Durchschnitt, so beschwindelt er sich stark. Wir Deutschen wissen das am besten. Was die pädagogische und die ärztliche Wissenschaft längst schon als notwendig und allein richtig anerkannt hat, ist noch lange nicht allgemein durchgeführt. Und mögen auch die Städte in Bezug auf äußere Einrichtung der Schulen und auf ihre Ausstattung mit Lehr- und Anschauungsmitteln den neuesten Anforderungen gerecht werden, so lastet doch auf der deutschen Volksschule noch der Alp der Pfaffenbeschränkung, des kurzparteilichen Drills und des Bewusstseinszwanges, der die Geister der Kinder mehr verkrüppelt, als fröhlich die Körper durch ungewöhnliche Schulübungen gefordert werden können. Man ist darum immer besorgt, wenn man Ausländer in Lobeserhebungen über die deutschen Schulen sich ergehen hört, ihnen auszusprechen: „Das ist ja ein Wunder! So ist's nur in einem kleinen Prozentsatz der Schulen, und außerdem ist nicht mit ausgefüllt der finstere Geist, die niedrigste Gesinnung, die in den deutschen Schulen noch verbreitet wird und zu deren Vertreiber sich der deutsche Volksschullehrer erniedrigen muß, weil er nicht aus seinem Amte gejagt werden.“

So sind gar prächtig herausgehoben worden, die deutsche Abteilung für Erziehung und Unterricht. Wir

finden da ganze Bibliotheken für Studenten und für Schüler höherer Lehranstalten. Dem Unterricht in Geographie, allen Naturwissenschaften, der Physik, der Chemie und dem Zeichnen sind besondere Säle gewidmet. Turnen, Spiel und Sport werden veranschaulicht, und auch Volksschulen werden vorgeführt. Wie für anormale Kinder in Hilfsschulen gesorgt ist, wird gezeigt. Knaben- und Mädchenhandarbeiten sind in großer Anzahl ausgestellt. Ueber die Schulhygiene ist eine ganze Bibliothek vorhanden. Eine reichhaltige Sammlung schulärztlicher Formulare und Berichte liegt da, ebenso ein schulärztliches Instrumentarium, Apparate und Einrichtungen zur Gesundheitspflege in der Schule sind zur Schau gestellt, desgleichen reichhaltiges Anschauungsmaterial für den Unterricht in der Gesundheitspflege. An den Wänden hängen große und kleine Tabellen über alle möglichen Schulfragen. Auf langen Tafeln liegen Schülerarbeiten der verschiedensten Art zur Einsichtnahme aus. Rechenmittel für alle Unterrichtsgegenstände sind in fast erdrückender Vielgestaltigkeit zu sehen. Noch niemals ist in dieser Vollständigkeit gezeigt worden, daß alle Hilfsmittel vorhanden sind, um den Volksschulunterricht selbst schwachbegabten Kindern gegenüber erfolgreich zu gestalten und den Kindern das Lernen zu einem Vergnügen zu machen.

Aber wie kontrastiert mit dieser Möglichkeit die Wirklichkeit! Gut auf dem Gebiete der Heeresbewaffnung die Vernichtungstechnik einen neuen Fortschritt zu verzeichnen, so werden unbefehls Duzende von Millionen ausgegeben; der Koffenpunkt spielt dann überhaupt keine Rolle. Handelt es sich dagegen darum, die armen Schulgemeinden zu unterstützen, ihnen gesunde Schulräume, genügend viele Lehrkräfte und die besten Lehrmittel zur Verfügung zu stellen, dann wird jeder Pfennig herangezogen; dann drückt sich der Staat von der Verpflichtung, helfend einzugreifen; dann wird die Gemeinde vors Roß geschoben. Errichtete der

Staat große Lehrmittelfabriken und würde er die Kabriate zum Selbstkostenpreise abgeben, wären also nicht auch die Hilfsmittel beim Schulunterricht der privatkapitalistischen Profitmacherei ausgeliefert, so könnten für wenige Millionen sämtliche Schulen mit den besten Lehr- und Anschauungsmitteln versorgt werden. Aber lieber schüttet das Reich Gunderde von Millionen in den Sand Schmelzfarctas, lieber zahlt es jährlich mehr als hundert Millionen an pensionierte Offiziere, die bei voller körperlicher Nüchternheit kalt gestellt worden sind, lieber werden zehn neue Kriegsschiffe gebaut, deren jedes einzelne 40 bis 50 Millionen kostet und die in wenigen Jahren nur noch den Wert von altem Eisen haben, als daß es die Volksschulbildung auf die Höhe hebt, die nach dem Stande der pädagogischen Technik im Handumdrehen zu erreichen wäre, wenn der Staat nur die nötigen Mittel aufwenden wollte. Man schämt sich ja heutzutage seitens der herrschenden Klassen, offen heraus zu erklären, daß der dümmste Arbeiter ihnen der Liebste ist; im Gegenteil wird das Lob der Schulbildung in allen Tonarten besungen. Aber in Wirklichkeit sorgt der Staat als Hausvater der herrschenden Klassen dafür, daß die allgemeine Volksschulbildung möglichst gering bleibt. Daß habe auch keine Lehrpläne ausgefertigt gesehen, aus denen ersichtlich war, ein wie lächerlich großer Prozentsatz der Schulstunden von Religion und dem, was drum und dran hängt, weggenommen wird.

Keinen Teil der deutschen Ausstellung habe ich so mitgefremt verlassen wie den für Erziehung und Unterricht. Eben weil hier der Staat durchgreifend bessern Wunde, wenn er nur wollte, fällt der Reformschwandel, der in Brüssel mit dem deutschen Volksschulwesen getrieben wird, auf die Nerven. Gezählt, gezogen und so leicht besunden.

153,1 oder 311,8 pZt. Krankheitsfälle, 3921 oder 231,3 pZt. Krankheitsstage und 0,30 oder 272,7 pZt. Todesfälle mehr als beim Durchschnitt der Allgemeinheit.

Fast ähnlich ungünstig sind die Verhältnisse für die Alkoholiker auch bei allen andern Krankheitsgruppen. So entfallen bei den Krankheiten der Verdauungsorgane auf die Alkoholiker 227 pZt. Krankheitsfälle, 352,9 pZt. Krankheitsstage und 144,1 pZt. Todesfälle mehr als auf die Allgemeinheit. Bei den Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane sind es 122,4, 144,2 und 950,0 pZt. bei den Krankheiten der Kreislauforgane 163,3, 176,9 und 121,5 pZt. bei den Verletzungen und anderweitigen äußeren Einwirkungen 196,3, 231,3 und 386,5 pZt. mehr als bei der Allgemeinheit für alle Verufe usw.

Alle diese Zahlen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, welche verheerenden Wirkungen der übermäßige Genuß von Alkohol für das Leben und die Gesundheit des Volkes mit sich bringt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Verhältnis für die Alkoholiker noch ungünstiger wäre, wenn diese nicht auch in den Zahlen der Allgemeinheit mit enthalten wären und wenn die Zahlen für die Allgemeinheit nicht außerdem die große Masse der mäßigeren Alkoholverbraucher sowie die Fälle gewerblicher und akuter Alkoholvergiftung mit enthielten.

Die Gefahr, die der übermäßige Alkoholgenuß mit sich bringt, steigert sich natürlich mit zunehmendem Alter, das heißt mit der Dauer des Alkoholmißbrauchs. Nach der Statistik entfallen zum Beispiel auf 100 beobachtete Personen in der ersten Altersklasse, wo der Körper der Alkoholiker durch den Alkohol noch nicht allgütig geschwächt ist, 65,7 Krankheitsfälle. Mit der Dauer des Alkoholmißbrauchs steigt die Zahl der Krankheitsfälle in der zweiten Altersklasse auf 97,3, in der dritten auf 119,6, in der vierten auf 127,0, in der fünften auf 149,0 und in der sechsten auf 209,0 pZt. Diese Steigerung ist allerdings nicht ausschließlich auf die ruinösen Wirkungen des Alkohols zurückzuführen, denn auch bei der Allgemeinheit findet ja von den niederen zu den höheren Altersklassen eine Steigerung statt; aber die Steigerung ist bei den Alkoholikern mit 218 pZt. doch um über das Doppelte größer als bei der Allgemeinheit, bei der sie nur 98 pZt. beträgt. Auch diese Zahlen zeigen also deutlich die große Gefahr des Alkoholmißbrauchs.

Wenn wir bis jetzt von den gefährlichen Folgen des Alkoholmißbrauchs gesprochen und dabei nur die auf notorischer Trinker bezüglichen Zahlen verwendet haben, so wollten wir damit natürlich nicht sagen, daß Alkoholmißbrauch erst dann vorliegt und die Gefahr erst dann beginnt, wenn jemand notorischer Trinker ist. Wir sind vielmehr überzeugt, daß die gefährliche Wirkung des Alkohols schon viel früher beginnt, und daß auch dann ein ungünstiges Resultat erzielt werden würde, wenn man die Personen, die regelmäßig größere Quanten Alkohol genießen, ohne jedoch schon vom Arzt als „Trinker“ bezeichnet oder mit dem „Delirium tremens“ behaftet zu sein, der großen Zahl der mäßigen Alkoholverbraucher oder Abstinenten gegenüberstellte. Dies wird ganz besonders bei den Arbeitern zutreffen, die die schlimmsten Wirkungen des Alkohols nicht durch gute und kräftige Speisen, wenigstens zum Teil, wieder gut machen können. Und deshalb haben auch besonders die Arbeiter alle Ursache, den Alkoholmißbrauch zu bekämpfen und den Alkoholverbrauch nach Möglichkeit einzuschränken. Je mehr dies geschieht, desto besser ist es für die Arbeiter, desto vollkommener wird in Zukunft ihre körperliche und geistige Gesundheit sein.

Arztstand und Kurpfuscherei.

I.

„Kampf gegen das Kurpfuschertum“ ist seit Jahren die Parole der Organisationen des Arztestandes, insbesondere der Ärztekammern. Sie spielt bekanntlich auch ganz erhebliche in die Frage der Neuordnung des Reichsversicherungswesens hinein. Durch die Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 ist den approbierten Ärzten das bis dahin bestehende Privileg der Ausübung der Heilkunde entzogen worden, sie haben auf diese keine ausschließliche Berechtigung mehr. Die ärztliche Tätigkeit ist freigegeben, falls der, der sie ausübt, sich nicht als Arzt usw. oder mit gleichbedeutenden Titeln bezeichnet und nicht vom Staat oder einer Gemeinde als Arzt usw. anerkannt oder mit ähnlichen Funktionen betraut werden soll. Weitere Beschränkungen sind gegeben durch: 1. § 56 a Ziffer 1 der Gewerbeordnung, wonach vom Gewerbebetrieb im Umherziehen ausgeschlossen ist die Ausübung der Heilkunde, insofern der Ausübende für diese nicht approbiert ist; 2. § 3 des Reichsarztegesetzes vom 8. April 1874, wonach außer den Impfarzten ausschließlich Ärzte befugt sind, Impfungen vorzunehmen. Der § 147 Ziffer 3 der Gewerbeordnung führt näher aus: „Mit Geldstrafe bis zu M 300 und im Unvermögensfalle mit Haft wird bestraft, wer, ohne hier zu

approbiert zu sein, sich als Arzt (Wundarzt, Augenarzt, Geburtshelfer, Zahnarzt, Tierarzt) bezeichnet oder sich einen ähnlichen Titel beilegt, durch den der Glaube erweckt wird, der Inhaber desselben sei eine geprüfte Medizinalperson.

Es versteht sich von selbst, daß sowohl der nicht approbierte Heilkundliche wie der Arzt für jeden durch seine Tätigkeit zugefügten Schaden verantwortlich ist. Diese Verantwortlichkeit ist erhöht durch die §§ 230 und 230 des Strafgesetzbuches. Die wegen fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Tötung vorgesehenen Strafen können verschärfert werden, wenn der Täter zu der Aufmerksamkeit, die er aus den Augen ließ, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet war.“

Das ist die Rechtslage. Gegen sie wenden sich die Ärzte und verlangen ein Kurpfuscherverbot. Als die Gesetzgebung im Jahre 1869 dieses Verbot aufhob, ging sie von der Erwägung aus, daß die Ausübung der Heilkunde fürberhin nicht das Privileg eines besonderen Standes sein könne; daß erfahrungsgemäß auch Personen, die kein schulgerechtes ärztliches Studium absolviert und kein ärztliches Examen gemacht, imstande seien, sich als Heilkundige zu betätigen, und daß übrigens der wirklich Arzt vom unberufenen Quacksalber sehr leicht zu unterscheiden sei. Diese Erwägung wird von den Ärzten als „unhaltbar“ und als „durch die Tatsachen widerlegt“, angefochten. Sie machen in einer Anzahl von Rundgebungen, die wir uns im Laufe der Jahre gesammelt haben, u. a. geltend, der Bildungsgrad weiter Volksschichten sei nicht so hoch, daß man von ihnen eine Unterscheidung zwischen dem wirklichen Heilkundigen und dem Quacksalber, dem Pfuscher, erwarten könne. Und darin haben sie, diese Bemerkung ganz allgemein genommen, leider nicht unrecht.

Daß es ein Kurpfuschertum in des Wortes wahrer Bedeutung gibt, kann nicht bestritten werden, ebenso nicht, daß viele Menschen ihm zum Opfer fallen. Die Frage ist nur, und darauf werden wir weiterhin zu sprechen kommen, ob der Arztstand berechnete Ursache hat, alle, die die Heilkunde ausüben, ohne approbiert zu sein, als „Pfuscher“ zu bezeichnen und ob der ärztliche Stand selbst durchweg eine Ausübung der Heilkunde betreibt, gegen die sich nicht schwere Bedenken erheben lassen.

Wir haben vor der ärztlichen Wissenschaft und Praxis die ihrer Bedeutung, ihrem Werte, ihren Aufgaben entsprechende Hochachtung, wie vor jeder andern wahren Wissenschaft und ihrer Betätigung. Ja, wir messen ihr noch viel höhere und weitergehendere Aufgaben zu, als ihr seitens gewisser maßgebender Kreise zuerkannt werden. Aber gerade deshalb können und werden wir uns niemals zum Mißgünstigen des Bemühens machen, das dahin geht, unter dem Vorwande des Interesses der Wissenschaft einseitigen Erwerbsinteressen zu dienen. Geradeheraus müssen wir sagen, daß die gegen die Freiheit der gewerblichen Ausübung der Heilkunde gerichteten Rundgebungen der Ärzte leider fast durchweg im Geiste echter Zünftlerei gehalten, in der Hauptsache darauf berechnet sind, die Konkurrenz der nicht approbierten Heilkundigen zu beseitigen und so den Ärzten höhere Einnahmen zu sichern. Das ist ja auch schon oft ganz offen ausgesprochen worden. Es ist wesentlich dieselbe Erscheinung, die auch bei andern Erwerbsklassen zu beobachten ist; bei den Schuljuristen, die sich über die „Winkeladvokaten“ entküpften; bei den zünftlerisch organisierten Handwerkern, die ohne Unterschied jeden, der nicht zur Innung gehört, einen „Pfuscher“ schelten und von der Gesetzgebung zum „Schutze vor den Pfuschern“ Erwerbsprivilegien beanspruchen. Die Juristen- und Handwerkszünftler gebärden sich genau so, wie die Junken der Ärzte: Sie berufen sich nicht nur auf ihre persönlichen „berechtigten Interessen“, ihre Erwerbsinteressen, sondern vorzugsweise auch auf die Interessen des Publikums, deren Gefährdung durch ein Pfuschertum sie behaupten. Wie der Zunftjurist geltend macht, nur er besitze die zur Erledigung fremder Rechtsangelegenheiten erforderliche Befähigung und Gewissenhaftigkeit, wie der zünftliche Handwerksunternehmer behauptet, nur von ihm respektive unter seiner Leitung sei ein gutes Stück Arbeit zu erwarten, — so erklärt der Zunftmediziner, nur er verbürge eine richtige Behandlung der Kranken. Und doch lehrt die Erfahrung, wie so völlig unmotiviert bezaugte Geltendmachen, zünftlerischer Vorgänge ist. Sondern unter den Zunftjuristen und Zunftmeistern, wie unter den Ärzten hat es stets solche gegeben, die sich durch Mangel an Befähigung respektive durch Unfähigkeit sowie durch Gewissenlosigkeit „auszeichneten“. Und wahrlich nicht wenige!

Die Junken der Ärzte verallgemeinern den Begriff „Kurpfuscherei“ in willkürlicher Weise; sie behaupten ihn gegnig aus auf alle die, die nicht auf ihre Schule schwören. Im Laufe der letzten Jahrzehnte sind in Deutsch-

land die „Naturheilvereine“ entstanden. Von ihnen sagt ein Arzt:

„Sie bilden eine Gefahr für den Staat, weil gerade sie den Lummelplatz und den Boden für alle Kurpfuscherei bestreben und für die systematische Agitation gegen alle Medizinalgesetze, Zunftzwang, Meldepflicht bei ansteckenden Krankheiten, ferner gegen eine ganze Anzahl als notwendig und notwendig erkannt Gesetze und Verordnungen darstellen.“

Nicht genug damit, die Junken der Ärzte verpönten und erklärt in Verzug, sondern an und beschimpft selbst approbierte Ärzte, die sich in den Dienst dieser Vereine gestellt haben, sich zu arzneifreier Krankenbehandlung belassen, rücksichtslos als Kurpfuscher.

Wir sind wahrlich keine Naturheilsfanatiker, aber geistig blind und unfähig, richtige Tatsachen zu begreifen, müßten wir sein, wollten wir in Abrede stellen, daß diese neue Heilkundeberichterstattung eine notwendige Konsequenz der schweren Vergehens- und Unterlassungssünden ist, deren die Schulmedizin sich schuldig gemacht hat; daß sie der inneren Berechtigung nicht entbehrt, daß sie ein erfreulicher Beweis dafür ist, in welchem Maße die Laienwelt angefangen hat, aus freier Initiative heraus sich selbst zu bestimmen und zu betätigen für des Menschen höchstes Gut, die Gesundheit.

Das ist eine Erscheinung von hoher kultureller Bedeutung, die gerade vom wissenschaftlichen Standpunkt aus gebührend gewürdigt, nicht aber unter fälschlicher Verhüllung auf „Interessen der Wissenschaft“ verbergt und angefeindet werden sollte. Möge sich in ihr mancher Irrtum, ja selbst mancher Ueberhebung offenbaren — mit welchem Recht will gerade die ärztliche Schulwissenschaft sich zur Richterin darüber aufwerfen — dieselbe Wissenschaft, die von Anfang an wahre Labyrinthgänge des Irrtums durchwandern mußte, die nie zu einem festen System der Heilkunde kommen konnte, die Schritt um Schritt bis zu dieser Stunde mit ihren eigenen Irrtümern aufträmen, mit ihren eigenen Unvollkommenheiten rechnen, ihre eigenen Fehler bekämpfen und verbessern mußte, dieselbe Wissenschaft, in der es an unwissenschaftlicher Ueberhebung und Anmaßung niemals gefehlt hat!

Ränge bevor es die von der Schulmedizin so heftig angefeindeten Naturheilvereine und Naturheilkundigen gab, hatten hervorragende Vertreter der ärztlichen Wissenschaft — keine „nicht approbierten Pfuscher“ — die Ausgesiegt beziehungsweise Schädlichkeit gewisser Medizinalgesetze, gewisser Maßnahmen zum Schutze gegen ansteckende Krankheiten, des Zunftzwanges und der Zümpfung selbst zum Gegenstand scharfer Kritik gemacht. Es wären Bande mit dieser Kritik zu füllen. Und nun machen Zunftmediziner Laien einen Vorwurf daraus, daß sie sich in solchen wissenschaftlich unstrittigen Fragen aus dem Standpunkt der Vertreter stellen, die sich gegen die Anschauungen und Praktiken der Schulmedizin rüsten? Mit Verlaub, Ihr Herren: Es ist naturgesetzliche Freiheit des Menschen, in Ansehung seiner und seiner Nebenmenschen Gesundheit zu glauben und zu tun, was ihm richtig und nützlich dünkt. Wie ein Unterwerfungszwang in Sachen der Religion, so ist auch ein Zwang zum Glauben in Sachen der Gesundheitspflege und zur Unterordnung unter ein bestimmtes Heilkunde-system unsinnig. Wir trennen von dieser Erwägung selbstverständlich die Frage, inwieweit ein Zwang zur Abwehr gemeingefährlicher Krankheiten geboten ist und welcher Art dieser Zwang zu sein hat. Uebrigens auch eine Frage, in der die Ansichten von Vertretern der medizinischen Wissenschaft einander scharf gegenüberstellen.

Wahre und falsche Heilkunde. Ein Wort der Aufklärung über den Wert der wissenschaftlichen Medizin gegenüber der Gemeingefährlichkeit der Kurpfuscherei. Von Dr. med. Karl Alexander in Breslau. Von der Ärztekammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin preisgekrönte Schrift. Berlin 1899, S. 49.

Politische Umschau.

Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Parteitag. — Bericht der Studienkommission der britischen Arbeiterpartei über die soziale Lage der deutschen Arbeiterklasse. — Ergänzliche Statistik der „Freizeitzeitung“. — Agitation der Konservativen in Rhodanien-Marienburg und Frankfurt-Leban. — Soziale Getreidepreise und Verschiebung im Konsum von Brotgetreide. — Erhöhung des Zolles auf alle Obstsorten. — Professor Schmoller und die „Konservative Monatschrift“ über die preussische Wahrscheinlichkeit.

Von Sieg zu Sieg! Machtvolles Anwachsen der sozialdemokratischen Wählermassen, Niederrückung aller reaktionären Gewalten und Parteien durch den demokratischen Sozialismus! — Das war die Signatur bei allen Wahlen, die nach der „Finanzreform“ des Blauschwärzen-Blodes seit dem vorigen Jahre vorgenommen worden sind. Und dieses Wortwortschreiben der guten und gerechten Sache des arbeitenden Volkes dokumentiert so recht auch der Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Parteitag.

vorstandes an den Parteitag, der eine sehr erfreuliche Entwicklung der Parteibewegung feststellen kann. Die Zahl der Mitglieder der Parteioffizianten ist im Berichtsjahre von 633 309 auf 722 830, also um 14,13 pZt. gestiegen, so daß es in Deutschland nunmehr fast drei Viertel Millionen organisierte Sozialdemokraten gibt. Außerdem bringt der Bericht eine Zusammenstellung über die von den Parteioffizianten geleistete mündliche und schriftliche Agitationsarbeit, einer Agitation, wie sie eben nur von einer Partei geleistet werden kann, die von so hohen Idealen der Volksbefreiung und Erleuchtung wahrer Menschenwürde erfüllt ist, die von der erhebenden Erkenntnis durchdrungen ist, daß sich die völkischstrebende Kraft des Volkes trotz aller Hemmnisse siegreich Bahn bricht zum Ziel und Segen des gesamten werktätigen Volkes. Neben den 29 826 Mitgliederversammlungen und 13 814 öffentlichen Versammlungen haben Flugblätter in einer Gesamtauflage von mehr als 23 Millionen ein gut Stück Aufklärungsarbeit geleistet. Nicht nur bei den Landtagswahlen und den Reichstagswahlen zum Reichstag kann der Bericht glänzende Erfolge konstatieren, auch bei den Gemeindevertreterwahlen ist die Sozialdemokratie von Sieg zu Sieg geschritten, so daß die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter in 2497 (bisher 2210) Orten auf 7729 (bisher 6481) gestiegen ist. Selbst die von den herrschenden Gewalten und von der in deren Diensten stehenden Polizei und Justiz geübte Adelspolitik hat nicht vermocht, den Siegeslauf der Sozialdemokratie aufzuhalten, trotzdem im letzten Jahre gegen Parteigenossen 37 Jahre Gefängnis und 30 524 Geldstrafe verhängt worden sind.

Dieser gute Stand der Organisation ist es besonders, den die Mitglieder der Studienkommission der britischen Arbeiterpartei, die im Monat Mai dieses Jahres Deutschland zwecks Studiums der sozialen Lage der Arbeiterklasse besuchte, in ihrem kürzlich herausgegebenen Bericht lobend anerkennen. Unbedingtes Lob gilt der Partei der deutschen Gewerkschaften und ihrer für die Hebung der Arbeitermassen außerordentlich segensreichen Tätigkeit; ein Lob, das besonders aus dem Munde von Vertretern der gewerkschaftlich so hoch entwickelten Arbeiterpartei des britischen Reiches besonderer Beachtung wert ist.

Interessant und zu erhöhter Tätigkeit auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete anspornend sind die Ausführungen über Lebensmittelpreise und Lohnverhältnisse. Es wird in dem Bericht statistisch nachgewiesen, daß die Preise aller vom Volke konsumierten Waren, wie Brot, Kaffee, Butter, Tee, Fleisch, Zucker, Käse, Kohle usw. mit Ausnahme von Eisen, Milch und Kartoffeln im schwebelosen Deutschland erheblich höher sind als im freihändlerischen England, trotzdem die Qualität der vom deutschen Arbeiter konsumierten Ware häufig geringer ist als die vom englischen Arbeiter konsumierte. Wenn dann weiter ausgeführt wird, daß die Löhne der deutschen Arbeiter geringer sind als die der englischen, so kann man wohl mit Recht in das hohe Lied auf die deutsche Arbeiterpartei einstimmen, in dem es heißt:

„Die Arbeiterpartei hat wenig auszugeben, aber sie vertritt es, mit dem Wenigen zu wirtschaften. Ihr Heim ist klein wie ihre Mittel, aber es ist gewöhnlich reichlich, obwohl die Frau in vielen Fällen den Lohn ihres Mannes vermehren helfen muß, indem sie entweder draußen oder zu Hause für Lohn arbeitet, und dabei hat sie ihren häuslichen Pflichten nachzukommen. Sie hat viele Kinder, aber trotz der schrecklichen Überfüllung der Wohnung sind diese gewöhnlich reich und ordentlich.“

Den englischen Schutzpolitikern wird dieser Bericht von sachkundiger Seite arg wider den Strich gehen und die organisierte Arbeiterpartei des britischen Reiches wird sich für ein Schutzgesetzwerk nach deutschem Muster schämevoll bekennen. Uns erwacht aber daraus die unabweisbare Pflicht, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln auf eine Umformung der ganzen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse hinzuwirken, um allem, was Menschenankern trägt, ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen, um jedem Arbeiter als dem Wertzeug der kulturellen Werte auch teilhaftig werden zu lassen. Der Weg zu künftigen Fortschritt: Kräftigung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation, die so herrlich im Entstand begriffen sind.

Zur selben Zeit, in der die Sozialdemokratie so schöne Siege zu verzeichnen hat, in der die Massen erkannt haben, daß mit dem blauschwarzen Mod tabula rasa gemacht werden muß, sucht die „Kreuzzeitung“ durch eine heftig tonende witzige Statistikkampagne ihren Lesern weiszumachen, daß die Konserverativen und ihr Trost auch nach der Finanzreform nichts von ihrer Popularität eingebüßt, ja, daß sie sogar noch 1406 Stimmen in den Reichstagswahlen gewonnen hätten. Sie bedient sich dazu eigenartiger Zahlen-Fonglerkunststücke, um den enormen Stimmenverlust in Oelschlag, Eisenach, Zauer-Wolkenstein, Wehrmünde-Weidom und Landsberg-Goldin (im ganzen 22 000 Stimmen) zu betonen. Sie verfährt dabei einfach so: Die Konserverativen und Wähler haben bei den Reichstagswahlen in einigen Kreisen eigene Kandidaten aufgestellt, in denen sie bei den Reichstagswahlen des Jahres 1907 nicht selbständig vorgingen, sondern ihren Parteigängern die Wahl des liberalen Wählerkreises empfahlen. Das war natürlich nicht mehr möglich, nachdem die Konserverativ-liberale Wähleropposition in die Wälder gegangen war. Die jetzt für ihren Kandidaten abgegebenen Stimmen wurden sie sich als „Gewinn“. Nun, können wir den Konserverativen die naive Freude an diesem harmlosen Zahlen-Kaufspiel. Der Umsturz wird und muß kommen. Das Volk wird einmütig bei den nächsten Reichstagswahlen sein Voto sprechen: Fort mit den Schädlingen! Wieder mit den blauschwarzen Völkern!

Ob die von den Konserverativen zur Schau getragene Dummheit überhaupt noch bis über die nächsten Reichstagswahlen in Bismarck-Marienburg und Frankfurt a. M. hinaus dauern wird, ist sehr zu bezweifeln. Aus der Art der in diesen Wahlkreisen betriebenen Agitation seitens der Kandidaten und Agitatoren der Rechten leuchtet alles andere als Siegeszuversicht hervor, und die Teilnahmslosigkeit der Wählerpartei gegenüber der politischen Tätigkeit dieser Herren ist der beste

Beweis dafür, wie übel es um die Sache der blauen Wölfe bestellt ist.

In der Umschau der vorigen Woche konnten wir eine Uebersicht über das durch Grenzschere, Zölle und zollfreie Quarantänebeschränkungen verursachte Emporschnellen der Fleischpreise zur Kenntnis der Leser bringen. Der damit verbundene Rückgang des Fleischkonsums ist aber von um so größerer Bedeutung, als auch bei anderen wichtigen Nahrungsmitteln eine Verminderung des Verbrauchs zu konstatieren ist. Nach den Angaben des Statistischen Jahrbuches ergeben sich folgende Verbrauchsmengen in Kilogramm:

	1907/08	1908/09
Weizen.....	90,7	88,6
Roggen.....	144,4	141,3
Kartoffeln.....	625,3	631,4

Diese Statistik beweist wieder die alte Erfahrung, daß hohe Getreidepreise auf den Verbrauch hemmend wirken und eine Verminderung, besonders aber eine Verschiebung im Konsum von Brotgetreide zur Folge haben. So wird bei hohen Getreidepreisen in erster Linie an dem Verbrauch von Weizen gespart, während sich das Volk mehr dem Konsum von Kartoffeln, des billigsten Nahrungsmittels, zuwendet. Der Weizenverbrauch ist äußerst gering, ein Beweis, wie nachteilig die hohen Preise auf die Ernährung des Volkes gewirkt haben. Doch der „Deutschen Tageszeitung“ genügt die Auspönerung des Viehs noch nicht; sie redet auch noch der Erhöhung des Fettes auf alle Dölkforten das Wort. Also auch Äpfel und Bananen, die in immer weiterem Umfange als Volksnahrungsmittel anerkannt und von den Ärzten so sehr empfohlen werden, sollen verteuert werden. Wann wird ein Ende kommen dieser Schmach?

Daß zu einer Zeit, in der durchschnittlich jährlich etwa 880 Millionen Mark mehr allein aus den hohen Getreidepreisen in die Taschen der Agrarier fließen, Professor Schmöller in seinen Ausführungen über eine Reform des preussischen Wahlrechts meint, der Vorwurf des Junkerregiments „gehöre, mehr der Vergangenheit als der Gegenwart“, ist eine Behauptung, die zu beweisen selbst dem immerhin mit einem Fonds historischer Einsicht in den Entwicklungsgang der Geschichte ausgestattetem Professor schwer werden wird, zumal er anerkennt, daß in dieser Frage den Konserverativen und Wählern nicht so sehr das Wohl des Staates als ihr eigener Einfluß am Herzen liegt. Er weist darauf hin, daß das preussische Klassenwahlrecht nicht weit von dem französischen Wahlrecht absteht, das 1830 und 1848 dort zur Revolution führte. Schmöller weiß auf Grund entwicklungsgeographischer Studien, daß auf die Dauer nicht eine breite Volksmasse, wie die heutige Arbeiterklasse, von den politischen Rechten ausgeschlossen werden kann. Als Mahner und Warner spricht er zu den Konserverativen, wenn er von ihnen eine freihöhere Ausgestaltung des Wahlrechts verlangt. Kommen muß die Wahlrechtsreform; wenn nicht die Monarchie sie durchführt mit „einem über den Parteien und Klassen stehenden Beamtenministerium“, so wird „die demokratische Flut“ sie in die Hand bekommen.

Das furchtbar scheinbar auch die „Konserverative Monatschrift“, deren Ausführungen über die preussische Wahlreform ein bemerkenswerter Beleg dafür sind, daß die Art, wie „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ diese wichtige Frage behandeln, keineswegs konserveratives Gemeingut ist. Es ist ihrer Meinung nach nicht konserverativ, „auf allem, was einmal besteht, liefern beharren zu wollen“. Sie sagt ausdrücklich, daß es kein Postulat des Konserveratismus sei, sich unter allen Umständen auf das indirekte Wahlsystem mit öffentlicher Abstimmung festzulegen. Treffend wird in der „Monatschrift“ die indirekte Wahl als lästige Verbormundung charakterisiert. Ganz im reaktionären Fahrwasser der Heydenbrand und Genossen bewegen sich ihre Ausführungen über das Dreiklassenwahlrecht, das sie unbedingt beibehalten wissen will und über die den Wählern gegenüber dem Offen so schwer schädigende Wahlrechtsreform. Richtig ist es vor allem, wie sich das leitende Zentrumorgan, die „Germania“, mit diesen Ausführungen abfindet. Das Zentrum war es ja gerade, das den Konserverativen im Abgeordnetenhaus die Hingabe der direkten Wahl zur geheimen Verbindung half. Das Zentrumblatt ist für eine demokratische Wahlrechtsreform, wenn die Konserverativen dafür eintreten, es möchte ein Wahlrecht, das „begründete und zeitgemäße Ansprüche der Demokratie befriedigt, ohne den Konserverativen gewaltsam aufzuzugehen zu werden“. Wahrscheinlich, ein besserer Weg, die „demokratischen“ Reformwünsche zu verwirklichen, kann in der Tat nicht gefunden werden.

Mit der Abschlusssatzung des direkten und geheimen Wahlrechts kann sich die Sozialdemokratie nicht zufrieden geben, sondern muß unerbittlich, zielbewußt auf ihrer Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts bestehen. Es bleibt die große Aufgabe dieser Partei der Entertiden und Entertiden, die Massen von ihrer Rechtfertigung zu überzeugen und dafür zu sorgen, daß die Wahlrechtsbewegung immer höhere Wogen schlägt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Kern eines Rohseisenhydriats. — Eine Konzentration in der elektrotechnischen Industrie. — Das Preisniveau der Nahrungsmittel im Kleinhandel.

In letzter Zeit haben wieder Verhandlungen über die Bildung eines deutschen Rohseisenhydriats stattgefunden, die zunächst resultatlos verlaufen sind. Die Forderungen einzelner Werke waren derart, daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Vor allem waren es die jungen Kistenwerke, die auf ihre machtvolle Position pochten und nur bei weitgehender Wahrung ihrer bevorzugten Stellung einem Syndikat betreten wollen. Aber auch unter den

übrigen Werken waren die Gegenstände unausgleichbar. Die Verhandlungen waren schon als resultatlos aufgehoben, als am Ende die Westgrube der Werke sich eines bessern besonnen und doch noch zu einer Verkaufsbereinigung sich zusammenschlossen, die als Kern eines künftigen Rohseisenhydriats bezeichnet werden kann. Gegen die noch auftretenden Werke wird es jetzt zu einer ziemlich heftigen Konkurrenz kommen. Man befindet sich nämlich, daß namentlich die kleineren Werke unter weitgehenden Preisreduzierungen sich Aufträge in Mengen heranziehen wollen, die sonst gar nicht für das ganze Jahr 1911 bieten. Diesem Vorhaben soll die neue Verkaufsbereinigung entgegenwirken, indem sie solche Preisunterbietungen durch verschärften Preisdruck im einzelnen Falle zu verhindern sucht. Das Scheitern der Syndikatsverhandlungen hätte sich für die Eisenindustrie schwer gerächt. Augenblicklich merkt man ja wenig von einer allg. starken Belastung des deutschen Marktes, weil es bis jetzt gelungen ist, den Export in ungewöhnlicher Weise zu forcieren. Während in England und den Vereinigten Staaten der Export sich nur langsam ausdehnen kann, hat er in Deutschland in geradezu auffälliger Weise zugenommen. Wäre es nicht möglich gewesen, die Ausfuhr so zu steigern, wie es geschehen ist, so würde entweder die starke und fortgesetzte Vermehrung der Erzeugung nicht möglich gewesen sein, oder aber wir litten unter einer Überlastung des Marktes mit allen seinen unangünstigen Folgen, die sich bis auf den Arbeitsmarkt erstrecken. Wenn sich nun die Nachfrage am Inlandsmarkt, wie zu erwarten steht, hebt, so wäre ohne Vereinbarung eine solche Steigerung der Produktion erfolgt, die beim ersten Nachlassen des starken Bedarfs zu der Erscheinung einer ungesunden Überproduktion geführt hätte.

In der elektrotechnischen Industrie haben die letzten Tage eine starke Annäherung zwischen zwei der größten Betriebe gebracht. Der Sellen & Guillaume-Rohmehrongern hat Anschluß an den Konzern der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft gefunden, und zwar in der Weise, daß die Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich die Rohmehrongergesellschaft erwirbt. Die Bank für elektrische Unternehmungen gehört aber zum Konzern der A. G. S., so daß dieser Ankauf der Rohmehrongergesellschaft zugleich ihre Angleichung an den Konzern der A. G. S. bedeutet. Bisher standen die beiden Konzerne in ziemlich scharfer Gegensatz zueinander, der für die Betriebe des Rohmehrongerns sich nachteiliger äußerte als für die A. G. S. Nichtsdestoweniger war auch der A. G. S. der Wettbewerb des Sellen & Guillaume-Rohmehrongerns lästig, und man suchte daher einen Modus, die Rivalität auszuschießen und gemeinsam gegen die übrige Konkurrenz aufzutreten zu können. Der soll nun durch die gekennzeichnete Transaktion gefunden sein. Die Betriebe des Rohmehrongerns bleiben in ihrer bisherigen Selbstständigkeit bestehen, aber durch die Vermittlung der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich ist der A. G. S. ein weitgehender Einfluß auf die Verwaltung der Betriebe des Rohmehrongerns gesichert. Diese neueste Transaktion, die von den in Frage kommenden Generalversammlungen gutgeheißen werden dürfte, wird die Machtverhältnisse in der deutschen elektrotechnischen Industrie sehr stark zugunsten der übermächtigen A. G. S. verschärfen. Man darf gespannt sein, wie die anderen Konzerne diese Konzentrationsbewegung aufnehmen werden; vielleicht suchen auch sie durch gegenseitige Annäherung ihre Position zu stärken.

Seit einigen Monaten zeigt sich im Großhandel eine sinkende Preissteigerung, die namentlich für Nahrungsmittel zu beobachten ist. Demgegenüber fällt es auf, daß das Preisniveau für Nahrungsmittel im Kleinhandel erst eine geringe Ermäßigung angeht. Die Spannung zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreisen ist infolgedessen in einem Grade angewachsen, der die Konsumenten zu heftigem Widerspruch herausfordert muß. Es soll dem Kleinhandel zugute gehalten werden, daß er angesichts der starken Preissteigerungen im Großhandel nicht immer jede Veränderung der Großhandelspreise mitmachen kann. Er hat oft seine Einkäufe noch zu Preisen gemacht, die ihm starke Verluste bringen würden, hätte er nicht die Möglichkeit, die höheren Preise etwas länger zu halten, als es nach den Veränderungen im Großhandel angezeigt erscheint. Aber gerade wenn man in dieser Beziehung den Interessen des Kleinhandels weit entgegenkommt, muß man angesichts der Preisbildung, vor allem auf dem Getreide- und Mehlmarkt, sagen, daß die Preissteigerung an den meisten Orten zuerst auf einer ungerechtfertigten Höhe stehen, und daß die starke Senkung der Getreidepreise gegenüber dem Vorjahre in der Bewegung der Preissteigerung noch nicht entfernt am Ausdruck kommt. Das ist eine Tatsache, der gegenüber alle Erklärungsversuche und Entschuldigungsgründe besagen. Und was für Brot gilt, das trifft auch noch für andere Nahrungsmittel zu. Fragt man nun, wobei es liegt, daß die Konkurrenz nicht für die nötige Ermäßigung der Preise sorgt, so kann man nur sagen, daß gerade im Kleinverkehr die Konkurrenz schwach entwickelt ist. Die Masse der Konsumenten kauft eben nicht nach den Prinzipien eines Geschäftsmannes ein, sondern überläßt sich beim Einkauf der lästigen Bedürfnisse einer überkommenen Gewohnheit, die nicht so leicht zu erschüttern ist und die daher eine scharfe Konkurrenz im Kleinhandel schwer aufkommen läßt. Nur too große Warenhäuser und namentlich Konsumvereine dem selbständigen Kleinhandel seinen Markt behorchen, wird auch der Kleinhandeler gestützt, mit den Preisen den Konsumenten möglichst weit entgegenzukommen. Die Organisation eines Leibes der Konsumenten in Konsumvereine erweist sich immer mehr als ein heiliges Mittel gegen Preisausbreitungen im Kleinhandel. Einzelne Betriebe gerade aus der jüngsten Zeit lehren auch, daß an solchen Plätzen, wo starke Konsumvereine weitgehenden Einfluß auf die Preisbildung im Nahrungsmittelmarkt haben, die Spannung zwischen dem Großhandels- und Kleinhandelspreisen lange nicht so hoch entwickelt hat wie dort, wo Konsumvereine fehlen oder wo sie noch nicht stark genug sind, um auf die Preisbildung der wichtigsten Nahrungsmittel nachhaltig einwirken zu können.

Berlin, 31. Juli 1910

Rich. Calver.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Deutschland:

Maurer:

- Anklam (Differenzen).
- Bobra-Rotenburg (Streik).
- Bramsche (Streik).
- Bublitz (Aussperrung).
- Buxtehude (Sperrung über Plüschke).
- Darmstadt (Sperrung über Val. Hofmann in Griesheim).
- Dorfen b. Mühlendorf (Differenzen).
- Exin b. Bromberg (Streik).
- Hagen (Sperrung über das Kalkwerk Letmathe).
- Helmrechts b. Hof (Streik).
- Immenhausen b. Cassel (Streik).
- Ochel (Sperrung über Paul Behrendt).
- Omsenzoll (Sperrung über H. Wagners Bauten in Fahlsbüttel).
- Ortrand (Streik).
- Pansa b. Planen (Streik).
- Podajuch (Sperrung über Rich. Kloinke und Wald. Berg in Podajuch, Herrn. Koch in Finkenwalde, Albert Kökelmann in Klätz und Aug. Saack in Retzowsfelde).

Isolierer und Steinholzleger:

- Aachen (Sperrung über Schlerter & Baum).
- Dresden (Sperrung über Grünzweig & Hartmann, Vertreter: Martin Simon).

Oesterreich:

- Serajewo, Göding, Hallein, Klattan, Liebenstein, Schwachat, Strakonitz, Weisswasser.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Emben, Oldenburg, Vegesack und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Vortritt verhängt.

Arbeitslosigkeit: In den Zweigvereinsgebieten Mühlheim-Oberhausen, Bochum und Lüttenscheid ist der Zugang guter Verbandskollegen erwünscht. Arbeit wird in Oberhausen im Bureau, Bellemstr. 70, in Bochum auf dem Bureau, Wiemelshausstr. 38a, nachgegeben. Auch in Gelsenkirchen werden gute Maurer verlangt. Zutreffende melden sich vor Aufnahme der Arbeit im Bureau, Kaiserstr. 65/67. Der Zweigverein Sagen wünscht Zugang von 200 bis 300 guten Verbandskollegen, die sich vor Aufnahme der Arbeit auf dem Bureau, Köhlerstr. 3 („Neue Welt“), zu melden haben. In Duisburg ist Arbeitslosigkeit für Maurer und Gementierer. Auskunft wird auf dem Bureau, Friedrich-Wilhelmstr. 76, erteilt. 10 bis 15 Maurer verlangt Maurermeister Hartmann in Stablin. Mangel an Fliesenlegern ist in Hannover. Vor Aufnahme der Arbeit melden sich zureichende Kollegen im Bureau, Langstr. 2, 2. St.

Der Abschluss des Kampfes in einigen Großstädten.

Ueber den Abschluss der Bewegung haben wir von einigen großen Zweigvereinen, die die Aufnahme der Arbeit nach Fällung des Schiedspruches zunächst abgelehnt hatten, Berichte eingefordert, um die Gründe für die besondere Stellungnahme der Kollegen dieser Orte zu erfahren und sie geschichtlich festzuhalten. Nachstehend geben wir nun die bis jetzt eingegangenen Berichte wieder.

Breslau.

Nachdem die Arbeit im vollen Umfange wieder aufgenommen worden ist und sich die Wogen des Kampfes gelegt haben, ist es notwendig, klarzulegen, weshalb der Zweigverein Breslau den Schiedspruch zunächst abgelehnt hat. Dies ist nicht etwa auf eine augenblickliche Erbitterung zurückzuführen, hervorgerufen durch die zu geringen Zugeständnisse in bezug auf den Lohn, sondern durch die jahrelangen Vorbereitungen des Unternehmertums zur Niederknüpfung der Arbeiter; denn gerade in Breslau wurde den Arbeitern bei Gründung des Arbeitgeberbundes von einem Scharfmacher Kampf bis zum Ausheuten angedroht, und ihnen das Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgesprochen. Das in diesem Jahre vom Arbeitgeberbunde ausgearbeitete Vertragsmuster und die Ablehnung jeglicher örtlicher Verhandlungen ließ keinen Zweifel darüber, was man von den Arbeitern wollte. Auch die kaum überstandene Krise war dazu angetan, Bündnistoff bei den Kollegen anzusammeln; denn Unternehmer wie Poliere drohten bei jeder Gelegenheit mit der Aussperrung, durch die ihnen endlich ein Mittel geboten sei, um die Arbeiter vollends zu Boden drücken zu können. Nachdem dann der von den Unternehmern propagierte Kampf für letztere beklorren gegangen war, da waren die Kollegen davon überzeugt, daß nun auch die Kriegsstoffen von denen bezahlt werden müßten, die unterlegen waren; denn auch die Unternehmer haben bei früheren für uns verloren gegangenen Kämpfen in rigorosster Weise die für sie günstige Situation ausgenutzt. Die hiesigen Kollegen, die in einer vollaufgelagerten Mitgliederversammlung am 18. Juni Stellung zum Schiedspruch nahmen, lebten diesen, als der Opfer nicht wert, ab. Gegen die Verteilung der Verbandsratsbeschlüsse wurde scharf opponiert. Die Erregung war jedem verständlich; denn 1908 brachte uns der Schiedspruch keine Lohnsteigerung, so daß der eine Pfennig in diesem Jahre als eine Verhöhnung aufgefaßt wurde, um so mehr, da gerade Breslau als Großstadt allen übrigen Großstädten in der Lohnhöhe bedeutend nachsteht, obwohl, nach der eigenen Statistik der Unternehmer, an anderen Orten bei bedeutend höheren Löhnen niedrigere Wohnverhältnisse gezahlt wer-

den als hier, der Mehrwert aus der Arbeit also hier in erhöhtem Maße in die Taschen der Unternehmer fließt. Dazu kam noch die neunmündige Aussperrung, die die Kollegen empörte. Aus diesen Gründen wurde folgende Resolution an den Verbandstag beschlossen:

„Die heute, 16. Juni, im Gewerkschaftshause tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer, Zweigverein Breslau, nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem in Dresden gefällten Schiedspruch. Sie spricht ihr Bedauern aus, daß durch den Schiedspruch keine höhere Lohnzulage und für Breslau keine Arbeitszeitverfängerung gewährt worden ist. Die Verfassung erwartet von dem abzuhaltenden Verbandstag, daß der am 15. d. M. in Dresden gefällte Schiedspruch abgelehnt und der Kampf nummehr aufgenommen wird.“

Nachdem auch der Verbandstag den Schiedspruch angenommen hatte, und unser Delegierter in einer am 22. Juni stattgefundenen Versammlung Bericht erstattet hatte, wurde von allen Diskussionsrednern die Fällung des Verbandstages beurteilt. Es wurde empfohlen, den Schiedspruch abzulehnen und in den Streik einzutreten. Fast einstimmig wurde dies von der Versammlung gutgeheißen. Nach dreitägiger Dauer des Kampfes, bei mit seltener Einmütigkeit geführt wurde, versuchte man nochmals, mit den Unternehmern zu verhandeln, um wenigstens eine Umstellung der Lohnskala zu erreichen, und zwar so, daß der eine Pfennig im letzten und zwei Pfennig im ersten Jahre gewährt würden. Die Unternehmer lehnten jedoch jedes Entgegenkommen ab und pochten auf den Schiedspruch. Die Erregung der Kollegen wurde dadurch nur geschürt, und die Führer der Opposition erwarteten von einer eventuellen Annahme des Schiedspruches und der Weiterverfolgung der Mittel durch den Hauptvorstand schon das Aufleben einer Poliororganisation (nicht Freie Vereinigung). In diesem Augenblicke nahm der Kartellvorstand zu dieser die gesamte Breslauer Arbeiterschaft interessierenden Sache Stellung. Am 26. Juni hielten die in Frage kommenden Funktionäre eine Sitzung ab, in der die Streitangelegenheit reiflich erwogen wurde. Man war der Auffassung, daß bei der ganzen Sachlage irgendwelche positive Erfolge für die Streikenden nicht erreicht werden könnten, daß aber andererseits durch den Streik die Arbeiter anderer Bezirke noch mehr in Mitleidenschaft gezogen würden. Das Kartell erachtete es daher als seine Pflicht, vermittelnd einzugreifen. Am 27. Juni tagte deshalb im Gewerkschaftshause abermals eine Versammlung, zu der Genosse Philipp (Metallarbeiter) das Referat übernommen hatte. Er führte aus, die Erbitterung der Maurer sei verständlich, weil sie nach so schwerem Kampf keine angemessene Lohnsteigerung bekommen hätten. Die baugewerblichen Arbeiter hätten seit 15 Jahren mit ihren Kämpfen sprunghafte Erfolge gehabt; aber heute, bei den geänderten Verhältnissen und der streifen Organisation der Unternehmer sei die Ertragung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ungleich schwerer. Die Unternehmer hätten ihr Ziel nicht erreicht, sondern umgekehrt hätten die Arbeiter nicht zu untergehenden Erfolge erzielt. Weiter erinnerte der Redner daran, daß der auf demokratischer Grundlage basierende Verbandstag den Schiedspruch anerkannt habe, und daß es die Pflicht eines jeden Demokraten sei, sich dem Verbandsratsbeschlusse selbst dann zu fügen, wenn er einem nicht gefalle. Das Gewerkschaftskartell sei der Überzeugung, daß der Streik aussichtslos sei. Mit aller Entschiedenheit rief Philipp für die Gründung einer Sonderorganisation ab und forderte schließlich die Kollegen zum Ausbau der Organisation auf.

Diese Rede verfehlte ihre Wirkung nicht. Zwar Hang es aus der Versammlung heraus, die Verbandsleitung hätte nicht ihre Schuldigkeit getan, es hätte anders kommen müssen. Gegen Bömelburg wurden gar bittere Worte gesagt; aber Kollege Kothler wußte die Kollegen zu beruhigen. Die geheime Abstimmung ergab, daß der Antrag auf Wiederaufnahme der Arbeit mit 530 gegen 202 Stimmen angenommen wurde. Folgende Resolution wurde mit Mehrheit angenommen:

„Die Versammlung protestiert energisch gegen den Beschluß des Verbandstages, betreffend Annahme des Schiedspruches. Die Verammelten sind der Auffassung, daß die Wünsche der Großstädte, besonders aber der Breslauer Kollegen, im Schiedspruch keine Beachtung gefunden haben und vom Vorstand nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten worden sind. Weiter aber protestiert die Versammlung gegen die Haltung der Breslauer Unternehmer, denen das notwendige soziale Verständnis abgesprochen werden muß. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt nicht aus Mangel an Solidarität oder Geldmitteln, sondern um den Beweis zu erbringen, daß wir die Disziplin im Interesse der übrigen Kollegen in Deutschland wahren wollen. Die Verammelten erklären, treu zur Organisation stehen und dafür Sorge zu tragen, daß sich in Zukunft derartige Dinge nicht mehr ereignen.“

Damit hatte dieser Kampf sein Ende erreicht. Heute können wir sagen, daß sich die Kollegen mit den gegebenen Tatsachen abgefunden haben. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Breslauer Kollegen auch mit der Fällung des Hauptvorstandes beim Abschluß des Kampfes einverstanden sind. Der Hauptvorstand hat bekanntlich durch sein Schreiben vom 18. Juni die Aufhebung des Kampfes diktiert. (Der Hauptvorstand hat nur getan, was er nach dem Schiedspruch und nach Lage der Verhältnisse tun mußte. Die Red.) Die Breslauer Kollegen sind der Meinung, daß das, was den Verbandsratsdelegierten gesagt wurde, auch den Organisationsleitungen der einzelnen Zweigvereine hätte durch Hilbert mitgeteilt werden können, dann wäre die Erbitterung nicht so stark hervorgerufen. (Eine solche ausführliche Mitteilung war wegen Mangel an Zeit und verhältnismäßig andern Gründen unmöglich. Die Red.) Als am 16. Juni der Schiedspruch gefällig war, betamen wir vom Gauleiter ein Telegramm, auf dem neben dem Schiedspruch der Satz enthalten war: „Alles geht schief.“ Auf telegraphische Anfrage beim Hauptvorstand wurde uns mitgeteilt, über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches entscheide der Verbandstag. Die letztere Antwort war, wohl richtig, aber wir konnten mit diesen beiden Telegrammen so gut wie nichts anfangen; wir hätten mindestens wissen müssen, welche Stellung der Hauptvorstand und die Gauleiter dem Schiedspruch gegenüber ein-

nahmen, ob seine Ablehnung oder seine Annahme empfohlen werden konnte. Durch solche Mitteilung hätte man dem Verbandsrat Geld ersparen können, und die Versammlungen hätten ein besseres Bild ergeben. Die Mitteilung des Hauptvorstandes vom 18. Juni, durch die die Aufnahme der Arbeit gefordert wurde, kam zu spät, um dazu vor dem Stattfinden des Verbandstages noch Stellung nehmen zu können. Der nächste Verbandstag wird dafür sorgen müssen, daß solche Sachen in Zukunft unterbleiben.

Leipzig.

Wenn man in kurzen Zügen über die Leipziger Bewegung nach dem Dresdner Schiedspruch berichten will, so muß man — will man die Ursachen zu dem Angriffs-kampfe ergründen — bis zur Lohnbewegung im Jahre 1908 zurückgreifen; denn nur durch die Schilderung der Vorgänge im Jahre 1908 ist es möglich, zu einem richtigen Urteil zu kommen. Der im Jahre 1906 in Leipzig abgeschlossene Vertrag hatte Gültigkeit bis zum 1. Juli 1908. Die Leipziger Lohnbewegung konnte somit zeitlich gar nicht mit der großen allgemeinen Lohnbewegung im Frühjahr 1908 zusammenfallen. Nun haben wir aber das „Glück“, daß der Scharfmacher Enke, zuletzt zweiter Vorsitzender des Arbeitgeberbundes, in Leipzig sein Domizil hat. Herr Enke hatte es nun verstanden, die Leipziger Lohnbewegung mit in die große Bewegung hineinzuziehen, indem er im Herbst 1907 den Vertrag kündigte. Für ihn stand es jedenfalls fest, daß, wenn die Leipziger Bauarbeiter jetzt allein und zu einer andern Zeit in die Bewegung eintrat, sie besser abschneiden würde, als wenn die Leipziger Bewegung mit der andern Bewegung verknüpft würde. So kam es, daß wir Leipziger durch die Tätigkeit Enkes mit unter den Schiedspruch fielen. Der Schiedspruch hatte für die Leipziger Kollegen nicht nur das unangenehme, daß sie nur 1 1/2 Lohn mehr erhielten, sondern es kamen auch Bestimmungen in den Vertrag hinein, die man in Leipzig seit Jahren mit Erfolg zurückgewiesen hatte. Zum Beispiel wurde in Leipzig jetzt zehn Jahren nicht mehr in Afford gearbeitet. Eine Agitationsklausel, wie im Vertragsmuster, konnte man ebenfalls nicht. Deshalb ist es wohl auch begreiflich, daß der Schiedspruch unter den Leipziger Kollegen eine ungeheure Erbitterung hervorrief. In mehreren Versammlungen wurde die Annahme des Schiedspruches mit großer Majorität — 1400 gegen 200 Stimmen — abgelehnt. Erst nach dem Stattfinden des außerordentlichen Verbandstages in Hannover stimmte eine schwach besuchte Versammlung dem Schiedspruch zu. Aber die Erbitterung bestand unter einem großen Teile der Kollegen weiter. Nur dadurch, daß sehr oft von berufener Seite erklärt wurde: „1910 holen wir uns das, was wir 1908 unter den gegebenen Verhältnissen fallen lassen mußten“, beruhigten sich die Kollegen. Als nun die im vorigen Herbst begonnenen und in diesem Frühjahr fortgeführten Verhandlungen resultatlos verliefen, als ferner die Kollegen von den Unternehmern in friböser Weise ausgespart wurden, riefen sich sehr viele Kollegen die Vorgänge von 1908 ins Gedächtnis zurück. Aber trotz der großen Unzufriedenheit gegen den Schiedspruch von 1908, trotz der von vielen Kollegen geübten Befürchtung, daß der Kampf wieder zu Ende würde, wie 1908, erklärten sich unsere Kollegen — von einzelnen unrichtigen Ausnahmen abgesehen — bereit, die geforderten Opfer zu bringen. Obwohl es manchem Familienvater schwer fiel, von seinen durch die Feier- und Regentage geschwächten Verdiensten die Extrabeträge zu bezahlen, obwohl es für manchen hart war, in der Zeit der besten Konjunktur 14 Tage auf Unterfertigung zu verzichten, haben doch die Kollegen die Opfer gern gebracht, weil man immer noch hoffte, durch diese große Opferwilligkeit einen vollen Erfolg zu erzielen. In dieser Hoffnung wurden die Kollegen noch bestärkt, als in den Versammlungen des Bitteren gesagt wurde: „Mag der Schiedspruch ausfallen wie er will, wir haben zuletzt zu entscheiden.“ Andernfalls stand auch fest, daß in Leipzig eine sehr gute Bauartigkeit zu erwarten war.

Das Bild änderte sich sofort, als die Verhandlungen unter den Unparteiischen begannen und deren Vorschläge bekannt wurden. Bei jeder Gelegenheit wurden die leitenden Kollegen befragt, ja fast allgemein kam die Meinung zum Ausdruck: den Vorschlägen können wir nicht zustimmen. Ein großer Teil der Kollegen hatte irrtümlicherweise erwartet, der Verbandstag werde den Vorschlägen nicht zustimmen, weil man sich sagte: es sind noch die alten Bestimmungen wie im alten Vertrag darin enthalten, ja, es sind sogar noch — wenn auch kleine — Verfestigerungen hinzugekommen. In demselben Maße, wie die Kollegen in ihrer Hoffnung durch den Beschluß des Verbandstages enttäuscht wurden, steigerte sich auch die Unzufriedenheit. Dies zeigte sich schon deutlich in einer am 8. Juni abgehaltenen Versammlung. In dieser Versammlung, in der eine Lohnsteigerung von 66 auf 75 1/2 gefordert wurde, sprachen mehrere Redner gegen den Verbandsratsbeschlusse. Nur dadurch, daß der Kollege Jakob erklärte: „Das letzte Wort müssen die Arbeiter haben; sagt uns der Schiedspruch nicht zu, so müssen wir sagen können, das lehnen wir ab“, war es möglich, die Zustimmung zu dem Verbandsratsbeschlusse zu bekommen. Als nun auch der Schiedspruch in Dresden gefällig und die Lohnzulage — hauptsächlich für dieses Jahr — für die Großstädte eine unzureichende war, wurde die Erbitterung von Tag zu Tag höher. Am 19. Juni, dem Tag vor dem Stattfinden des Verbandstages zu Charlottenburg, fand eine von circa 3000 Kollegen besuchte Versammlung statt. Der Kollege Jakob sprach, vielfach kritisch unterbrochen, über die Situation nach dem Dresdner Schiedspruch. Er teilte mit, daß die Unternehmern bei den örtlichen Verhandlungen nur geringe Zugeständnisse gemacht hätten. Die Vertreter der Arbeiter hätten diese Zugeständnisse als eine Verhöhnung der Arbeiter abgelehnt. Es mußte somit ein Schiedspruch gefällig werden. Der Schiedspruch, der für sehr viele Orte Vorteil bringe, sei gefällig. Die Unparteiischen betrauteten ihn als endgültig. Auf Grund der ganzen Sachlage könne er zu der bestehenden Ansicht, den Streik zu erklären, nicht raten. Der Gesamtvorstand werde den Schiedspruch annehmen; es kämen also nur einige Orte in Frage, die den Kampf weiter führen würden. Die Kollegen mußten reichlich überlegen, welchen Schritt sie unternehmen wollen. Es sei zweckmäßig, die Arbeit nun aufzunehmen. (Stimmlicher Widerpruch.) In der nun folgenden sehr lebhaften De-

hatte, sprachen sich fast sämtliche Redner gegen den Schieds-
spruch aus. Bei den Verhandlungen sei nichts heraus-
gekommen. Nach der langen Aussperrung sei der Frennig-
Lohnzulage völlig unzureichend. Der Frennig sei durch
die allgemeine Feuerung lange weit gemacht. Früher sei
gefragt worden, wenn uns der Schiedspruch nicht zufällt,
sich nicht um ihn ab, und heute sollten ihn die Kollegen an-
nehmen. Trotz der angelobten Entziehung der Unter-
stützung durch den Zentralverband hätten die Leipziger
Maurer noch Mittel genug, den Kampf weiterzuführen. Ehe
man die angebotene Lohnverhöhung annehme, wolle man
sicher noch wochenlang trocken Brot essen. — Bei der Ab-
stimmung wurde der Schiedspruch gegen ungefähr zehn
Stimmen abgelehnt. Ein Antrag am andern Tage in den
Streik einzutreten, wurde dahin abgeändert, daß die Kol-
legen, die während der Aussperrung in Arbeit standen,
weiter arbeiten sollten. Die Kollegen dagegen, die aus-
gesperrt waren, sollten die Arbeit am Montag nicht auf-
nehmen. Ferner wurde beschlossen, sofort nach Beendigung
des Verbandstages eine Versammlung abzuhalten.

So war die Stimmung der Kollegen einen Tag vor
dem Verbandstag zu Charlottenburg. Sollte es im Jahre
1908 schon langer Verhandlungen bedürft, ehe man den
Vertrag aufstimmte, so ist es für jeden Menschen klar, daß
unter den obwaltenden Umständen eine Zustimmung nicht
zu erzielen war. Um aber die unter den Kollegen damals
vorhandene Stimmung vollständig zu erkennen, wird es not-
wendig sein, kurz über die stattgefundenen Verhandlungen
selbst zu berichten. Am 21. Juni hatte der Verbandstag
den Schiedspruch zugestimmt. Am 23. Juni hatten die
Zimmerer in Leipzig den Schiedspruch abgelehnt und den
Streik beschlossen. Am 24. Juni fand eine sehr stark be-
suchte Versammlung statt. Der Kollege Westphal berichtete
über die Tagung des Verbandstages. Nachdem er ein-
gehend die Verhandlungen besprochen hatte, wies er die
Kollegen darauf hin, daß sie bei der Abstimmung bedenken
müßten, daß sie sich in Widerspruch zu dem Verbandstags-
beschluss setzten. Der Verband sei nicht in der Lage, die
Leipziger Kollegen in irgend welcher Weise zu unterstützen.
In der Diskussion wandelten sich wiederum fast sämtliche
Redner mit den verschiedensten Gründen gegen den Schieds-
spruch begn. gegen den Verbandstagsbeschluss. Ein Redner
erklärte sogar unter hitziger Zustimmung, die Leipziger
Kollegen seien entschlossen, gegebenenfalls eine Lokalorgani-
sation zu gründen. (Dies ist bis jetzt erfreulicherweise nicht
eingetreten und wird hoffentlich auch später nicht eintreten.)
Der Kollege Werthold teilte mit, daß sich die Gaulteitung
nochmals an die Unternehmer gewandt habe, um noch etwas
zu erzielen. Der Arbeitgeberverband für Leipzig habe
darauf geantwortet:

Herrn Gustav Jakob,
Gaulleiter des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands,
Leipzig.

Auf Ihren uns heute unterbreiteten Antrag, morgen
eine gemeinschaftliche Sitzung der Vertragsparteien zur
Beilegung der Streitigkeiten in diesem Baugewerbe statt-
finden zu lassen, teilen wir Ihnen auf Beschluss unseres
Vorstandes folgendes mit:

Wir sind selbstverständlich bereit, sofort in die wei-
teren Verhandlungen einzutreten, sobald Ihre Organi-
sation den uns voraus angenommenen Schiedspruch
nunmehr auch tatsächlich anerkennen, mit andern Worten,
den Streik aufheben.

Wir glauben, daß das Ihren Organisation trotz
des Widerpruchs eines Teiles ihrer Mitglieder nicht
schwer fallen kann, nachdem sie sich durch zwölf Jahre ver-
tragsfähig und vertragsstreu gezeigt haben.

Hochachtungsvoll
Verband der Bauarbeiter für Leipzig und Umgegend,
Enke, Ullmann.

Den Unternehmern sei dann mitgeteilt worden, daß
sich die Arbeiter damit nicht einverstanden erklären könnten.
Darauf hätte ein Mitglied des Unternehmerverbandes
unter der Hand bemerkt, daß er für Gewährung einer
Feuerungszulage eintreten würde. Nach seiner (Wertholds)
Uebersetzung müßten die Unternehmer mehr gewähren, da
es sehr viel Arbeit gäbe. In Leipzig laurten die Unter-
nehmer geradezu, daß die Maurer wieder auf den Bau-
markt zu kommen, sie könnten gar nicht daran denken, die Kollegen
mit einem Frennig abzugeben. Aber an ein Nachgeben
der Unternehmer in der Weise, daß sie öffentlich einen
höheren Lohn zahlten, sei kaum zu denken, da sie sich auch
an die Beschlässe ihres Verbandes gebunden fühlten. Wenn
jetzt die Kollegen einen Beschluss fästen, bei sich mit dem
auf dem Verbandstag gefassten in Widerspruch zu setzen,
müßten sie sich klar sein, daß sie sich damit außerhalb der
Organisation stellten. (Große Umruhe.) Der Kollege Buch
erwähnte unter hitziger hitziger Unterbrechung die
Kollegen zur ruhigen Ueberlegung. Wenn nun noch ein
wochenlanger Streik folge, dann sei der Schaden eventuell
größer als der Erfolg. Bei der nach länger Debatte vor-
genommenen Abstimmung stimmten 2182 Kollegen für Ab-
stimmung des Schiedspruchs und somit für den Streik. 426
stimmten für Annahme des Schiedspruchs; drei Stimmgel-
tel waren unglücklich; neun Stimmgelteil waren weiß.
Wegen vorgeschrittener Zeit hatte ein Teil der auswärtig
anwesenden Kollegen die Versammlung bereits verlassen.
Nachdem nun der Schiedspruch durch die Abstimmung ab-
gelehnt war, wurde beschlossen, die Forderung von 75 %
aufrecht zu erhalten und überall dort, wo am andern Tage
die Forderung nicht bewilligt würde, die Arbeit einzustellen.
Dieser Beschluss wird insoweit von der Forderung der Zim-
merer ab, als die Zimmerer für dieses Jahr 70 %, für 1911
75 % und für 1912 75 % forderten. Ferner wurde be-
schlossen, den während der Aussperrung gezahlten Extra-
beitrag von 20. Juni an weiter zu zahlen. Die ledigen
Kollegen sollten sofort ohne Neuzustimmung abtreten.
Am Sonntag, 28. Juni, wurde von den Bauhilfsarbeitern
der Streik beschlossen und ein Stundenlohn von 65 % ge-
fordert.

Am 27. Juni wurde eine Versammlung der Streifen-
den abgehalten, um den Kollegen Gelegenheit zu geben, sich
über das vom Hauptvorstand an die Zweigvereine ver-
sandte Rundschreiben zu äußern bzw. eventuell über die
Aufhebung des Streiks zu beschließen. Nachdem der
Kollege Werthold mitgeteilt hatte, daß 67 Unternehmer,
bei denen circa 250 Kollegen beschäftigt seien, die Forde-
rung bewilligt hätten, verlas er das Schreiben des Haupt-

vorstandes. Nachdem der Hauptvorstand in dem Schreiben
erklärte, daß von der Hauptklasse keine Unterstützung mehr
geköhlt werden könnte, trotzdem er weiter auf die Folgen,
die eventuell durch die Ablehnung des Schiedspruchs
entstehen könnten, hinwies, erklärten verschiedene Redner
unter Zustimmung der Versammlung, daß sie lieber weiter
hungern, als den Schiedspruch anzunehmen wollten.
Ferner wurde verlangt, daß der Hauptvorstand das Geld
der Leipziger Lokalkasse zurückzahle, andernfalls sollten
sämtliche Einnahmen für die Hauptklasse am Orte ver-
bleiben. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, den
Streikbeschluss aufrecht zu erhalten. Weiter wurde be-
schlossen, die auswärtigen Kollegen, die in Leipzig aus-
gesperrt und durch den Streik in Mitleidenschaft gezogen
wurden, aus der Lokalkasse zu unterstützen. Am 29. Juni
fand wieder eine Versammlung statt. Der Kollege Werthold
sprach einleitend über den Stand des Streiks. Bewilligt
hätten 80 Unternehmer. Bei diesen arbeiteten circa
800 Kollegen. Von Unternehmerverband sei bis jetzt noch
keiner abgetreten. (Stürmische Zurufe: Wir stehen
ebenfalls fest!) Im ganzen Reiche habe man bis auf
wenige Orte dem Schiedspruch zugestimmt. Wenn auch
für Leipzig die Zulage zu gering sei, habe doch der Schieds-
pruch für viele Orte Vorteile gebracht. Aber was durch
weiteren Kampf noch erreicht werden könne, siehe in keinem
Verhältnis zu den schweren Opfern, die die Kollegen noch
im Kampfe zu bringen hätten. Deshalb sei es zwecklos,
den Streik noch länger aufrecht zu erhalten. Er erjude
die Kollegen, den Streik aufzugeben und die Arbeit auf-
zunehmen. (Stürmischer Widerspruch.) Nach diesen Aus-
führungen wurde beschlossen, in die Diskussion einzutreten,
ob eine Abstimmung über den Streik nicht vorzunehmen,
sondern es bei dem früher gefassten Streikbeschluss zu be-
lassen. In der Diskussion wurden gegen die Orts-
verwaltung stärkere Vorwürfe erhoben. Es wurde ge-
sagt, die Verwaltungen besäßen kein Solidaritätsgefühl
und versuchten in schnell eiderenenden Begründungen,
den Streik abzuwenden. Weiter seien die Kollegen von
den umliegenden Orten zur Arbeit in Leipzig aufgefordert
worden. Eine Resolution, die die Aufnahme der Arbeit
forderte, wurde nicht unterstützt, dagegen wurde ein Antrag
angenommen, während der Dauer des Kampfes die Orts-
verwaltung um fünf Mitglieder zu vergrößern. Am gleichen
Tage hatten die Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, Versamm-
lungen angelegt, um über die Aufhebung des Streiks zu
beschließen. Nachdem nun vom Vorsitzenden mitgeteilt
wurde, daß die Bauhilfsarbeiter die Aufnahme der Arbeit
beschlossen hätten (die Zimmerer hätten es ebenfalls getan),
wurde bei uns doch an den früheren Beschlüssen fest-
gehalten. — Daß in dieser Versammlung der Streik-
beschluss aufrecht erhalten wurde, ist zum Teil mit darauf
zurückzuführen, daß in der Presse mitgeteilt worden war,
am 30. Juni würden die drei Unparteiischen mit den
Zentralvorständen zur Besprechung der Differenzen zu-
sammentreten. Ebenso wollte man die Generalversammlung
des Arbeitgeberverbandes abwarten. Andernfalls muß
aber auch zugegeben werden, daß die Kampfesstimmung
noch sehr groß war. Ein großer Teil der Kollegen war
der Meinung, bei der Verhandlung vor den Unparteiischen
würde noch etwas herauskommen. Nachdem dies nicht der
Fall war und nachdem in den letzten Tagen Sachen vor-
genommen waren, die einen vollen Erfolg als nächstes
erzielen lassen müßten, war bei einem großen Teil der
Kollegen ein Meinungsumschwung eingetreten.

Am 3. Juli fand abermals eine Versammlung statt.
Kollege Bauerstede erstattete den Bericht über den Stand
des Streiks. 89 Unternehmer, bei denen 433 Maurer
beschäftigt würden, hätten bewilligt. 266 Rotiere und 250
Maurer arbeiteten zu den alten Bedingungen. Wie sich
aber die Dinge augenblicklich gestaltet hätten, sei an einen
weiteren Erfolg nicht zu denken. Die sonst straffe Disziplin
sei in den letzten Tagen nicht gehalten worden. Jedenfalls
wäre auch ein Teil Kollegen in Arbeit gegangen, wenn die
Unternehmer die Bauten geöffnet hätten. Aber auch die
ledigen Kollegen, die abtreten sollten, hätten die Beschlüsse
nicht beachtet. Sie wären nicht abgetreten, sondern hätten
vielmehr Unterstützung verlangt, und als ihnen diese ver-
weigert worden sei, hätten sie mit der Arbeitsaufnahme
gedroht. Wenn man auch die Siegesartikeln im „Grund-
stein“ lese, so müsse ein jeder Kollege zu der Ueberzeugung
kommen, daß nicht nur die gesamte Öffentlichkeit, sondern
auch die organisierte Arbeiterkraft gegen uns sei. Aus
allen diesen Gründen empfehle er, die Arbeit am Montag,
4. Juli, geschlossen wieder aufzunehmen. In der Dis-
kussion sprachen sich sämtliche Redner dahin aus, daß unter
den jetzigen Verhältnissen an einen vollen Erfolg nicht zu
denken sei. Mehrfach wurde erklärt, man sei mit der Er-
lebung dieses Kampfes nicht zufrieden, man wolle aber
fest zusammenhalten und der Organisation treu bleiben.
Unter hitziger Zustimmung erklärte ein Redner, dem
Herrn Enke und den andern Leipziger Unternehmern
dürfte die Aussperrung niemals verfallen werden. Bei
der Abstimmung stimmten 1086 Kollegen für Aufhebung
des Streiks und 588 dagegen. Mit diesem Beschluss war
für Leipzig der Angriffskampf beendet. Ob es möglich ge-
wesen wäre, durch den weiteren Kampf trotz des gefassten
Schiedspruchs noch weitere Erfolge zu erzielen, will un-
erörtert bleiben. Denn jede Kritik, die an den bei diesem
Kampfe vorgenommenen Fehlern geübt würde, würde nur
von neuem Streit entfachen.

Notwendig wird nur noch sein, nochmals kurz die
Gründe, die für die Fortführung des Kampfes maßgebend
waren sowie die Gründe, die die Kollegen veranlaßten,
den Kampf ohne Erfolg nach kurzer Dauer abzubrechen,
zusammenzufassen. Für die Fortführung des Kampfes
kam in Betracht die geringe Lohnzulage im Jahre 1908,
ferner die geringe Lohnzulage für dieses Jahr nach der
langen Aussperrung sowie der eingetretenen Feuerung.
Aber auch der Afford- und Agitationsparagraf war den
Leipziger Kollegen ein Dorn im Auge. Und auch der
Umstand war entscheidend, daß den Kollegen bis kurz vor
dem Schiedspruch, erzählt wurde: „Für habt zuletzt zu
entscheiden“; daß aber, nachdem der Schiedspruch gefasst
war, sofort die Unterstützung verweigert wurde. — Für
die Beendigung des Kampfes kam in erster Linie in Be-
tracht, daß der Hauptvorstand sich weigerte, das ihm vor-
einigen Jahren überhandte Lokalkassengeld zurückzugeben.

Ferner wirkte die Siegesnummer unseres „Grundstein“
stark auf die Kollegen und nicht zuletzt haben verschiedene
Vorfallkommisse am Orte selbst dazu beigetragen, daß der
Kampf abgebrochen wurde. So z. B. war eine der
wichtigsten Fragen die, ob die Kollegen, die aus irgend
welchen Gründen in Arbeit gingen, ausgeschlossen werden
könnten. Ueber diese und noch einige andere Fragen, die
ebenfalls hier nicht besprochen werden sollen, entlastet
viel Streit, daß es zwecklos erjude, den Kampf weiter-
zuführen, da bei derartigen Verhältnissen der Kampf ohne
Erfolg enden müßte.

Nach Aufhebung des Kampfes traten die Parteien in
die örtlichen Verhandlungen ein. Die erste Verhandlung
wurde wegen der Forderung der Unternehmer, einen Be-
grißvertrag abzuschließen, resultatlos abgebrochen. Bei
der zweiten Verhandlung beugten sich die Unternehmer
dazu, eine sofortige Lohnverhöhung von 1 1/2 zu zahlen, wenn
beide Parteien dem Vertrage zustimmten. Dieser Frennig
soll die Vertragsjahre hindurch gezahlt werden. Am
27. Juli nahm eine Versammlung den Bericht von den
Verhandlungen entgegen. Nach kurzer Debatte wurde der
Vertrag gegen eine große Minorität angenommen. Somit
ist für Leipzig der Kampf, aber auch mit so großer Einmütigkeit,
mit so großer Opferwilligkeit, aber auch mit so großem
Kampfesmut geführt wurde, beendet. Lange Zeit wird es
jedoch noch dauern, ehe die Unzufriedenheit unter den
Kollegen verschwindet. Hoffen wir aber, daß der Ausgang
des Kampfes diesen zur Behr, der Organisation aber zum
Vorteil gereichen möge! — Im Schluß der Schilderung
unserer Lohnbewegung erjude, noch die Tatsache er-
wähnen zu dürfen, daß Herr Enke nach der Aufhebung der
Aussperrung an die früher bei ihm beschäftigten Kollegen
folgenden Brief schrieb:

Leipzig, 30. Juni 1910.

Herrn Maurer P. B.

Nachdem in fast ganz Deutschland die Maurer,
Zimmerer und Bauhilfsarbeiter der Entscheidung des
Dresdener Schiedsgerichts Folge geleistet und die Arbeit
wieder aufgenommen haben und auch die Zimmerer und
Bauhilfsarbeiter in Leipzig gleiche Beschlüsse gefasst
haben, glaube ich, daß es an der Zeit ist, daß nunmehr
auch die Maurer ihre widerprechende Stellung aufgeben
und die Arbeit wieder aufnehmen.

In den Versammlungen ist zwar gesagt worden, ein
Frennig wäre ein so geringes Angebot, daß es nicht
angenommen werden könnte. Ich bitte aber zu bedenken,
daß es sich nicht um einen Frennig handelt, sondern um
eine innerhalb 1 1/2 Jahren, nämlich schon am 1. April
1912 zu erreichende und durch Vertrag garantierte Lohn-
erhöhung von insgesamt 5 1/2. Das ist doch wahrhaftig
keine Kleinigkeit. Die Lohnverhöhung beträgt zwar in
diesem Jahre nur 63 %, aber schon vom 1. April 1911
an 1 1/2 und zum übernächsten 1. April an 2,65
pro Mäße.

Ich halte es für sehr falsch, ein derartiges Angebot
auszuschlagen und durch Streik ein höheres zu er-
zwingen, wo doch der Erfolg völlig ausgefallen ist.

Es ist gar nicht daran zu denken, daß nach dem
Schiedsgericht gesprochen; die Arbeiterkraft fast in ganz
Deutschland den Schiedspruch anerkannt hat, nachdem
auch die sämtlichen Zentralorganisationen ihn anerkannt
haben, der Streik eine Verringerung herbeiführen könnte
oder daß durch weiterdauernde Streiten Erfolge er-
zungen werden könnten. Wohl aber werden weitere
Große Verluste sowohl für Sie, als auch für die be-
treffenden Meister, entstehen.

Ich hoffe, daß die nächste Maurerverammlung mit
dieser Sache ein Ende macht und bitte Sie, in die Ver-
sammlung zu gehen und Ihre Stimme mit uns Gewidri
zu werfen, damit diesem Zustande ein Ende bereitet
wird.

Es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß die Arbeit
nach und nach aufgenommen wird, ohne daß der Streik
offiziell beendet wird.

Ich nehme an, daß Sie sich die Sache in Ruhe über-
legen und Ihre fernere Unterstützung diesem Streik, der
keine Aussicht auf Erfolg hat, nicht mehr angedeihen
lassen und fordere Sie auf, nunmehr zur Arbeit zurück-
zukommen und sich bei mir im Geschäftszimmer zu
melden.

Hochachtungsvoll
Baumeister Otto Enke.

Wenn man den Brief des Herrn Enke liest, so muß
man zu der Ueberzeugung kommen, daß ihm der Streik
schwer im Magen lag. Er konnte es, wie es scheint, gar
nicht begreifen, daß die Leipziger Maurer nach der langen
Aussperrung noch die Freiheit besitzen konnten, zu streiken.
Herr Enke, der früher sagte, ein Nachgeben gäbe es nicht,
der früher die Meinung der nordwestdeutschen Interessen-
gemeinschaft vertret: der Arbeitgeber müsse wieder Herr
auf der Arbeitsstelle sein, sprach jetzt davon, daß der
weitere Kampf nur noch große Verluste bringe, für die
Arbeiter sowohl wie auch für die Meister. Vor und
während der Aussperrung hörte man nicht, daß der Kampf
Verluste für beide Teile bringe. Durch den Nachdruck
getrieben, warf man die Arbeiter frivolerweise mit dem
Gebanten auf die Straße, die Organisationen der Arbeiter
in kurzer Zeit vernichten zu können. Nachdem dies nicht
gelang, bettelt Enke die Arbeiter an, diesem Zustand ein
Ende zu machen. Wenn bei Herrn Enke erjude die Ver-
samtung zurückkehrt, so ist er wirklich nicht zu beneiden.
Originell ist aber auch, daß Herr Enke, die Kollegen er-
suchte, in die Versammlungen zu gehen und ihre Stimme
mit in die Waagschale zu werfen, damit der Streik beendet
würde. Was würde Herr Enke gesagt haben, wenn die
Arbeiter, von denen er etwas derartiges verlangt, ihn ge-
beten hätten, er solle auf den Generalversammlungen
seiner Organisation dafür eintreten, daß die frivole Aus-
sperrung aufgehoben würde? Herr Enke würde es ent-
schieden abgelehnt haben. Herr Enke und seinen
Schwarzmagerngenossen fiel es gar nicht ein, die Ein-
sprüche ihrer Berliner Kollegen zu beachten. Diesen Herren
war es nur darum zu tun, die Arbeiter niederknien, die
dieselben Arbeiter, von denen Herr Enke nie abgesehen
sich seit zwölf Jahren vertragsfähig und vertragsstreu
gezeigt. Interessant ist diese Sache aber auch, wenn man

den Brief mit den Taten des Herrn Enke vergleicht. Herr Enke sollte doch bei der Wahrheit bleiben. Er war es, der in Berlin bei den Verhandlungen erklärte, die Leipziger Maurer würden gern in Afford arbeiten, nur die Organisation hindere sie daran. Und jetzt mußte er sich durch den Streik der Leipziger Maurer der Unwahrscheinlichkeit stellen lassen, indem diese weiter streikten, weil ihnen der Affordparagraf im Vertrag nicht gefiel. Und wieder war es Herr Enke, der in Dresden bei den Verhandlungen des Schiedsgerichts rief: "Wir werden vergewaltigt!" Entgegen dem Ausruf des Herrn Enke der Wahrheit, so hatte er es doch wirklich nicht notwendig, die Maurer zu bitten, sich mit der Lohnzulage zufrieden zu geben und den Streik aufzuheben. Jedenfalls ist die Unzufriedenheit der Maurer der beste Beweis, daß die Unternehmer bei dem Schiedsgericht nicht vergewaltigt wurden, sondern daß sie vielmehr auf Grund der frivolen Ausperrung viel zu gelinde wegkommen sind. Offenlich ist 1913 bei Herrn Enke die Barmutigkeit härter als seine Scharfmachertendenzen.

Magdeburg.

Als wir das Zirkular des Verbandsvorstandes vom 18. Juni erhielten, und die Einberufung des letzten Verbandstages schon bekannt war, berief der Zweigvereinsvorstand zum Dienstag, 21. Juni, eine Versammlung ein, weil er schon arbeitslos war und damit rechnete, daß bis dahin die Verbandsdelegierten zurück sein würden. Als der Kollege Richter in der Versammlung den Bericht vom Verbandstage gab, setzte eine lebhafteste Unruhe ein, die sich soweit steigerte, daß Richter abbrechen mußte. Ebenso ging es dem zweiten Delegierten, Kollegen Körning. Der Geworbenen schiederte dann die Sache eingehend und wurde auch ruhig angehört, bis er die Aufnahme der Arbeit und die Annahme des Schiedsgerichts empfahl, dann entsand ein derartiger Tumult, daß Kollege Koch nicht weiter reden konnte. In dieser Versammlung redete dann ein Kollege über das vom Verbandsvorstand an die Zweigvereine gesandte Zirkular, das ihm vom Zweigvereinsvorstand in Burg übermittelt war. Er führte aus, nicht der Verbandstag hätte die Aufnahme der Arbeit beschlossen, sondern der Verbandsvorstand; denn das Zirkular lautete vom 18. Juni und der Verbandstag habe erst später stattgefunden. Dieser Kollege erntete großen Beifall. Die Abstimmung ergab, daß die Kollegen die Arbeit nicht aufnehmen wollten, hauptsächlich deshalb nicht, weil vor der Ausperrung schon günstigere Vereinbarungen getroffen worden waren, als uns der Schiedspruch brachte (s. 3. und 4. April 1911 weitere 2.). Eine zweite Versammlung (am Sonntag, 26. Juni) nahm nochmals zur Arbeitsaufnahme Stellung. Auch hier wurde vom Vorstand die Annahme der Arbeit empfohlen, aber auch diese Versammlung lehnte die Aufnahme ab. Es wurde beantragt, die von uns aufgestellten Forderungen (10 % Lohnsteigerung) sollten aufrecht erhalten werden. Alles Neden, und auch die Mitteilung, daß keine Unterstützung gezahlt würde, half nichts; es wurde nicht bloß dem Verbandsvorstand, sondern auch der örtlichen Leitung Vertrauen vorgebracht.

Am 29. Juni hielten wir eine Versammlung am Tage ab, wo nur die Ausgeperrten anwesend waren. Wir bereiteten die Kollegen auf eine weitere Versammlung, die am Sonntag, 2. Juli, abgehalten werden sollte, vor, und sagten ihnen, daß die Ausgeperrten ja den Ausschlag geben würden; sie sollten nicht äußern, ob sie für Annahme des Schiedspruchs und Aufnahme der Arbeit seien. Auch hier stellte sich nach lebhafter Diskussion heraus, daß die Ausgeperrten nicht für Aufnahme der Arbeit waren. Eine Abstimmung wurde nicht herbeigeführt. Eine persönliche Rücksprache des Verbandsvorsitzenden der Zimmerer und des Gewaltleiters der Zimmerer mit dem Vorsitzenden des hiesigen Arbeitgeberverbandes führte dazu, daß eine weitere persönliche Aussprache zwischen den Kollegen Koch und Bergmann einerseits und einigen Vorstandsmitgliedern des Arbeitgeberverbandes andererseits, stattfand. Die Unternehmer stellten eine andere Verteilung der Lohnhöhe in Aussicht. Am 3. Juli (Sonntag) fand dann wieder eine Versammlung statt, wo das Resultat der persönlichen Aussprache bekannt gegeben wurde. Auch in dieser Versammlung machte die Opposition nochmals, und zwar sehr lebhaft, für die Weiterführung des Streiks Propaganda. Eine Abstimmung per Stimmzettel ergab aber eine Majorität für Aufnahme der Arbeit. Als dann nach Aufnahme der Arbeit am 7. Juli die Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden hatten, nahm eine Versammlung den Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen entgegen. Nachdem mehrere Redner für Ablehnung des Vertrages gesprochen und empfohlen hatten, lieber ohne Vertrag zu arbeiten, wurden die mit dem Arbeitgeberverband vereinbarten Bedingungen abgelehnt; es wurde vor allen Dingen verlangt, Verträge auf lokaler Grundlage abzuschließen. Einige Tage darauf wurde wieder eine Versammlung abgehalten (am Dienstag, 19. Juli), wo mit großer Majorität beschlossen wurde, das Angebot der Unternehmer anzunehmen. In dieser Versammlung redeten sämtliche Kollegen für Annahme, und zwar, weil sie einsehen, daß doch an der Sache nicht mehr zu ändern sei. Zu erwähnen ist noch, daß vor den beiden Versammlungen, die sich mit der Annahme des Schiedspruchs beschäftigten, Vorstandssitzungen stattfanden, wo sämtliche Funktionäre des Zweigvereins anwesend waren. In der ersten Sitzung wurde der Schiedspruch mit 20 gegen 17 Stimmen abgelehnt, in der zweiten wurde ihm mit großer Majorität zugestimmt. Die Unternehmer haben sich nach Aufhebung der Ausperrung brieflich und mündlich in sehr vielen Fällen an unsere Kollegen gewendet und sie ersucht, die Arbeit aufzunehmen: Unsere Kollegen sind aber nicht zur Arbeit gegangen, bis die Versammlung am 8. Juli dies beschlossen hatte.

Gau Bremen.

Am 4. August hat in Bremen das Schiedsgericht über die Differenzen in Wilhelmshaven dahin entschieden, daß dort für unsere Kollegen als Grundlohn 61 1/3 pro Stunde festzusetzen sind. Unsere Kollegen sowie auch die Bauarbeiter und Zimmerer erhalten anstatt 5 1/3, wie der Dresdener Schiedspruch vorschreibt, 6 1/3 Lohnsteigerung. Das

Schiedsgericht hat sich von dem Grundsatz leiten lassen, daß Wilhelmshaven im Jahre 1908 1 1/3 Lohnsteigerung hätte erhalten müssen. Unsere Kollegen hatten damals den Vertrag vor Fällung des Schiedspruches unterzeichnet, in dem der Lohn, die Unternehmer würden auch nach dem Schiedspruch für dort halten, was sie aber nicht taten. Der Lohn in Wilhelmshaven wird nun für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter sofort um 2 1/3 pro Stunde, am 1. April 1911 um 2 1/3 und am 1. April 1912 um 2 1/3 erhöht werden. Die Unternehmer erklärten sich mit dem Schiedsgerichtsurteil einverstanden.

In Osterholz-Scharmbeck fand am 2. August eine Verhandlung statt, wobei eine Einigung zustande kam. Es wurden für diese Orte 5 1/3 Lohnsteigerung vereinbart. Der fünfte Pfennig wird am 1. Oktober 1912 gezahlt. Die Unternehmer glauben erst, mit 4 1/3 auskommen zu können, weil, wie sie behaupteten, Osterholz und Scharmbeck keine 6000 Einwohner zählten. Da aber der Ort Ritterhude mit zum Vertragsgebiet gehört und mit diesem Orte die 6000 Einwohner überstiegen wurden, erklärten sie sich bereit, den fünften Pfennig am 1. Oktober 1912 zu zahlen.

In Welle hat am 6. August unter dem Vorsitz des dortigen Bürgermeisters eine Schiedsgerichtssitzung stattgefunden. Differenzpunkt war hier die Lohnhöhe (Zulage des fünften Pfennigs). Der Bürgermeister erklärte nach längerer Verhandlung, den Schiedspruch nicht fällen zu können, da ihm das Material nicht zur Information vorgelegen habe. (Die Unternehmer hatten ihm nur einseitiges Material zugehandelt.) Am 12. August gelangte der Schiedspruch in die Hände der Gewaltleiter. Das Resultat war, daß für Welle nur 4 1/3 Lohnsteigerung eintreten sollte. Welle hat etwas über 3000 Einwohner, dazu kommt Wackum, das mit Welle ein einheitliches Ganze bildet und über 5000 Einwohner hat. Wackum hat auch vorher wie diesmal zum Vertragsgebiet gehört, weshalb nach Ansicht der Arbeiter nach dem Dresdener Schiedspruch 5 1/3 Lohnsteigerung eintreten mußten. Der Bürgermeister von Welle als Schiedsrichter konnte sich aber dieser Ansicht nicht anschließen.

In Braunschweig geht der Kampf weiter. Die Unternehmer verhalten sich ablehnend, unsere Kollegen sind fast alle anderweitig untergebracht, da in der Umgegend viel Arbeit vorhanden ist. Die Braunschweiger Unternehmer sollen durch die Niederdeutsche Bank arg mitgenommen sein. Dies trifft in noch größerem Maße für Welle zu, wo die Firma Becker mit 100 000 hier eingestiegen sein soll. Der betreffende Unternehmer hat im vorigen Jahre mit einem Reingewinn von 45 000 abgegangen, und jetzt dieser Reingewinn. Da ist es kein Wunder, daß sich die Weller Unternehmer gegen den fünften Pfennig so gestraubt haben. In Welle wird im ganzen Gau der niedrigste Lohn gezahlt.

In Quakenbrück haben die Unternehmer den 1 1/3 Lohnsteigerung gezahlt, nur den Vertrag wollen sie nicht abschließen. Das müssen wir den Unternehmern noch beibringen.

In Verne weigert sich der Unternehmer Bitte, die Lohnsteigerung eintreten zu lassen und einen Vertrag abzuschließen, obwohl er an der Ausperrung beteiligt war. Auch hier werden wir nachhelfen und ihn an seine Pflicht erinnern müssen.

Gau Danzig.

Aus Memel schreibt man uns: In unserer Monatsversammlung am 7. August wurde beschlossen, über das Geschäft des Unternehmers Paul Wehrenbt die Sperre zu verhängen, weil er sich weigert, den Dresdener Schiedspruch anzuerkennen. Wehrenbt gehörte von 1908 bis 1908 unserm Verbands an, wo er sogar den Posten eines Kassierers bekleidete. Zum Frühjahr 1909 wurde D. Unternehmer. Gleich darauf stellten sich bei ihm Differenzen ein. Im Juni 1909 hatte er Arbeit über Land anzuführen, wo er seine Gesellen zwölf statt zehn Stunden arbeiten ließ. Für die beiden Ueberstunden wollte er seinen Gesellen nichts bezahlen, sondern wollte diese dafür mit Bier und Schnaps entschädigen. Einige unserer Kollegen ließen sich das nicht gefallen und verlangten für die Ueberstunden ihren tariflich festgesetzten Lohn. D. drohte unsere Kollegen dafür mit der Entlassung. Die Differenzen wurden damals ohne Schwierigkeiten erledigt. In diesem Jahre ließ Wehrenbt wieder zwölf Stunden arbeiten. Trotz wiederholter Mahnung war er nicht zu bewegen, die Ueberstunden wegzulassen zu lassen. Nach dem Dresdener Schiedspruch sollten vom 1. Juli an die Ueberstunden mit 10 % Aufschlag bezahlt werden. Auch hierzu war D. nicht zu bewegen. Am 2. August wurden dann zwei Kollegen von uns beauftragt, bei D. vorstellig zu werden und ihn zur Anerkennung des Tarifs zu bewegen. D. erklärte jedoch, den Tarif nicht anzuerkennen zu wollen, und ließ weiter zwölf Stunden arbeiten. Darauf wurde am 7. August über sein Geschäft die Sperre verhängt und am 8. August legten sechs Kollegen die Arbeit nieder, während nur einer, John Frost, als Streikbrecher stehen blieb. Nun ging D. auf die Suche nach Arbeitswilligen. Der erste Gang war zu dem Unternehmer Hoffmann, von dem er paar Maurer borgen wollte. Hoffmann wäre auch darauf eingegangen, wenn wir ihm nicht noch am selben Tage den Sachverhalt mitgeteilt hätten. Nun ging D. zu den kleineren Unternehmern und verlangte, diese sollten ihm ausbessern. Auch diesen Plan haben wir verhindert. Nun blieb D. nichts anderes übrig, als in den Lokalen, wo sich unsere Kollegen nach Feierabend aufhalten, nach "Arbeitswilligen" zu suchen. Er wendet alles mögliche an, um einige unserer Kollegen zu überreden. Jedoch haben sich bis jetzt keine "Arbeitswilligen" gefunden. Mögen alle Kollegen sein Geschäft meiden, bis er vernünftig geworden ist.

Gau Frankfurt a. M.

Aus Cassel schreibt man uns: Am 8. August legten in Zimmernhausen bei Cassel 18 Kollegen bei drei Unternehmern die Arbeit nieder, weil diese die gebilligten Löhne herabsetzen wollten. Unsere Kollegen verlangen Erhöhung des Lohnes von 47 auf 60 1/3 sofort und auf 62 1/3 vom 1. April 1911 an. Diese Forderung war den Unternehmern schon im Anfang des Jahres unterbreitet worden, war aber dann durch die allgemeine Ausperrung und weil auch sonst die Vorbereitungen nicht günstig waren, zurückgestellt worden. Jetzt wollen aber einige Unternehmer die gebilligten Löhne herabsetzen. Das wollten sich unsere Kollegen nun doch nicht gefallen lassen und legten deshalb die Arbeit nieder. Zwei Unternehmer mit neun Kollegen haben die gestellten Forderungen bewilligt; der dritte weigert sich jedoch

hartnäckig und hofft, es werde ihm gelingen, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen. Mögen die Kollegen allerorts dafür sorgen, daß kein Kollege nach Zimmernhausen geht.

Gau Leipzig.

In Wittgenzsdorf, Zweigverein Chemnitz, waren bisher Lohn und Arbeitszeit nicht geregelt. Die Arbeitszeit betrug elf und mehr Stunden täglich, der Lohn 34 bis 45 1/3. Da nun die Unternehmer nicht organisiert waren und durch die Ausperrung nicht geregelt worden war, wurde den Unternehmern am 24. Juli die Forderung auf 50 1/3 Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit unterbreitet. Antwort wurde bis zum 28. Juli verlangt. Diese blieb aber aus. Ein Unternehmer hing eine Bekanntmachung in den Bauhöfen aus, in der gesagt wird, daß er mit Elementen, die ihn erstenslos machen wollen, indem sie solche unsinnigen Forderungen aufstellten, nichts zu tun haben wolle. Er würde keine Arbeit schon fertig kriegen. Den Lohn wollte er auf 47 1/3 erhöhen, aber nur für Kollegen, die nach ihrer Leistung die 47 1/3 zu beanspruchen hätten. Darauf beschloßen die Kollegen am 4. August den Streik und stellten am 5. August die Arbeit ein. Nun wurden die Unternehmer bald munter. Einer bewilligte die Forderungen sofort, und die Arbeit ging weiter. Der andere Unternehmer kam am 8. August, also drei Tage nach der Arbeitseinstellung, auf das Verbandsbureau nach Chemnitz, um zu verhandeln. Es wurde nun folgendes vereinbart: Die Arbeitszeit beträgt von jetzt an zehn Stunden, der Lohn wird sofort auf 49 1/3, im nächsten Jahre auf 51 1/3, und 1912 auf 52 1/3 erhöht. Weiter sind noch mehrere andere Fragen erledigt worden. Es sind hier also die Unternehmer von uns ohne großen Zeitverlust und ohne jede Ausgabe gewonnen worden, einen Vertrag mit der Organisation abzuschließen.

Gau Stuttgart.

Die Arbeiter der Betonbranche in Stuttgart sind in eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten. In einer gemeinsamen Versammlung am 8. August wurden die Redungen der Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter beauftragt, den Betongeschäften die Wünsche der Arbeiterklasse zu unterbreiten. Diese gehen dahin, daß für die Betonbranche ein Tarifvertrag abgeschlossen werde, der sich allgemeinen auf den Vertrag für das übrige Baugewerbe aufbaut, in dem aber die Löhne höher sein und auch sonst bestimmbare Bestimmungen eine Änderung erfahren müßten. Die Forderungen der Arbeiter sind also sehr bescheiden und es darf daher wohl auch mit Recht auf ein Entgegenkommen der Betonfirmen gerechnet werden. Die Antwort dieser Firmen wird bis zum 18. August erwartet.

Der für das Gipsergewerbe in Stuttgart geführte zentrale Schiedsgericht, gegen den von beiden Seiten Berufung eingelegt worden war, ist durch das Zentralschiedsgericht in Karlsruhe nochmals einer Revision unterzogen worden. Für das Jahr 1912 ist die neue einhändige Arbeitszeit zugestanden worden, eine Verbesserung, die wohl eine gute Vorbereitung für die Verkürzung der Arbeitszeit im gesamten Stuttgarter Baugewerbe haben dürfte. In puncto Lohn dagegen hat das Zentralschiedsgericht eine Verschlechterung um 1 1/3 in den beiden ersten Jahren eintreten lassen. Für das dritte Vertragsjahr ist aber vom örtlichen Schiedsgericht angenommene Satz von 65 bis 70 % mit Rücksicht auf die dann eintretende Verkürzung der Arbeitszeit beibehalten worden. Eine andere Bestimmung des örtlichen Schiedsgerichts, monach beim Uebertritt in ein anderes Geschäft die im seitherigen Geschäft gezahlten Löhne weiter zu zahlen sind, ist vor dem Zentralschiedsgericht leider gefallen. Ebenso sind bezüglich der Zuschläge bei auswärtigen Arbeiten Verschlechterungen erfolgt. Dem Vorzeile der Verkürzung der Arbeitszeit stehen also auch wichtige Nachteile in bezug auf die Bezahlung gegenüber. Da aber beide Teile im voraus den Spruch des Zentralschiedsgerichtes als bindend anerkannt haben, so wird es bei diesem Spruch sein Bewenden haben.

Sicherheitswechsel und Ausperrung.

Die von einem Unternehmer bei einem Unternehmervorstand hinterlegten Wechsel zur Sicherung und Durchführung gefasster Beschlüsse können nicht eingeklagt werden. Diese Entscheidung fällt am 26. Juli in Uebereinstimmung mit früheren Urteilen des Reichsgerichts auch das Kaiserliche Amtsgericht in Meß. Aus dem uns vorliegenden Urteil ergibt sich folgender Sachverhalt: Am 5. Mai hinterlegte der Bauunternehmer Peter Martinis in Meß beim Meßer Arbeitgeberverband für das Baugewerbe einen "bei Seich" fälligen Wechsel, durch den er sich verpflichtete, bei einem Verstoß gegen die Beschlüsse seiner Organisation an die Ordre der Bau-Mayer & Co. die Summe von M. 100 zu zahlen. Der Wechsel wurde ihm am 3. Juni von der genannten Bank präsentiert, und da Martinis die Zahlung verweigerte, ließ M. 100 Zinsen, den Protokollkosten ufm. eingeklagt. Der verklagte Unternehmer machte vor Gericht in der Hauptinstanz geltend, zwischen ihm und der klagenden Bank liege kein Begebungsvertrag vor. Er habe den Wechsel zur Sicherung seiner Unterwerfung unter die Beschlüsse des Bundes dem Vertreter des Bundes, Adolph Schönbach, ausshändigen müssen, nachdem der Bund eine Strafe von M. 1500 über ihn verhängt hätte. Dem Arbeitgeberverband habe er nach § 162 der Gewerbeordnung ein klägerartiges Ansuchen aus dem Wechsel nicht zu und dieser habe deshalb zur Abtretung des Wechsels kein Recht gehabt. Wenn aber die Uebergabe des Wechsels an Schönbach an die Bank eine Abtretung darstelle, so müsse sich auch die Bank an den Spruch aus § 162 Gewerbeordnung gefallen lassen, da sie nur Zufallsmandatar des Arbeitgeberverbandes sei. Er schloß schließlich der Bank u. a. den Eid zu, ob es nicht wahr sei, daß sie den Wechsel nur auf Rechnung des Arbeitgeberverbandes oder seiner Vertreter einlauge? Dieien Eid nahm die Bank nicht an, worauf das Amtsgericht die Klage abwies. In den Gründen heißt es: Der verklagte Unternehmer habe zwar zugegeben, daß er gegen den Ausperrungsbeschluss vorgegangen habe und daß deshalb die Wechselzahlung an sich verfallen sei. Auch die Zahlung des Wechsel auf dem Umwege über den Arbeitgeberverband

an die Bank gelangt sei, sei ohne Bedeutung; denn es sei, wie beim gegenseitigen Wechsel, gleichgültig, ob der Kreditnehmer den Wechsel mittelbar oder unmittelbar vom Aussteller erhalte. Die Bank sei daher aus dem Wechsel berechtigt und der Unternehmer wechseltmäßig verpflichtet. Aber der beklagte Unternehmer erhebe mit Recht den Einwand, dass die Bank den Wechsel nicht als Intassomandatar für den Arbeitgeber und einlage, weshalb sie sich auch den Einwand aus § 152 entgegenhalten lassen müsse. — Durch dieses Urteil werden die Darlegungen des Herrn Dr. Georg Baum in den Pkt. 20 und 22 des „Grundstein“, um deren Widerlegung sich die Unternehmer während der Aussperrung kampfhaft bemüht, dosauf bestätigt. Den Unternehmern wird die erneute Feststellung, daß sie während der Aussperrung ihre Sache mit unerlaubten Mitteln zu stützen suchen, recht unbehagen sein.

Eine alberne Drohung

glaubte der Schlesische Provinzial-Arbeiter-Geberverband für das Baugewerbe an unsern Breslauer Zweigverein richten zu sollen. Er schrieb:

Breslau, 8. August 1910.

An den Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Breslau, hier.

Margaretenstraße 17.

Zu wiederholten Malen ist es vorgekommen, daß die Vertreter der hiesigen Gewerkschaften ohne Einwilligung und Vorwissen der Arbeitgeber oder ihrer Stellvertreter Baustellen betreten und dadurch Störungen verursacht haben. Es haben sich dadurch Antragsrückstellungen aller Art ergeben, insbesondere sind nicht selten Schwierigkeiten wegen der Beschäftigung nicht organisierter Arbeitnehmer gemacht worden. Wir erheben Sie nunmehr, von jedem derartigen Vorgehen abzustehen und die Baustellen nur dann zu betreten, wenn der Arbeitgeber ausdrücklich sein Einverständnis erklärt hat oder wenn eines unserer Vorstandsmitglieder zugegen ist. Wir machen Sie mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß wir in Zukunft unser Hausrecht gebrauchen und nötigenfalls wegen Hausfriedensbruchs vorgehen werden. Wir haben unsere Mitglieder angewiesen, in Zukunft demtrentendpung zu verfahren und uns erforderlichenfalls sofort Mitteilung zu machen.

Hochachtungsvoll

Schlesischer Provinzial-Arbeiter-Geberverband für das Baugewerbe.

Der Vorsitzende: Wolfram. Der Syndikus: Schindler.

Der probenhafte Ton der Breslauer Drohung beweist, daß diese beim letzten Kampf viel zu glimpflich weggekommen sind. Das gleiche geht übrigens auch aus einer Neufassung hervor, die der oben unterzeichnete Syndikus unsern Kollegen Bachmann gegenüber tat. Dieser Mann, der anscheinend glaubt, die Arbeiter verhöhnen zu können, meinte nämlich: „Sie arbeiten ja jetzt, um Mitglieder zu bekommen, auf den Baustellen mit allen vier Händen! Brauchen Sie denn so notwendig Geld? Wenn Ihre Kassen bei der Aussperrung leer geworden sind, dann können Sie ja beim Arbeitgeberband, dem die Aussperrung nicht viel gekostet hat, eine Anleihe aufnehmen!“ — Wir begreifen ja sehr wohl, daß die Agitation unserer Breslauer Kollegen zur Gewinnung neuer Mitglieder und zur Festigung unserer Organisation den hiesigen Unternehmern nicht gefällt. Sie irren aber ganz gewaltig, wenn sie glauben, unsere Kollegen durch Drohbriefe von ihrer Agitation abhalten zu können. Diese werden viel mehr nach wie vor an der Stärkung unseres Verbandes arbeiten, und wenn ihnen der Zutritt zu den Baustellen während der Bauzeit verweigert wird, dann werden sie außerhalb der Baustellen desto eifriger für unsere Sache wirken, schon deshalb, weil, wie obiges Schreiben zeigt, die Stärkung unserer Organisation durch Drohungen äußerst unbehagen ist. Im übrigen wollen wir nur bemerken, daß sich der Syndikus der Breslauer Unternehmer wegen unserer Kassenangelegenheiten keine genaueren Nachfragen zu lassen braucht. Wir sind überzeugt, daß die Unternehmer überglücklich gewesen wären, wenn sie beim Beginn der Aussperrung so viel Geld in ihrer Kasse gehabt hätten, wie wir nach beendeter Bewegung hatten.

Merke! Bleib

verzapfen eine Reihe bürgerlicher Blätter über die angeblichen Absichten der baugewerblichen Arbeiterorganisationen, die nach kaum beendeter Aussperrung schon wieder „mit Streikge danken umgeben“ sollen. So schreibt die „Dortmunder Zeitung“ unter der Signatur „Das alte Ried“: „Der Bauarbeiterverband scheint zu neuen Schlägen auszuholen zu wollen; er läßt jedoch mitteilen, daß vom 29. August bis 3. September eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgemacht werden soll. Es soll der Umfang der Heberarbeit und Akkordarbeit, der Beginn und das Ende der Arbeitszeit, die Bauzeiten, Aushilfsleistungen, Lohnzusatzleistungen, die Stundenlöhne der Stellen usw. ermittelt werden. Natürlich wird festgestellt werden, daß sie unzulänglich sind, dann wird das alte Ried von neuem begreifen und neue Lohnbewegungen stehen bevor.“ Dann wird hinzugefügt, wenn die Unternehmer in einem Kampfe nicht einig seien, so sollten sie den Kampf lieber bis zu einem geeigneteren Zeitpunkt aufschieben; vorläufig sehe es wirklich nicht danach aus, als wenn Ruhe ins Baugewerbe einziehen sollte. Außerdem regt sich das genannte Blatt darüber auf, daß die Verbandskollegen in Wehra-Watenburg, Bausa bei Blauen und Brämische die Arbeit eingestellt haben und daß zahlreiche Orte wegen Differenzen gesperrt seien. Das seien kurz nach der Aussperrung „höchst unbillige Zustände“. Das Blatt kann sich beruhigen; unsere Kollegen werden die Zustände schon „haltbar“ machen. Im übrigen sollte es nicht über Dinge schreiben, von denen es nichts versteht.

Warum Bauunternehmer Verluste erleiden.

Der „Bauische Beobachter“ meldet: „Am Bahnau Waldhörn-Spöfingen ist am Samstag ein Streik ausgedrochen. Aber nicht die Arbeiter streikten, sondern der

Bauunternehmer selbst. Am Samstag Abend hat er die Arbeiten vorläufig eingestellt und läßt die Arbeiter feiern. Die Ursache dieser außerordentlichen Maßregel liegt in Differenzen mit dem Bauverein Waldhörn. Nach Ansicht des Bauunternehmers, Ingenieur Karl Brandl in Halle, ist die Bauausführung eine viel schwierigere als nach den Unterlagen bei der Ausschreibung zu erwarten war. Auch soll das Bahnbaubureau an die Ausführung namentlich der Maurerarbeiten viel höhere Anforderungen stellen, als nach Ansicht des Unternehmers vertraglich vorgegeben ist. Das alte Ried Herr Brandl hat seinerzeit ein sehr niederes Angebot gestellt. Leider schlug die Generaldirektion die Arbeit um das niederste Angebot zu. Um nicht zu Schaden zu kommen, will nun der Unternehmer sparen. Das Bauverein ist aber verpflichtet, dafür zu sorgen, daß gute Arbeit geleistet wird. Hoffentlich sorgt die Generaldirektion dafür, daß durch diese Differenzen unser Bahnbau keine weitere Verzögerung erleidet.“ — Das alte Ried könnte auch wir sagen: Die Unfähigkeit der Unternehmer, richtig zu kalkulieren, die riesige Konkurrenz und ihre Hoffnung, daß man ja doch hier und dort durch die Verschlechterung der Qualität der Arbeit etwas sparen könne, führt diese zu Angeboten, für die keine vernünftige Arbeit mehr zu liefern ist. Wird dann nach erhaltenem Zuschlag von den Auftraggebern gleichwohl gute Arbeit verlangt, dann sind Verluste unvermeidlich. Aber anstatt der Wahrheit die Ehre zu geben, schämen sich die Unternehmer nicht, die „faulen Arbeiter“ für die Verluste verantwortlich zu machen, wie dies während der letzten Aussperrung hundertfach geschehen ist.

Die Streikregel.

Ein neues Mittel gegen „ungehörige“ streikende Arbeiter haben französische Techniker der Schießschule von Chalons erfunden. Die Tagespresse berichtet darüber: Französische Techniker der Schießschule von Chalons haben ein Geschöß konstruiert, das sich durch eine besonders „milde Wirkung“ auszeichnet. Die bisher aus dem Reibelgetriebe veranderten Kugeln durchbohrten noch auf eine Entfernung von 1500 m sechs Menschen. Nun unterscheidet so ein Blei- oder Stahlkugeln bekanntlich nicht zwischen Streifen und Nichtstreifen. Der am „Kriegsschießplatz“ vorüberwandernde „ruhige Bürger“ kam in Gefahr, von einer daterländischen Kugel getroffen zu werden. Solche Vorwommnisse pflegen nicht patriotisch amersind zu wirken; in parlamentarisch registrierten Rändern kann darüber unter Umständen eine ganze Regierung fallen. So gerückt hat sich denn die Militärbehörde ihrer Hirn und erfanden die Aluminiumkugel, ein Geschöß, das innen höhl ist, nur 500 m weit trägt und Mißwunden erzeugt. Es zerplatzt beim Aufprallen und wird deshalb in der Regel nur eine Person kampfunfähig machen. Verschiedene Schießwunden sollen mit dieser entzündenden Gefühnung der Neuzeit ausgerüstet werden, vor allem aber ist sie dazu bestimmt, widerspenstige Arbeiter in Streikgebieten zur Reue zu bringen. Daß dies die Hauptfalle ist, geht auch aus dem Namen hervor: „Streikregel“ ist das neue Geschöß von den Militärs selbst gekauft worden.“ — Wenn jemand etwa die Absicht gehabt hätte, das ganze Elend unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise in einer hiesigen Satire an den Pranger zu stellen, er hätte nur die Geschichte von der Streikregel zu erfinden brauchen. Für den, der lesen kann, offenbart sich in diesem einen nichtswürdigen Wort der ganze Charakter unserer heutigen Gesellschaft. Es ist eine unbeabsichtigte Selbsterhöhung ohne Gleichen, ein blendendes Bild aus dem Spiegel, in dem der „soziale Staat der Gegenwart“ sich selbst mit hochachtungsvoller Verehrung begrüßt.

Einige gutgemeinte Ratsschläge an Herrn Kater!

Man schreibt uns: Neulich nahm ich Sonntag nachmittags wieder mal die „Einigkeit“ zur Hand. Dieser Himmel — man will sich doch von Zeit zu Zeit ein wenig amüsieren. An dem betreffenden Sonntag hatte ich gerade kein Geld, um eine Komitervorstellung besuchen zu können, und in derartigen Situationen „schreibt der Teufel Fliegen“. Aber Herr Kater (unter uns gesagt): ich bin nicht mehr zufrieden mit Ihrem Blatt. Ich weiß nicht, woher das kommt; aber es scheint mir, als ob ich die Artikel, Korrespondenzen usw. der betreffenden Nummer schon einmal vor einem Jahr und einmal vor drei Jahren in der „Einigkeit“ gelesen hätte. Ich bin nicht gerade anspruchsvoll, aber etwas Abwechslung möchte man doch haben! Sie sollten sich Ihre französischen und italienischen Bebilderblätter zum Muster nehmen! Da ist noch Schlag drin! Da ist noch Originalität! Die enthalten doch noch in jeder Nummer ein paar neue Verleumdungen, nicht nur immer denselben alten Quatsch. Da kommt das Wort „Generalstreik“ in jedem Satz vor, nicht bloß zwei oder dreimal in einem ganzen Artikel, wie in Ihrem Blatt. Ich will Ihnen den Unterschied mal so recht augenfällig darstellen: die Schreibweise der „Einigkeit“ steht zu der der ausländischen Syndikalisistenblätter im gleichen Verhältnis wie — hm, wie soll man da nun gleich sagen? — nun, wie ein Stück altes goldenes Kupferstück zu einem leichten österreichischen Papirgullack. Veruchen Sie es doch mal und drücken Sie ein paar solche Artikel ab; Sie werden einen Bombenerfolg erzielen. Die Schwierigkeiten wegen der Sprache, meinen Sie? Kleinigkeit! Benutzen Sie einfach deutsche Schriftzeichen, anstatt der lateinischen, und die Sache ist erledigt. Hier selber merken nicht, ob sie Deutsch, Italienisch oder Französisch vor sich haben. Dann sollten Sie nicht immer so auf Ihre Kollegen schimpfen, ich meine auf die Gewerkschaftsbeamten. Das ist nicht schön. Sie sind doch auch Angestellter einer „Gewerkschaft“! Oder vielleicht nicht? Ich nein! — richtig: Sie sind ja Berleger der „Einigkeit“, also Unternehmer. Jetzt geht mir auch ein Licht auf, beinahe so frischend wie die „Einigkeit“ selbst. Deshalb schimpfen Sie auch so wenig auf die Kapitalisten und Unternehmer; denn damit würden Sie sich ja selbst treffen, und das tut niemand gern, ich auch nicht. Aber an einer Stelle haben Sie recht, vollständig recht, und das ist dort, wo Sie sich über den „Kerrosimus“ beklagen, dem Ihre Anhänger überall ausgekehrt seien. Ich will Ihnen auch ein paar Beispiele erzählen, die Sie un-

bedingt veröffentlichen müssen: In Mannheim (ich wohne nämlich nicht weit von Mannheim) wurde am Freitagnamstag dieses Jahres ein sozialistisch organisierter Maurer von den Teilnehmern an der Prozession ganz unerhört verweigert. Der Mann war auch ausgesperrt, und an jenem Tage kam ihm der Gedanke, seinen Pfänder, der etwas müffig geworden war, an die Luft zu bringen. Um nicht aufzufallen, zog er auch den Grad dazu an und zog wohlgenut mit seiner „besseren Hälfte“ los. Unglücklicherweise geriet er an die „Reinheitskommission“, von wo aus um diese Zeit gerade die „Reinheitskommission“ namensprossion abmarschierte. Und da — es ist wirklich empörend — unter den Augen der Polizei wurde der Genosse von den Katholiken unter furchtbarsten Drohungen gezwungen, an der Prozession teilzunehmen! Es hätte nicht viel gefehlt, und er wäre zum Kragen des Simmels gepreßt worden. Ein Glück für ihn, daß er zufällig einen Rosenkranz in der Tasche hatte, sonst wäre es ihm vielleicht schlimm gegangen. Heute noch leidet der Bedauernswerte an Seelenstämpfen und -krämpfen, die nur durch eine jedermalige Einspritzung von konzentrierten Einigkeitsspritzen beseitigt werden können. — Ein ähnlicher Fall hat sich in Friesenheim bei Ludwigsbäsen zugetragen. Dort sind die Hinterbliebenen eines Ihrer verstorbenen Genossen gezwungen worden (diesmal von der „anderen Couleur“), im „Generalanzeiger“ (unparteiischer Messenpappenführer von Ludwigsbäsen) folgende Dankeagung zu veröffentlichen: „Dem Evangelischen Arbeiterverein, der Freien Vereinigung der Maurer usw. den herzlichsten Dank für die Beilegung am Leichenbegängnis“ usw. Haarsträubend, nicht wahr, Herr Kater? Wo sich doch Ihre Aussperrung durch ihr „mutiges“ Auftreten die Sympathie aller Kreise erworben haben. Wahre „Selbstenttändelungen“ haben sie vollbracht! Gleich in der ersten Woche schickten sie ihre Frauen mit Sammelkisten herum, und diese gingen dreißig und gottesfürchtig auch zu einer Anzahl Kleinunternehmer. Die hiesigen Arbeiter sagten zwar, daß sei eine ganz gewöhnliche Bettelart; aber die Leute haben ja gar keine Abnung! Ich weiß besser Bescheid: das war „direkte Aktion“. Den Sammelkisten war nämlich eine Aufforderung beigelegt, worin den Kleinrentnern aufgegeben wurde, von dem den Arbeitern abgepreßten Mehrwert einen Teil an die Kassenkassen abzugeben, andernfalls — ich darf nicht mehr verraten. Unter dem Druck dieses Vorgehens begabten die Unternehmer ganz bedeutende Summen, teilweise bis zu fünfzig Pfennig. Aber ich habe Sie wohl schon zu lange aufgehalten Herr Kater! Nur eines möchte ich nochmals wiederholen: Sie sollten Ihre Blatt etwas modernisieren, sollten etwas mehr Abwechslung hineinbringen, sonst wird ich am Ende genötigt, es abzubrechen und auf das Organ des Herrn Rebus zu abonnieren, das ja auch fast ebenso erpörend wirkt wie die „Einigkeit“. — Für meine Ratsschläge bedanke ich nichts. Ein stiller Verehrer der Katerphilosophie.

Neue Kampfmittel.

Ich wende auf den in Nr. 25 des „Grundstein“ veröffentlichten Artikel des Kollegen Albert Paul nicht eingegangen, wenn nicht der Kollege L. H. Nürnberg in Nr. 32 unseres Blattes die Kollegen nochmals aufgefordert hätte, die Frage eifrig zu diskutieren. Ich würde der Anregung des Kollegen Albert Paul nicht entgegengetreten, wenn bei diesem Plan die Ausführung des Wertes nicht auf die lange Bahn geschoben würde. Es ist anzunehmen, daß die Ausführung des Wertes die Lösung der Frage für notwendig hält, und man wird ja die Kollegen selbst entgegenstellen lassen müssen, auf welcher Grundlage sie den Plan ausführen wollen, ob durch Extrabeiträge oder durch Spareinlagen. Ich halte den Vorschlag des Kollegen L. H. Nürnberg für richtig, weil dadurch eine rasche Lösung des Problems möglich ist, während dies bei Annahme der Paulschen Vorschläge erst nach mehreren Zeiträumen möglich wäre. Der Vorschlag, die Ausführung des Wertes auf freiwillige Spareinlagen zu bauen, halte ich auch deshalb für besser, weil dadurch die Lösung des Problems auf genossenschaftlicher Grundlage möglich wäre. Für das richtige hielte ich es, wenn eine Gesellschaft mit beschrankter Haftung gebildet würde, die dann die Ausführung des Wertes in die Hand nehmen müßte. Erstickten wir das Materiallager durch Erhebung von Extrabeiträgen oder durch Spareinlagen durch die Organisation selbst, dann haben wir das ganze Jahr unsere Gegner auf den Ferse, die uns belästigen und schädigen werden, wo sie nur können. Eine Genossenschaft kann viel freier und selbständiger auftreten, als ein Unternehmen, das einer Arbeiterorganisation direkt unterstellt ist. Die Kollegen werden nun denken, ich wäre ein Anglimmer; doch entspringt mein Vorschlag nicht der Angst, sondern beim letzten Kampf hat mich die Erfahrung gelehrt, daß es so besser ist. Ich war damals Gesamtleiter der Materialisten für die nichtausstehenden Unternehmer in München und habe als solcher gefunden, daß man durch die Organisation Waren nur wahren, des Kampfes abgeben kann. Ist dieser Vorbehalt, dann muß man, um die noch vorhandenen Waren loszuwerden, den Unternehmern nachzulassen und die Waren schließlich noch weit unter dem Einkaufspreis anbieten. Mit dieser Kamalität würden wir, wenn das geplante Unternehmen an die Organisation angeschlossen würde, in Zukunft unabhängig zu rechnen haben. Haben wir eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, dann können wir uns auch leichter mit den Wert-, Bau- und anderen Genossenschaften wegen Lieferung und Abnahme von Waren in Verbindung setzen. Es gibt ja doch heute schon Baugenossenschaften, an deren Spitze Arbeiter stehen und die den Unternehmern vorzuziehen können, welche Materialien sie bei der Herstellung der Bauten zu verwenden haben. Haben wir dann erst ein Materiallager, dann wird auch bald die Frage der Ausführung der Arbeiter auf eigene Rechnung aufkommen. Doch will ich auf diese Frage hier nicht eingehen; aber die Frage der Gründung eines Materiallagers ist meines Erachtens dringlich. Führen wir den angeregten Plan durch, dann erhalten wir gegen die Brutalität und die bei der letzten Aussperrung zutage getretenen Verwaltungsverhalten der Unternehmer eine wirksame Waffe, durch die bei großen Kämpfen in die Reihen der Unternehmer zweifellos manche Breche zu legen ist. Handhaben wir diese Waffe geschickt und tun wir auch sonst unsere Pflicht, dann dürfte den Unternehmern in Zukunft die Lust zu Wuchstücken bald vergehen. Dank Kater, München.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der Vorstand darf laut Statut nur auf Anweisung des...
a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
b) die Sterbenliste.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 7. bis 13. August für folgende Mitglieder erteilt:

- Karl Mische - Freyhan, Verb.-Nr. 7, Martin Geyer...
Georg Grönlund - Mainz (Frau), 40 802; Emil Michaelis...

Geldsendungen für die Hauptliste sind nur an den Kassierer J. Küster, Hamburg 1, Rosenbüchergasse 56, zu adressieren.

In der Zeit vom 8. bis 14. August 1910 sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Alt-Bienedorf M. 43, Rue 250, Altenburg 800, Nureich 50,05...
b) Für Futterale. Darmen-Elberfeld M. 10.
c) Für Protokolle. Warmen M. 23, Wamhof 2, Mantenburg 2, Gummersdorf...

Marken-Verband. Vom 8. bis 13. August sind Marken herab zu werden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Kolportagemarken, L = Sozialfondsmarken).

- Mittlung 50 A à 25 G. Anklam 1000 B à 50, 200 L à 10...
Witterfeld 50 E à 50 G, 1 E à 300. Wargteheide 400 B à 60...

Der Vorstand ist das Mitgliedsbuch des am 1. November 1886 zu Schönitz geborenen Kollegen Dettel Reich. Das Buch kann bei uns abgefordert werden.

- Der Vorstand ist das Mitgliedsbuch des am 1. November 1886 zu Schönitz geborenen Kollegen Dettel Reich. Das Buch kann bei uns abgefordert werden.
Der Vorstand ist das Mitgliedsbuch des am 1. November 1886 zu Schönitz geborenen Kollegen Dettel Reich. Das Buch kann bei uns abgefordert werden.

- dorf 400 B à 70, 200 A à 25. Mannheim 1000 B à 60, 1000 B à 50, 1000 A à 25. Marienburg 800 B à 55, Mioslaw 100 B à 50, 10 E à 60.
Norden 200 B à 50 G. Neustädtel 100 B à 45. Neuen- gamme 10 E à 50. Northeim 1600 B à 50.
Deberan 400 B à 55. Döhrerleben 400 B à 50, 200 B à 45, Orttrand 200 B à 55.
Wöln 600 B à 60 G.
Wibitz 800 B à 50 G. Wölfa 1000 B à 60. Wonne- burg 50 A à 25, 5 E à 50. Wundsburg 2000 B à 50. Wöthel- mühl 400 B à 50. Wöhlberg 500 B à 50, 400 A à 25.
Sandow 200 B à 40 G. Schönungen 10 E à 150. Straß- burg i. Glf. 500 A à 25, 1000 B à 45, 2000 B à 70, 200 E à 50. Schillingfürst 200 B à 40, 5 E à 150. Schweigingen 200 B à 60, 800 B à 65, 20 E à 50, 10 E à 150. See- hausen b. Bangleben 10 E à 50, 50 B à 40, 5 E à 150. Schöpfung 300 B à 60. Schwabach 600 B à 60. Schmebe- berg 1000 B à 55, 10 E. Sagan 600 B à 45. Schmölz 2000 B à 50, 100 A à 25, 10 E à 50. Salzgitter 500 B à 55. Solingen 200 A à 25, 20 E à 150. Stargard i. P. 800 B à 55, 10 E à 150.
Tudel 200 B à 50 G. Thon 30 E à 50, 1000 K à 10. Tangerhütte 10 E à 50. Trebnitz 200 B à 50, 100 B à 40. Tirschenreuth 200 B à 45, 100 A à 25.
Weglad 400 B à 85 G, 200 A à 25. Werben 1000 B à 65, 10 E à 50.
Waldheim 1000 B à 50 G. Wollin i. Pom. 200 B à 50. Wittenburg 800 B à 55. Waldenburg i. Schl. 600 B à 40. Waldborf 200 B à 70, 100 A à 25. Wälsitz 1000 B à 50, 100 A à 25. Wismen a. d. Aller 100 B à 55. Wittmund 400 B à 60.
Zeegin 200 B à 45 G. Zimmowitz 200 B à 50, 50 B à 55.

Mit verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Karl Reinecke-Wülfe (Verb.-Nr. 71 729), Franz Schefke-Frankfurt a. M. (24 102), Wilhelm Döring-Essen (466 302), Ferd. Hofmann-Wirzburg (195 596), Valentin Koler- Dfenburg (488 116), Georg Feder-Geltenkirchen (482 588), Alfred Wallner-Strasbourg i. Glf. (302 426), Oswald Peter- Goldberg i. Schl. (296 080), Richard Behrelein-Gera (Neuß) (116 487), Peter Würschel-Hummelsburg (185 202), Hermann Grimm-Weiz (167 413), Fr. Jeyer-Heilbronn a. M. (803 971), Joh. Kortus-Berlin (344 098), Aug. Baumgärtner-Heilbronn a. M. (436 892), Joh. Schöke-Gamburg (204 355), Prof. Szentuleit- Zilfit (277 666), Wilh. Pfaff-Konstanz (494 166), Prof. Willmann- Danzig (311 915); außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen Anton Weis-München (050 807), Paul Rehl-Bochum (025 162), Theod. Köhler-Frankfurt a. M. (045 467), Germ. Volten-Weglad (034 427), Rich. Mühl-Waldröde (087 992), Wilhelm Zeuner- Glogau (046 027), Wilh. Krümer-Duisburg (04 515), Hermann Gaffrey-Siegen (082 976), Albert Dietrich-Glauchau (084 916), Robert Schreiber-Bronberg (075 824), Edwin Schilling-Bochum (018 008), Paul Altesleben-Gerne (029 156), Ewald Meyer-Drohitz (063 728), Prof. J. F. F. Siegen i. B. (071 725), Math. Altmann- Nürnberg (073 620), Erich Bräuner-Gotha (032 905), Karl Wölfe-Gamburg (058 249), Heinrich Wulff-Essen (071 515).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 des Statuts vom Zweigverein Völs i. N. die Kollegen: Karl Duag (Verbands- Nr. 58 181), Moritz Duag (53 190), Wilhelm Bull (53 234), Ludwig Weßeloff (53 206), Wilhelm Schmidt (53 152), Hans Clement (53 185), Sonnenberg i. L. H. August Kauf (473 392); Schneider m. H. I.: Gustav Klagen (39 879), Edward Krause (029 392); München: Josef Schrödl (508 766); Chemnitz: Heinrich Heitze (386 149); Breslau: Ferdinand Dörfert (17 610).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rück- ständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Völs i. N.: Wolf Hamann (Verbands- Nr. 08 767); Geilert i. R. G. H.: Heinrich Reimer (105 054); Straßburg: Heinrich Fitt (624), Julius Gronwald (56 683), Walter Busch (76 880), Georg Mische (293 225), Otto Steinbring (269 390), Hermann Marek (21 482). Kollegen, denen der Aufenthalt der Benannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Gefunden ist das Mitgliedsbuch des am 1. November 1886 zu Schönitz geborenen Kollegen Dettel Reich. Das Buch kann bei uns abgefordert werden.

Der Vorstand ist das Mitgliedsbuch des am 1. November 1886 zu Schönitz geborenen Kollegen Dettel Reich. Das Buch kann bei uns abgefordert werden.

Berichte.

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

In Rostock kam in der letzten Versammlung u. a. die hier herrschende Arbeitslosigkeit zur Sprache. Es wurde festgestellt, daß die Unternehmer fremde, un- verheiratete Kollegen einstellen, während die ansässigen verheirateten Kollegen auf der Straße liegen. Allgemein wurde der Wunsch geäußert, die fremden Kollegen möchten Rostock so lange meiden, bis die hiesigen Kollegen in Arbeit sind. Da in zahlreichen rheinisch-westfälischen Orten Wauerer gesucht werden, so dürfte den reisenden Kollegen die Erfüllung dieses Wunsches nicht schwer werden.

Gliesenleger.

Dortmund. Am 19. Juli wurde in gemeinschaftlicher Versammlung über das Treiben der Firmen G. Hempelmann G. m. b. H., Wilh. Steinbach ufw. beraten. Bei der Firma Hempelmann wird der 1908 abgeschlossene Tarif stets mißachtet. Sie verhält sich davor, Läger heranzuführen die ohne jegliche Zulage nach auswärts geschickt werden und auch noch zu herabgesetzten Preisen arbeiten sollen. Zu der Versammlung waren alle Kollegen eingeladen. Nach Klarlegung der Sache wurde einstimmig die Sperrre- schlossen. Nach zwei Tagen haben sich die Sperrtarifler Robert Wülfein, Heinrich Weiken aus Hamm und Wilhelm Schöpe aus Elberfeld als „Arbeitslose“ herbeigekannt. Wir machen die Kollegen allerorts darauf aufmerksam, daß Will-

fein und Genossen mit Revolvern, Dolchen und Gummi- schläuchen bewaffnet sind. Sie mußten hier aber trotz alledem das Feld räumen.

Holierer und Steinholzleger.

Sonntag, den 7., und Montag, den 8. August, fand in Dortmund die 11. Konferenz des Verbandes der Holierer und Steinholzleger statt. Anwesend waren 15 Delegierte, die 17 Zahlstellen mit 765 Mitgliedern ver- treten, außerdem der Geschäftsleiter G. Lange und vom Zentralverband der Wauerer Deutschlands der Genosse H. Wölmelburg. Drei Zahlstellen mit 45 Mitgliedern waren nicht vertreten: Der Geschäftsbericht, der sich auf zwei Jahre erstreckte, wurde vom Geschäftsleiter mündlich erstattet. Es geht aus ihm hervor, daß in Süddeutschland die Zahl der Mitglieder zurückgegangen ist. Drei Zahl- stellen (Stuttgart, Mühlhausen und Straßburg i. Glf.) sind ganz eingegangen, und die Münchner Holierer und Stein- holzleger traten bereits 1908 aus dem Verbande aus; nach- dem auf der achten Konferenz in Dresden einstimmig be- schlossen worden war, aus dem Freien Vereinigung Deut- scher Gewerkschaften auszutreten. Sie fügten sich dem Beschlusse nicht, sondern schlossen sich als einzelne Lokal- organisation von neuem der oben genannten gewerkschaft- lichen Richtung an, ohne, wie aus dem Bericht hervorgeht, ihre Verpflichtungen der Geschäftsleitung gegenüber zu erfüllen. In Norddeutschland ist es Hamburg und Celle, wo ein Wiedergang an Mitgliedern zu verzeichnen ist, in fast allen übrigen Orten ist eine Zunahme der Mitgliederzahl eingetreten. Streits und Ausperrungen fanden während der Vertriebszeit in neun Zahlstellen statt. Es mußten teilweise Kämpfe geführt werden, wie sie seit Bestehen der Organisation noch niemals festgestellt hatten. Diese Kämpfe stellten auch an den Äpfeln und die Solidarität der Mitglieder ganz gewaltige Anforderungen. Die Aus- perrung der Holierer in Hamburg allein dauerte 25 Wochen, und schließlich blieben doch die Unternehmer Sieger. Das Letztere war auch in Ludwigshafen, Celle und bei den Steinholzlegern der Firma Deppe in Göt- ter der Fall. Die Ausperrung der Berliner Holierer wurde nach sieben Wochen mit teilweisem Erfolg beendet. Auch bei der Agitation wurden Erfolge nicht erreicht. Trotzdem in jenen Gegenden, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sowie in Magdeburg und in der Provinz, wo beinahe noch 1000 Berufskollegen der Organisation ganz gleichgültig gegenüberstehen, fortgesetzt agitiert wurde, war es nicht möglich, wenigstens auch nur einen Teil dieser Leute der Organisation zuzuführen. Indes obwohl diese Bemühungen noch zu den erdärmlichsten Köpfen und zu Be- dingungen arbeiten müssen, die jeder Verheerung hohnen. Dabei sind die Kollegen, die noch zu solch unwürdigen Bedingungen arbeiten, Leute, die von einem Orte zum andern ziehen und überall mit organisierten Bauarbeitern in Verbindung kommen. Überall treten sie als „Herr Monteur“ auf, obwohl sie nicht einmal so viel verdienen, um die Kosten für Logis und Essen bezahlen zu können, und die dann zum Schluß gewöhnlich so schnell wie mög- lich heimlich ohne Widrigkeit verduften, um dann in einem andern Orte einen neuen Pump anzulegen, bis eines Tages die ganze Monteurvertriebswelt vielleicht dadurch ein jähes Ende nimmt, daß man wegen Betruges oder Be- schwehnen ins Gefängnis wandert. Der Unternehmer aber, der solche Menschen zu ihrem Tun verleitet hat, weißt als „oder sprüder Seemann“ seine Hände in Unschuld. Die Einnahme des Verbandes betrug A 30 071,81, die Ausgabe A 30 481,50. Für Unterstützung bei Streits und Ausperrungen wurden A 18 620,50 verausgabt. Die Diskussion über den Geschäftsbericht wurde am Sonntag zu Ende geführt. Im großen und ganzen waren die Delegierten mit der Tätigkeit der Geschäftsleitung zu- frieden, und man sollte dieser Anerkennung. Am Montag fand dann als erster Punkt die Verschmelzungsfrage auf der Tagesordnung. Nachdem lange noch einmal einen kurzen Rückblick seit der Gründung des Verbandes bis zum jetzigen Zeitpunkt gegeben hatte, begann die Diskussion über die vorliegenden Uebertrittsbedingungen. Diese wurden Punkt für Punkt durchgesehen, und da die Dele- gierten über manches im Zweifel waren, präziserte sie der Genosse Wölmelburg nochmals ausführlich, so daß volle Klarheit geschaffen wurde. Der Antrag auf Anschluß an den Deutschen Bauarbeiterverband wurde einstimmig an- genommen, ebenso auch die Uebertrittsbedingungen. Nach- dem dann Punkt 4, „Anträge“, erledigt war, wurde der bisherige Geschäftsleiter einstimmig wiedergewählt. Mit einem dreifachen Hoch auf beide Organisationen schloß dieser die Konferenz.

München. In Nr. 31 der „Einigkeit“ ist ein Bericht mit dem Titel: „Mißglückter Festzug“ enthalten, in dem sich die Mitglieder der „Freien Vereinigung der Steinholz- leger“ ihrer von uns gerichteten feigen Handlungsweise brüsten und den Zentralvorstehenden des Holierer- und Steinholzlegerverbandes anpöbeln, obwohl er mit dem „Grundstein“ erdienenen Artikel gar nichts zu tun hat. Eine freie Meinungsäußerung gibt es bei ihnen nur, wenn es ihnen in den Kram paßt. Sobald sie bestirnt sind, ihre Schafflein können einmal etwas Vernünftiges bemerken, ist die Redezeit ausgeschlossen. Solch fälscheren Karten, wie der von uns gerichteten, auch noch zu rühmen, war bisher nur bei den gelben Gewerkschaften Sitten. Die Lokalisten nähern sich immer mehr dem Treiben der Gelben. Sogar an dem Wille des Kollegen Gänmann (eine Kreidzeichnung), das in ihrem Vereinslokal hing, haben sie in blühender Fanatismus ihren Zorn ausgelassen. Einen Kollegen hat über dieses Gebahren doch die Schant erfährt; er hat Mitleid besah in den Mitleid geleidet. Gossifisch werden ihm in Berlin (seinem jetzigen Aufenthaltsort) die Augen aufgehen, so daß er begreifen lernt, wie die Sache der Arbeiter nicht gefördert wird. Auf die persönlichen Angriffe in dem Artikel eingegangen, löst sich nicht. Die „Einigkeit“ ist eben jetzt der Abblatzeplag gemeiner Verdächtigungen und der Gemein- plätze. Erste Gewerkschaftsarbeit ist noch nie ihre Sache gewesen. Sogar während der großen Bauarbeiter- ausperrung konnten es diese Gesellen nicht unterlassen, Gewerkschaftspropaganda zu treiben. Alle Organisationen sind einseitig der christlichen Bauarbeiter, haben sich bei diesem Kampfe die Hand gereicht, jeder Uebertritt während

der Ausperrung von einer Organisation in die andere war bereinigungsgemäß ausgefallen. Nur die Sozialisten brachten es fertig, allerorts die Schwenkflüchtigen, denen die Streikbeiträge zu hoch waren, mit offenen Armen zu empfangen. Sie sammelten jene Elemente, die ihre empfindenden Arbeitsbrüder feige im Stiche ließen. Dafür sind sie auch „revolutionäre“ Gewerkschafter!

Zentralfrankentasse.

(„Grundstein zur Einheit“.)

In der Woche vom 7. bis 13. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Nowawes 400, Hamburg 500, Boisdamm 400, Garburg 400, Köpenick 400, Deutsch-Wilfa 300, Stuttgart 250, Altona 250, Bergedorf 200, Jordan-Paradies 200, Bfllig i. P. 200, Düsselberg 200, Mariendorf 200, Essen a. d. R. 200, Groß-Steinort 150, Halberstadt 150, Eppelheim 150, Timmerrode 150, Dlenndorf-Orfilla 100, Groß-Waldern 100, Wrensburg 100, Helgen 100, Gonsenheim 82.92. Summa M. 5462.92.

Zuschüsse erhielten: Otterberg i. d. Pfalz M. 200, Gagen 120, Niederbreitig 105, Wöllfen 100, Barnemünde 100. Summa M. 625.

Altona, 18. August 1910.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Untertan! nicht, von Anfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorankünften auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Kassel. Ein Unglücksfall, der den plötzlichen Tod eines blühenden Menschenlebens herbeiführte, ereignete sich am 9. August. Am Erweiterungsbau des Eisenbahnrichtungsgebäudes war der Maurer Ed. Damm mit dem Verputzen der inneren Fensterleibungen (Spaltenputzen) beschäftigt. Zur Schöpfung der Holzteile hatte er Oberlicht und Fensterfügel herausgenommen. Auf bisher noch unaufgeklärte Weise ist er dem durch das Fenster nach außen drei Etagen heruntergestürzt. Er war sofort tot.

Nihsa. Am 13. August stürzte auf einem Anbau der Firma Rindler & Sohn von hier während des Nichtens ein Mauerwerk ein und traf einige in der Nähe arbeitende Maurer. Der Maurer Hermann Steiger aus Hausdorf wurde schwer verletzt in Krankenhaus zu Oberarn übergeführt; er hatte außer verschiedenen leichten Verletzungen einen komplizierten Beinbruch, einen Schlüsselbeinbruch und mehrere Rippenbrüche davongetragen. Wahrscheinlich ist Unvorsichtigkeit beim Hantieren mit schweren Holzblöcken bei der Haft auf den Bauten die Ursache des Unfalls. Die Unternehmer arbeiten ja aufsehend nach der Ausperrung mit noch größerer Hast als davor, und die Poliere, die sich als Privatbeamte fühlen, spielen die Unterbrecher noch schlimmer als sonst. Anstatt ihre Pflicht als Menschen zu tun und die Arbeiter auf alle Art von Unfällen zu schützen, suchen sie ihre Aufgabe darin, die Forderungen der Arbeiter zu verpöhlen. In ihrer blinden Wut ist ihnen noch nicht klar geworden, daß sich heute jeder modern denkende und fühlende Mensch organisieren muß und daß ein Polier im Bauhand, so hoch und erhaben er sich dünken mag, doch ebenfalls nur ein Werkzeug in den Händen des Unternehmens ist.

Grüna. Am 9. August ereignete sich auf dem Neubau der Handhubschrafffabrik Gebrüder Abel ein bedauerlicher Unfall, indem der Aufzug vier Stock hoch herunterstürzte und zwei Maurer schwer verletzte. Beide blieben bewegungslos liegen. Der eine, namens Walter aus Grüna, wurde in seine Wohnung, der andere, dessen Name noch nicht festgestellt ist, ins Krankenhaus gebracht.

Serford. Am 4. August stürzte am Neubau des Bauunternehmers Hufemann in der Berrestraße das ganze Treppengebäude in sich zusammen. Das Gebäude war noch nicht vollständig. Schon vor vier Wochen hatten sich bedeutende Risse gezeigt, so daß nachträglich verschiedene Anker angebracht wurden. Nach Mitteilung an das Bauamt wurde eine Untersuchung beantragt. Es wurde Hufemann von dem betreffenden Baumeister aufgelegt, die Risse mit Papier zu überkleben, falls sich dann wieder Risse zeigen würden, sollte die Arbeit eingestellt werden. Dies war am 8. August. Die am Bau beschäftigten Arbeiter haben nicht bemerkt, ob diese Anordnung befolgt wurde. Es war ja auch Sache der Baupolizei, diese Anordnung zu überwachen. Doch Menschenleben sind in Gefahr geraten, ist schließlich dem Umstand zu verdanken, daß wegen des Baueinstürzes die Arbeit eingestellt war. Pflicht der Behörde wird es nun sein, festzustellen, ob die allgemeinen Regeln der Baukunst befolgt worden sind. Das Gebäude liegt an einem Bach und es wird festzustellen sein, ob die Fundamente unter der Wasserlinie gelegen haben. Nach Aussage von Arbeitern soll das nicht der Fall sein.

Landsberg a. d. W. Am 10. August stürzte beim Gerüstbau am Turm der Lorenzsdorf Kirche der Maurer Otto Lube aus Stolzenberg durch Abrutschen der Bretter etwa 5 m hoch ab. Er brach sich den linken Unterarm, schlug auch mit der linken Seite auf einen Nagel, so daß er sofort nach Landsberg zu Dr. Krahn transportiert werden mußte, der ihm einen Gipsverband anlegte. Er wird längere Zeit arbeitsunfähig sein.

Obernburg (Großh.). Am 2. August stürzte der Maurer H. Jymels beim Abdecken eines Kesselhauses aus einer Höhe von 5-6 m ab. Jymels wollte einen zum Abdecken nötigen Balken von einem Träger zum andern legen. Unvorsichtiger Weise fand er mit beiden Füßen über dem Balken. Als dieser keine Auflage auf den eigenen Trägern mehr hatte, bekam H. das Übergewicht und stürzte ab. Er zog sich einen Schlüsselbeinbruch, eine Rippenverletzung sowie mehrere Kopfverletzungen zu. Der Arzt, der sofort zur Stelle war, ordnete seine sofortige Ueberführung ins Krankenhaus an.

Stargard i. Pom. Am 10. August verunglückte auf dem höchsten Neubau der höheren Mädchenschule der Püker Wilhelm Tillmann aus Stettin beim Verfüllen des Giebel-

Weim Aufgießen der Mischbeton trat E. zu weit nach rückwärts und fiel aus einer Höhe von 5 m in die Kula, wobei er sich einen Beinbruch, eine Armverletzung sowie mehrere Quetschungen zuzog. Dieser Fall zeigt wieder, welche Wichtigkeit gerade beim Mischen notwendig ist, um derartige Unfälle zu vermeiden; denn die Brosamen der Unfälle treten ersehen gesunde Knochen nicht.

Waren. Am 2. August verunglückte der Maurer B. Dohse bei einem Durchbau in Warenhof. Er stürzte vom Gerüst und brach zwei Rippen sowie den linken Schulterknochen.

Zeitz. Ein schwerer Baumfall ereignete sich am 13. August am Mächterischen Kesselhausneubau, der vom Maurermeister Funtke ausgeführt wird. Der Maurer Bruno Wötter stürzte aus einer Höhe von 10 bis 11 m in die Tiefe und blieb schwer verletzt liegen, so daß er in seine Wohnung getragen werden mußte. Wötter war damit beschäftigt, die Dacheisenstücke zu verlegen und stand auf der noch 50 cm starken Mauer, um mit einem Brecheisen die aus Zementblech hergestellten Gefsimstände in die nötige Lage zu bringen. Hierbei stürzte er rückwärts in das innere des Baues. Wäre die nötige Schutzvorrichtung vorhanden gewesen, so wäre die Schwere des Sturzes bedeutend vermindert worden.

Gewerkschaftliches.

Zur Verfarbeiterbewegung. Die Ausperrung auf den Werften ist nun in der angelegentlichsten Weise erfolgt, das heißt die Unternehmer haben 60 pZt. der Arbeiter entlassen, denen sich an der Unterwerfung, in Bremen, Geesagel, Einwarden und Bremerhaven, die weiteren 40 pZt. sofort angeschlossen haben. Still, wie man das an der Wasserlinie gestöhnt ist, verließen die Arbeiter in den vier Unternehmern ihre Frontstätten, in den Betrieben herrschte Kirschofstraße. Die großen Werften wählten den Kampf unter allen Umständen durchzuführen; sie glauben, auch ohne eine Ausperrung der Metallindustrie im Binnenlande mit den Arbeiterorganisationen fertig zu werden. Für die Aufgabe im Kriegsjahre glaubt man, die Verlängerung der Lieferfristen schon jetzt so gut wie in der Tasche zu haben. Nach einer Mitteilung in der Tagespresse hat das Ministerium des Innern bei den Werksbesitzern angefragt, wie sie sich einer Vermittlungsaktion gegenüber verhalten würden. Die Werksbesitzer hätten vorläufig ausweichend geantwortet, doch dürfte dem Ministerium nach der Beschlußfassung der Werften eine klar abweisende Antwort ausgehen. Danach ist also auf eine baldige Beendigung des Kampfes nicht zu rechnen.

Am den obligatorischen Arbeitsnachweis haben die Hamburger Holzarbeiter einen erfolgreichen Kampf geführt, dessen Verlauf einige Bedeutung für die Einführung obligatorischer Arbeitsnachweise auch in andern Gewerben hat. Seit mehr als einem Jahrzehnt erstreben sie die paritätische Arbeitsvermittlung, und zwar weil man mit den Zunungsnachweisen als Maßregelungsorgan trübe Erfahrungen machte. Es war jedoch recht schwer, eine durchgreifende Veränderung herbeizuführen, da nicht allein die Unternehmer dagegen waren, sondern auch eine große Anzahl Arbeiter von einer Regelung nichts wissen wollten. Hier mußte die Organisation erst die nötige Erziehungsrarbeit leisten. Während nun die Arbeiter die paritätische Arbeitsvermittlung anstreben, war die Organisation der Unternehmer bestrebt, den Zunungsnachweis obligatorisch zu machen. Im Vorjahre teilte der Schutzverband der Fachstelle Hamburg des Holzarbeiterverbandes mit, daß die Parquetfabrikanten beschlossen hätten, den Verkundsarbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes nicht mehr zu benutzen. Mit diesem Beschluß befaßte sich die für das Hamburger Vertragsgebiet eingesetzte Schlichtungskommission und beschloß einstimmig, daß die Sperre eines Arbeitsnachweises der einen oder andern Partei niemals als Vertragsbruch angesehen werden könne, da die Arbeitsnachweisfrage nicht durch den Vertrag geregelt sei. Im Frühjahr dieses Jahres war eine große Nachfrage nach Arbeitskräften in Hamburg. Die Innung erjudete den Holzarbeiterverband, für die Heranziehung von Arbeitern zu sorgen. Der Holzarbeiterverband teilte darauf der Innung mit, daß der Verkundsarbeitsnachweis Arbeitskräfte in jeder Zahl zur Verfügung stelle, man möge nur die Tischlermeister veranlassen, dort ihren Bedarf zu decken. Dies lehnte die Innung ab, worauf der Holzarbeiterverband den Arbeitsnachweis der Tischlerinnung sperre und das Umfassen verbot, gleichzeitig aber den Tischlermeistern durch Zirkular mitteilte, daß der Verkundsarbeitsnachweis Arbeiter in jeder Anzahl und für alle Branchen zur Verfügung halte. Jetzt erjuden der Arbeitgeberverband, mit dem der Holzarbeiterverband in Vertragsverhältnis steht, auf dem Plan, erklärte die Sperre des Zunungsnachweises als Vertragsbruch und verlangte, daß das Umfassenverbot aufgehoben würde. Der Holzarbeiterverband berief sich auf die Entschcheidung der Schlichtungskommission und lehnte das Verlangen einfach ab. Darauf reichte der Schutzverband beim Landgericht Hamburg Klage wegen Vertragsbruch ein und beantragte einen Einstellungsbeehl bezüglich der Sperre. Bis dahin waren Arbeitseinstellungen im Kampfe gegen den Zunungsnachweis nicht vorgekommen. Als jedoch die erneute Klage des Schutzverbandes gegen den Holzarbeiterverband bekannt wurde — es schwebt immer noch die Klage wegen der Waifeier —, bemächtigte sich der Arbeiter eine derartige Erregung, daß Hunderte von ledigen Kollegen ihre Entlassung nahmen und abtraten. Ihnen folgten die Verheirateten. Am 30. Juli stellten in den Werkstätten über 2000 Arbeitkräfte. Später erklärten sich dann die Unternehmer zu Verhandlungen bereit. Der Holzarbeiterverband verlangte aber vor Auf-nahme der Verhandlungen die Zurückziehung der eingereichten Klage und die schriftliche Verpflichtung, daß weitere Klagen aus dem Anlaß nicht mehr erhoben würden. Auch hiermit waren die Unternehmer einverstanden. Die Verhandlungen wurden am 2. August aufgenommen und darauf gefördert, daß am 8. August Abgangsinnung und Holzarbeiterverband zu dem Resultat Stellung nehmen konnten. Die Holzarbeiter stimmten dem vorgelegten Regulativ, das die obligatorische Arbeitsvermittlung für alle Mitglieder der beiden

seitigen Organisationen vorsteht, mit 2000 gegen eine Stimme zu. Auch bei den Unternehmern war in überfüllter Versammlung das gleiche Resultat zu verzeichnen. Damit ist die Bewegung, die am 20. April eingeleitet wurde, erfolgreich beendet.

Aus Unternehmerkreisen.

Die Unternehmer rüsten. Die Internationalität der Unternehmern macht Fortschritte. Nachdem der Deutsche Arbeiterverband für das Baugewerbe bereits im Frühjahr Kartellverträge mit den Unternehmerverbänden in Oesterreich, Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland und der Schweiz abgeschlossen hat, schloß er kürzlich auch mit dem Verband der belgischen Bauunternehmer einen Kartellvertrag zur gegenseitigen Unterstützung bei Streiks und Ausperrungen. Die Unterstützung soll lediglich moralischer Natur sein, indem sich die Unternehmer dazu verpflichten, Arbeiter aus einem im Kartellverhältnis stehenden Lande, in dem ein Streik oder eine Ausperrung verhängt ist, nicht einzustellen. — Außerdem macht auch der Zusammenschluß der Baumaterialienhändler mit den Bauunternehmern Fortschritte. Der Verband der vereinigten Baumaterialienhändler Deutschlands hat auf seiner kürzlich in Hamburg abgehaltenen Generalversammlung folgende Resolution beschlossen:

„Das Verhalten unserer Verbandsmitglieder während der diesjährigen Ausperrung im Baugewerbe entsprach dem Grundsatze unseres Verbandes: „Alles, was am Bau und für den Bau arbeitet, gehört zusammen“ und dem freundschaftlichen Zusammengehen mit dem organisierten Baugewerbe. Es würde sich noch erheblich wirksamer und für die Zwecke des letzteren noch vorteilhafter gestaltet haben, wenn der Arbeitgeberverband im Baugewerbe schon früher und in wohl erwogenem eigenen Interesse sich es hätte angelegen sein lassen, die zielbewusste Förderung unserer Bestrebungen allen seinen Mitgliedern immer wieder dringend zu empfehlen und zur Pflicht zu machen. Die Generalversammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß — wenn es einmal wieder zu einer Kräftigungsaktion kommen sollte — beide Verbände geschlossen Schulter an Schulter stehen und erklärt sich bereit, alle Schritte, die zur Erreichung dieses Zieles unternommen werden, mit allem Nachdruck zu unterstützen.“

Der Referent, Baumaterialienhändler Gerbst-Halberstadt, führte u. a. aus: Wenn der Kampf im Baugewerbe später aufs neue entbrenne, so würden die Baumaterialienhändler zum Gelingen dieses Kampfes beitragen können, wenn ihre Organisation wie auch die im Baugewerbe sehr viel kräftiger sei als jetzt. „Der Rückhalt an unserm Referentium muß derartig gestärkt werden, daß es uns möglich ist, bei den Zementfabriken durchzusetzen, daß sie keine Fuhrze Zement herausgeben von dem Augenbilde an, wo der Händlerverband die Sperre auspricht. Es muß unmöglich werden, daß Elemente, die im Trüben jähren wollen, zum Nachteil beider Organisationen in die Lage kommen, zu liefern. — Das ist eine Hauptaufgabe für die verwandten Organisationen, die Vorbereitung zu schaffen für ein sinniges Gelingen von derartigen Ausperrungen. Die vielen Millionen Mark, die jetzt für die Ausperrung ausgegeben worden sind, sind leider nicht gut angelegt. Wenn auch die Kräfte der Arbeiter gekünderd ist und es Jahre bedürfen wird, bis dieselben wieder einen Fonds aufammeln, so stehen die Opfer, die sich auf über 50 Millionen Mark belaufen, in gar keinem Verhältnis zu dem, was erreicht werden konnte. Es ist ein Kompromiß geschlossen worden und ein fauler Friede für die Zukunft in Aussicht. Eine definitive Lösung hat die Krise nicht gefunden. Wenn aber das Unternehmertum nicht an die Wand gedrückt werden will, wenn wir Herren im eigenen Hause bleiben wollen, so müssen für die Zukunft Vorkehrungen getroffen werden, daß eine erneute Kraftprobe ein ganz anderes Resultat ergibt, wie die diesjährige.“ — Danach rechnet man im Händlerverband schon heute mit einer erneuten Maßprobe, von der man sich große Vorteile verspricht, als von der eben beendigten. Für uns erpöcht aus dem Streben unserer Gegner nach größerer Macht die Pflicht, während des jetzt eingetretenen Waffenstillstandes nicht untätig die Hände in den Schoß zu legen, sondern gleichfalls unausgesetzt für die Stärkung und den Ausbau unserer Organisation zu sorgen.

Soziales.

*** Tuberkulose und Wohnungsfrage.** Die vierzehnte Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose tagte kürzlich in Berlin. Den wichtigsten Gegenstand der Tagesordnung bildete das Thema: „Tuberkulose und Wohnungsfrage“. Ueber den theoretischen Teil dieser Frage bezieht Professor Dr. Römer-Marburg. Er führte aus, die Hauptquelle der tuberkulösen Lungenschwindsucht des Menschen sei der tuberkulöse Mensch selbst. In den von Lungenschwindsucht besonders heimgesuchten Kreisen lasse sich durch verschiedene Methoden nachweisen, daß fast jeder Mensch tuberkulös infiziert die Schwelle des Kindesalters überschreite. Es könne hier experimental gezeigt werden, daß eine tuberkulöse Infektion Schutz gewähre gegen wiederholte tuberkulöse Infektionen, sogenannte Reinfektionen. Auch für den tuberkulösen Menschen trifft dieses Gesetz einer Unempfänglichkeit gegen Tuberkulose durch Tuberkulose zu. Dieser Tuberkulosechutz verleiht dem in der Kindheit tuberkulös infizierten Erwachsenen höchst wahrscheinlich absoluten Schutz gegen Reinfektion von außen her. Die Entstehung der tuberkulösen Schwindsucht beim Erwachsenen ist vielmehr auf schwere tuberkulöse Reinfektionen zurückzuführen, die von innen her von bereits vorhandenen Tuberkulosenherden aus erfolgen. Die schweren, zur Schwindsucht führenden Reinfektionen finden hauptsächlich innerhalb der Wohnung, innerhalb der Familie

statt. Die wichtigste Frage der Schwindfuchtsabwehr ist daher der Schutz der Kinder in den Wohnungen vor schweren tuberkulösen Infektionen.

Den praktischen Teil der Frage behandelte Landeswohnungsinpektor Gregischel-Darmstadt. Er führte aus, das Tuberkulose sei eine Wohnungskrankheit insofern, als das Zusammenleben vieler Menschen in engem Raume vielfach in Folge der gesundheitslich schlechten Beschaffenheit der Wohnungen zur Verbreitung der Krankheit am meisten beitrage. Er gab ein anschauliches Bild der Wohnungsverhältnisse. In Berlin zum Beispiel, von dem ein lokalpatriotischer Bürger vor kurzem noch die Behauptung aufstellte, es sei in Bezug auf die Wohnungen die bestverorgte Großstadt, besteht die Hälfte aller Wohnungen, 197 000, in denen etwa die Hälfte der gesamten Bevölkerung wohnt, nur aus einer Stube und Küche. 33 000 Wohnungen haben nur ein heizbares Zimmer, 2400 Wohnungen überhaupt kein heizbares Zimmer, und 4086 Wohnungen bestehen lediglich aus einer Küche, in der bis zu zwölf Personen wohnen. Ähnlich sieht auch die Wohnungsverhältnisse in allen andern Großstädten. Aber auch auf dem Lande sieht es durchaus nicht anders aus. In Hessen ist eine Aufnahme gerade auch für das Land gemacht worden, und es hat sich ergeben, daß 4500 Wohnungen aus einem einzigen Raum ohne jeden Neberraum bestehen. 1800 dieser Wohnungen beherbergen mehr als drei Personen, 260 mehr als sechs Personen. Aus zwei Räumen mit Küche bestehen 14 000 Wohnungen, wovon 800 auch mehr als sieben Personen beherbergen. Drei Räume haben 23 000 Wohnungen, wobei in 900 Wohnungen mehr als acht Personen bis herauf zu 15 Personen hausen. Man denke sich in solcher Wohnung jemand mit einer ansteckenden Krankheit. Es ist ein wahres Glück, daß nicht jeder menschliche Organismus den Bazillen unterliegt, sonst wären die Folgen des engen Zusammenwohnens gar nicht zu übersehen. Dringend zu fordern ist dabei eine gute Wohnungsinpektion. Aber die Wohnungsinpektion kann im wesentlichen nur Kleinarbeit leisten. Die Hauptarbeit ist neben der Schaffung normaler Wohnungsverhältnisse doch die Bereitstellung von preiswerten, guten und gesunden Wohnungen für minderbemittelte Volksschichten in Stadt und Land. Dringend zu fordern ist, daß hier auf geselligem Wege eingeschritten wird, nicht nur aus gesundheitlichen, sondern auch aus nationalen, sittlichen und wirtschaftlichen Gründen.

In der Diskussion hob Bauinspektor Medsch-Nirdorf hervor, daß namentlich der Vauopolizei auf dem Gebiete der Tuberkulose eine große Aufgabe erwachse. Die Bebauungsrichte wäre für die Großstädte nicht so verhängnisvoll, wenn nicht leider noch die Höhe selbst bei großer Engschachtartig umbaut werden dürften. Wenn ausreichende Baugesetze nicht vorhanden seien, müsse zunächst dahin gewirkt werden, daß in jedem Staate auf dem Wege einer für das ganze Stadtgebiet geltenden Landespolizeiverordnung einschneidende Bestimmungen getroffen werden. Vor allem sollten Keller- und Dachwohnungen für unzulässig erklärt werden. Hofbauten sollen bei Neubauten stets ein Gehöft weniger haben als straßenwärts gelegene Gebäude. — Dr. Saras-Berlin wies darauf hin, daß neben einwandfreien Innenräumen auch eine größere Reihe Außenräume geschaffen werden müsse und sprach sich für einen terrassenförmigen Rücktritt der oberen Geschosse beim Bau von Wohnungen aus. — Hofrat May-München und Stadtrat Dr. Gottstein-Charlottenburg erläuterten Stadtpläne, aus denen hervorgeht, wie die Todesfälle an Tuberkulose mit der Dichtigkeit der Bevölkerung zusammen hängen. Besonders Dr. Gottstein wies darauf hin, daß auch die modernen neuen Stadtteile genau dieselbe Erscheinung aufweisen, daß also die Tuberkulose sich als unabhängig von dem engen Zusammenleben der Menschen erweist. — Geheimrat Strömer vom preussischen Kultusministerium glaubte eindringlich betonen zu müssen, daß man ja hier nicht auf einem Wohnungskongreß, sondern auf einem Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose sei. Wenn man sich in übertriebenen Forderungen für die Herstellung von Wohnungen ergebe, könne man leicht den Hauptzweck aus dem Auge verlieren. Gewiß seien einige der Forderungen für Wohnungen an sich beherzigenswert, aber ihre Durchführung würde zu große Mittel erfordern, daß dann für die Bekämpfung der Tuberkulose nicht mehr viel übrig bleibe. Vor allen Dingen dürfe man eines nicht aus dem Auge verlieren. Die Quelle der Tuberkulose sei der kranke Mensch. Es sei gewiß als ein Fortschritt zu bezeichnen, daß der früher so oft gehörte Satz, die Tuberkulose stamme von der Kuhmilch, heute nicht mehr gehört werde, sondern daß man erkannt habe, daß gerade der kranke Mensch die Gefahr für seine Umgebung bilde. Es müsse gefordert werden, daß gesunde Kinder aus kranken Familien herausgebracht und in gesunden Familien zur Erziehung untergebracht würden. Es sei falsch, daß jede Tuberkulose schon in der Kindheit erworben sei, ganz zweifellos kommen Erkrankungen an Tuberkulose auch im späteren Alter vor, die nicht auf in der Kindheit erworbene Keime zurückgeführt werden können. Die allgemeine Verbreitung einer solchen Anschauung könnte auch leicht dazu führen, daß man in der Bekämpfung der Maßnahmen gegen Tuberkulose erlahme. Das wichtigste sei, die Bevölkerung, namentlich die an Tuberkulose erkrankten Personen zur Reinlichkeit zu erziehen, um so die Gefahr für ihre Umgebung zu beseitigen und dahin zu wirken, daß alle tuberkulösen Familien von selbst darauf dringen, daß ihre gesunden Mitglieder aus dieser Umgebung gebracht und ihre Wohnungen öfters, vor allem bei Wohnungswechsel, desinfiziert werden, um nicht eine Gefahr für die Nachbarn zu bilden.

In seinem Schlusswort betonte Professor Römer-Marburg, er habe nicht behauptet, jede Tuberkulose im späteren Alter sei in der Kindheit erworben, sondern nur fast jede. Zu einer Erläuterung der Bestimmungen des Komitees könne diese Auffassung nicht führen. Die Herausnahme gesunder Kinder aus einer kranken Familie bezeichne er als das wichtigste. Er komme daher in der Praxis zu denselben Vorschlägen, wie Geheimrat Strömer. Der zweite Vortragende, Wohnungsinpektor Gregischel-Darmstadt, hob im Schlusswort nochmals hervor, daß eine Bekämpfung der Tuberkulose ohne Verbesserung im Woh-

nungswesen nicht möglich sei, und daß dazu eine Einwirkung auf den Bebauungsplan auch gehöre, weil man sonst nicht zur Beseitigung schlechter Wohnungen gelangen könne. Hierauf wurde die Tagung geschlossen.

Soziale Rechtssprechung.

Vom Recht der Innungen. Im 37. Jahrgang 1909 Nr. 11 brachte unser Kollege Dr. von Neufuss a. d. O. gegen den Maurer- und Zimmermeister Krause in Glogau, Krause habe ihm auf Grund des Statuts der Bauhandwerkerinnung zu Glogau im Jahre 1907 20 % vom Lohn abgezogen, um sie der Herbergscommission, an die nach dem genannten Statut jeder bei einem Innungsmeister beschäftigte Geselle pro Jahr 20 % zahlen sollte, zumommen zu lassen. Er bestritt vor dem Innungsschiedsgericht, an das er vom Gewerbeamt und Amtsgericht gewiesen worden war und bei dem er auf Zurückzahlung der 20 % Klage, zur Zahlung dieser 20 % verpflichtet zu sein. Das Schiedsgericht wies ihn aber mit seiner Klage ab und legte ihm die Kosten des Verfahrens auf. Dieses Urteil ford. Dr. durch Klage beim Amtsgericht Glogau an. Er machte geltend, daß es in Glogau eine Herberge für Maurer gar nicht gäbe und das Innungsstatut und die Herbergsordnung weder maßgebend noch gültig seien. Das Amtsgericht entschied, die Innung habe kein Recht gehabt, durch die Herbergsordnung den Gesellen eine Verpflichtung zur Entrichtung von Beiträgen aufzuerlegen, da ja die Gesellen gar keine Innungsmitglieder seien. Die Herbergsordnung habe also für den Gesellen Dr. keine Wirksamkeit, weshalb das Urteil des Innungsschiedsgerichts wieder aufzuheben und Krause zur Rückzahlung der 20 % und zur Ertragung sämtlicher Kosten zu verurteilen sei. — Gegen dieses Urteil legte Meister Krause beim Kgl. Landgericht in Glogau Berufung ein. Jedoch auch dieses Gericht entschied, die Bestimmung der Herbergsordnung stehe im Widerspruch zur Reichsgewerbeordnung. Sie sei geltend zu machen und bestimme somit überhaupt zu Unrecht, weshalb Krause zur Einziehung der 20 % nicht berechtigt gewesen sei. Die Berufung Krauses wurde auf seine Kosten zurückgewiesen. Wie uns unser Kollege mitteilt, hat er von dem verurteilten Unternehmer bis heute keine Auslagen noch nicht erhalten können, weil dieser nichts hat, so daß er auch deswegen noch das Gericht in Anspruch nehmen muß.

Eingegangene Schriften.

„Die Neue Zeit“, Sozialdemokratische Wochenchrift, Heft 46 des 28. Jahrgangs. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis 25 %.

„Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Mit den Beilagen „Für unsere Mütter und Hausfrauen“ und „Für unsere Kinder“. Nr. 23 des 20. Jahrgangs. Verlag Paul Singer in Stuttgart. Preis 10 %.

„Der Wahre Jakob“, Sozialdemokratisches Wipblatt. Verlag Paul Singer in Stuttgart. Preis 10 %.

Anzeigen.

Freiberg i. S.

Sonnabend, den 27. August, feiert der Zweigverein sein **Fünfzehntes Stiftungsfest** im Saale der „Union“, Berthelsdorferstraße. Von abends 6 Uhr an: **Grosser Ball**. Hierzu werden alle Kollegen, auch die der Nachbarvereine, mit ihren wertigen Damen herzlich eingeladen. [M. 3,60] Das Komitee.

Neustettin.

Sonnabend, den 27. August, findet im Gesellschaftshaus **Th. Hense** unser alljährliches **„Sommervergnügen“** statt, verbunden mit **Konzert, Kinderbelustigung und Ball.** Anfang nachmittags 6 Uhr. Entree 75 %, jede zweite Dame 25 %. Alle Kollegen von Neustettin und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 4,20] Das Komitee.

Stavenhagen.

Sonntag, den 28. August, feiert unser Zweigverein sein *** Stiftungsfest *** im Lokale **Soldwisch.** Anfang 6 Uhr. Alle Kollegen von Stavenhagen und Umgegend werden dazu freundlichst eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

Wilxen.

Sonntag, den 21. August, feiert unser Zweigverein sein **Achtes Stiftungsfest** verbunden mit **Preisverlosung** (der erste Preis hat einen Wert von M. 10) und verschiedenen **Belustigungen**, unter Mitwirkung des Redakteurs Genossen **Albert-Breslau.** [M. 3] Der Vorstand.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhald einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beilei kostet 15 %.)

Berlin. Am 10. August starb unser Mitglied **Franz Stabenow** im Alter von 52 Jahren an Lungenerkrankung.
Bonn. Am 4. August starb unser Verbandskollege **H. Weissenstein** aus Cassel im Alter von 45 Jahren an den Folgen eines Baunfall.
Cassel. Am 9. August starb plötzlich durch Sturz aus dem Fenster eines Neubaus unser treuer Kollege, Mitbegründer unseres Zweigvereins und erster Verbandsmitglied im Jahre 1891, **Eduard Damm** im Alter von 49 Jahren. Damm war auch Delegierter auf dem Maurerkongreß in Gotha, wo er die Gründung des Verbandes mit befohl. — (3 a h l e l l e E l g e r s h a u s e n.) Am 30. Juli starb unser treuer Kollege **C. Umbach** im Alter von 61 Jahren an Mening und Lungenerkrankung.
Dresden. Am 10. August starb unser treuer Kollege **Oskar Rösse** aus Grünbach im Alter von 25 Jahren an Darmgeschwür.
Fürstberg i. M. Am 9. August starb nach langer, schwerer Krankheit unser langjähriges und treues Mitglied **Carl Lösch** in Habensee im Alter von 58 Jahren an Magentrebs.
Hannover. Am 6. August starb unser Kollege **Fritz Tündermann** aus Bilsen a. D. im Alter von 21 Jahren an Gelbsucht.
München. (S i d e n.) Am 12. August starb unser Kollege **Max Ebert** nach langer Krankheit im Alter von 34 Jahren.
Pirna. Am 7. August starb unser Verbandskollege **M. Gliemann** aus Bilschdorf an Gehirnerkrankung.
Stralburg. Am 3. August starb nach langem Leiden unser Kollege **Hermann Burmeister** im Alter von 61 Jahren an Herzleiden.
Tangermünde. Am 6. August starb unser Kollege **Franz Neubauer** an schwerer Lungenerkrankung im Alter von 22 Jahren in Krankenhaus zu Stendal.
Warrenhnde. Am 11. August starb unser langjähriger Vorsitzender, Kollege **Heinrich Schmidt**, im Alter von 50 Jahren infolge Operation.
Ehrendem Andenken!

Willy Breitkreuz, Verb.-Nr. 278 538, wird vom Apolda, Richard Friedrich, Altmariische Straße 39, 2. Et. gesucht. Wer den Aufenthalt Breitkreuz's kennt, wolle dies dem Kassierer mitteilen. Porto wird zurückerstattet. [M. 1,50]

Heinrich Haack Reichel, Jauerburg, Wohnhofsstraße, bei Herrn Gröger, gesucht. Wer seinen Aufenthalt kennt, wolle dies dem Genannten mitteilen. [M. 1,80]
Der Vorstand
der Zahlstelle **Wippeningken 5. Königsberg.**

Otto Stiepelmann, Buch-Nr. 034 042, wird ersucht, dem **Zweigvereinsvorstand** Bilschdorf seine Adresse anzugeben. Er soll in einer wichtigen Sache als Zeuge vernommen werden. [M. 1,20]

Friedrich Claus Wilhelmson, Buch-Nr. 362 154, wird ersucht, umgehend seine Adresse an den Zweigvereinsvorstand **Alfred Heilmann, Altenburg (S.M.),** Georgenplatz 7, gelangen zu lassen. Kollegen, die seine Adresse wissen, werden ebenfalls gebeten, dem Genannten folgende Mitteilung zu machen. [M. 2,10]

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstandsmitglied, K Kassierer, L Schriftführer, H Herberge, RZ Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei.)
Beuthen i. O.-Schl. K Paul Machon, Hoberg 5. Beuthen Kammerstr. 21, 2. Et.
Buzigehude. V Johann Tobalen, Stabenort 2.
Bermelskirchen. K Jakob Niet, Neusselberstr. 36.
Zentralrankentasse der Maurer usw. Steglitz-Berlin. Das Rassenlokal ist vom 1. Oktober an bei Wilhelm Krüger, Hefestr. 1. Nur noch bis dahin wird Sonnabends bei Rohmann kassiert.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle **Veranstaltungen zu besuchen.**
Verbandsversammlungen der Maurer.
Sonnabend, den 20. August.
Bergedorf. Abends 8 Uhr im Lokale „St. Petersburg“.
Schweidnitz. Abends 8 Uhr im Arbeiter Kasino.
Sonntag, den 21. August.
Dellitzsch. Nachm. 3 Uhr im „Lindenort“.
Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung.
Donnerstag, den 25. August.
Pirneberg. Abends 9 1/2 Uhr bei Gebowatz.
Sonntag, den 28. August.
Würzburg. Vorm. 10 Uhr im „Ochsen“.